Montag, 17. September 1984 - D ***

Axel Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 218 - 38. W. - Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 38,00 bfr, Dänemark 8,00 dkr, Frankreich 6,50 F, Griechenland 100 Dr, Großbritannien 65 p, Italien 1300 L, Jugoslawien 140,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr, Niederlande 2,00 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 12 öS, Portugal 100 Esc, Schweden 6,50 skr, Schweiz 1,80 sfr, Spanien 125 Pts, Kanarische Inseln 150 Pts.

TAGESSCHAU

POLITIK

Entschuldigung verlangt: Als unsachlich und polemisch wies Bonn sowjetische Vorwürfe zurück, Kanzler Kohl und US-Präsident Reagan bedienten sich der Methoden Hitlers. Die Bundesregierung werde sich dadurch nicht in ihrem Willen zum Dialog beirren lassen. Der CDU-Politiker Todenhöfer forderte von Moskau eine Entschuldigung. (S. 8)

Nach Berlin: In extrem niedriger Höhe unterflog ein 23jähriger Pole aus Stettin mit einem einmotorigen Sportflugzeug „DDR"-Radar und landete unversehrt auf dem US-Militärflughafen Tempelhof in West-Berlin.

Getrennt: Auf der Flucht von Jugoslawien nach Österreich wurde eine fünfköpfige tschechoslowakische Familie beim Überqueren eines Grenzflusses getrennt. Nur ein 16jähriges Mädchen und seine drei Jahre alte Schwester erreichten österreichisches Gebiet.

Gewalt in Mekka: In der heiligen Moslem-Stadt in Saudi-Arabien kam es zu schweren Prügeleien zwischen Gruppen von Iranern und Irakern. Mindestens ein Pilger wurde erschlagen.

Israel: Die neue Koalitionsregierung will die Staatsausgaben im Zuge ihres Sparprogramms *unverzüglich um eine Milliarde* Dollar – etwa fünf Prozent des veranschlagten Gesamtetats – kürzen. (S. 10)

Marokko: Die Wahlen haben keine wesentliche Veränderung der Machtverhältnisse im Parlament gebracht, ließen jedoch einen kräftigen Aufschwung der oppositionellen Linksparteien erkennen. (S. 10)

Zugeständnis: Erstmals in der Geschichte Südafrikas wurden zwei Nicht-Weiße, ein Inder und ein Mischling, in die Regierung aufgenommen. Sie vertreten als Minister ohne Portefeuille die neuen „Ministerräte für gruppenspezifische Angelegenheiten".

Niederlage für Gandhi: Der vor einem Monat abgesetzte Chefminister des Bundesstaates Andhra Pradesh, Rama Rao, ist wieder mit der Regierungsbildung beauftragt und in sein altes Amt eingeschworen worden. Der neue Chefminister, der Gandhi-Protegé Bhaskara Rao, konnte im Parlament keine Mehrheit finden.

Lassen wir uns die Geschichte stehlen?

Die „DDR" versucht seit einigen Jahren, die gesamte deutsche Geschichte als Begründung des eigenen Staatswesens für sich zu vereinnahmen. Der Erlanger Historiker Hellmut Diwald untersucht in einem Beitrag für die WELT die Konsequenzen aus dieser „Enteignung" für die Zukunft der deutschen Frage. Seite 4

WIRTSCHAFT

Positive Signale: Viele Länder der Dritten Welt haben mit teilweise schmerzhaften wirtschaftlichen Anpassungsprogrammen die Grundlage für die Rückkehr zu höherer Produktion und stärkerem Wachstum gelegt, stellt die Weltbank fest. Insgesamt sei die Konjunkturbelebung in den Entwicklungsländern aber noch unausgeglichen (S. 11).

Volkswagen: Alle Modelle mit Ausnahme des Polo Fox werden ab heute um 1,8 Prozent teurer.

General Motors: Etwa 60 000 Arbeiter in 13 der 29 amerikanischen Werke sind seit dem Wochenende im Streik, nachdem Tarifverhandlungen auf regionaler Ebene gescheitert waren.

Schuldenkonferenz: Zu direkten politischen Gesprächen haben die lateinamerikanischen Schuldnerländer die Industriestaaten aufgefordert. Dabei solle über eine gerechte Lastenverteilung zwischen Kreditgeber- und -nehmerstaaten gesprochen werden. (S. 11)

ZITAT DES TAGES



» Äußerungen wie die von Andreotti sind unverantwortlich und mit Geist und Buchstaben der westlichen Bündnisverträge unvereinbar. Auch Italien ist an das Wiedervereinigungsbekenntnis der NATO gebunden «

Der Verfassungsrechtler Professor Rupert Scholz, Senator und Bevollmächtigter des Landes Berlin in Bonn, in einem Interview der WELT (S. 5) FOTO: DIE WELT

KULTUR

Noelte: Mit Bedřich Smetanas „Verkaufte Braut" stellte sich Regisseur Rudolf Noelte in Köln nach Jahren der Opernabstinenz wieder dem Musiktheater. Er bot einen großen, bedenkenswerten Abend, erntete dafür jedoch nur matten Zuspruch. (S. 17)

Bauausstellung: „Idee, Prozeß, Ergebnis – Die Reparatur und Rekonstruktion der Stadt". Unter diesem Titel steht eine riesige Architekturausstellung im Berliner Gropiusbau, mit der sich die Internationale Bauausstellung 1987 ankündigt. (S. 17)

SPORT

Formel 1: Der Niederzissener Konstrukteur Erich Zakowski hat den neuen deutschen Rennwagen vorgestellt. Zakowski: „Das Auto wird 1985 an der Weltmeisterschaft teilnehmen."

Fußball: Wahrscheinlich acht Spieler (verletzt und gesperrt) muß der VfB Stuttgart im Europapokal gegen Sofia ersetzen. Auch München und Gladbach klagen über Ausfälle.

AUS ALLER WELT

Millionenschaden: Kunstobjekte im Wert von mehreren Millionen Mark sind bei einem Brand im Mönchengladbacher Haus des bedeutenden rheinischen Künstlers Professor Heinz Mack vernichtet oder beschädigt worden. Mack gehört zu den führenden Vertretern der Moderne. (S. 18)

Assuan-Staudamm: Das „Jahrhundertprojekt", 1971 fertiggestellt, sollte zu einem Segen für das ägyptische Volk werden. 13 Jahre später spricht man von einem „Jahrhundertirrtum". (S. 18)

Wetter: Meist stark bewölkt, zeitweise Regen. Bis 17 Grad.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Andreotti steht im Abseits. Empörung in Rom und Bonn

Klärendes Telegramm von Craxi an Kohl / Genscher bestellt Botschafter

DW. Rom/Bonn

Italien ist durch die heftig umstrittenen Äußerungen des christdemokratischen Außenministers Andreotti, der sich gegen eine Wiedervereinigung Deutschlands ausgesprochen hat, in die Nähe einer Regierungskrise geraten. Sowohl Ministerpräsident Craxi als auch die Führer der Regierungsparteien in Rom distanzierten sich in ungewöhnlicher Schärfe von Andreotti. Auch in der italienischen Presse fand der Außenminister keine Unterstützung. Der Führer der Sozialdemokraten, Longo, sagte, nur die Gefahr einer Regierungskrise, die unter den jetzigen Bedingungen einem Sprung ins Dunkle gleichkäme, halte ihn davor zurück, von sich aus den Rücktritt Andreottis zu fordern.

Ministerpräsident Craxi hat gestern um 12.30 Uhr an Bundeskanzler Helmut Kohl folgendes Telegramm übermittelt:

„Herr Bundeskanzler, lieber Freund.

Ich möchte Ihnen versichern, daß die italienische Regierung die größte Achtung hat vor den Grundsätzen und Idealen, an welchen die Bundesregierung sich ausrichtet und die Bestandteil ihrer im Grundgesetz verankerten Ordnung sind. Die Regie*rung der italienischen Republik,* indem sie die Gültigkeit der Erklärungen und Ziele, die Italien zusammen mit seinen Verbündeten in den internationalen Gremien unterzeichnet hat, bestätigt, unterstreicht die bedeutsamen Beiträge, die die Bundesrepublik als demokratischer Staat zu Friedens- und Freiheitspolitik in Europa geleistet hat und weiter leisten wird. Die italienische Regierung wünscht sich, daß die Hindernisse

SEITE 2:
Andreotti und sein Fall
SEITE 5:
Weitere Berichte

überwunden werden, welche der Entwicklung eines direkten Dialogs zwischen beiden deutschen Staaten in den Weg gelegt werden, und dies im Interesse des deutschen Volkes und der Zukunft des Friedens in Europa.

Die Regierung der italienischen Republik ist nach wie vor überzeugt von der fortdauernden Stabilität der freundschaftlichen Beziehungen, der Zusammenarbeit und des gegenseitigen Vertrauens zwischen der italienischen Republik und der Bundesrepublik Deutschland." Damit hat Cra*xi die im NATO-Vertrag niedergeleg*te Verpflichtung der Bündnispartner, also auch Italiens, eine Wiedervereinigung zu unterstützen, ausdrücklich bestätigt.

In Bonn hat Bundesaußenminister Genscher am Sonntag den italienischen Botschafter Ferraris erneut ins Auswärtige Amt bestellt und dabei sein Befremden und seine Betroffenheit über die Erklärung von Andreotti zum Ausdruck gebracht. Eine Kränkung, so Genscher, sehe er vor allem in der Verwendung des Begriffs „Pan-Germanismus". Andreotti hatte auf einem Pressefest der Kommunistischen Partei in Rom gesagt: „Wir *alle sind damit einverstanden, daß es* zwischen den beiden Deutschlands gute Beziehungen geben muß..., aber man muß nicht übertreiben in diese Richtung. Der Pangermanismus muß überwunden werden: Es gibt zwei deutsche Staaten, und zwei müssen es bleiben."

Bundeskanzler Kohl hatte in einer ersten Stellungnahme seine Empörung über diese Aussagen deutlich gemacht. Auch als Vorsitzender der CDU sei ihm eine solche Aussage eines führenden italienischen Christdemokraten unverständlich. Bonn sei

● Fortsetzung Seite 5

DER KOMMENTAR

Tankerkrieg

RÜDIGER MONIAC

Der Krieg in der Golf*region hat zum erstenmal* deutsche Opfer gefordert. Ein Versorgungsschiff für Ölplattformen auf See wurde von irakischen Raketen getroffen. Der Kapitän und der Ingenieur des mit knapp einhundert Tonnen nicht sehr großen Fahrzeugs einer Hamburger Reederei, beide Deutsche, kamen ums Leben. Der Angriff ist ein Ereignis des Tankerkrieges, der im Golf und im Roten Meer große Verluste verursacht und die Schiffahrtslinien unsicher macht.

Seit fast vier Jahren schwelt der kriegerische Konflikt zwischen den verfeindeten Parteien Iran und Irak. Vom Zaun gebrochen wurde er von Saddam Husseins Taath-Regime, das von dem Überfall auf den revolutionsgeschwächten Iran eine rasche gewaltsame Gebietserweiterung erhoffte. Die Rechnung ging nicht auf. Die religiös und nationalistisch fanatisierten Truppen Khomeinis leisteten den Irakern bei dem Versuch, sich die Provinz Khusestan einzuverleiben, defensiven und offensiven Widerstand. Seit langem weiß die diplomatische Welt, daß man in Bagdad den Krieg, der *nur* Verluste bringt und kein Ziel erreichen kann, am liebsten sofort beenden würde. Aber zu welchen Bedingungen?

Khomeini hat sich den Sturz Saddam Husseins zum Ziel gesetzt. Er hält an diesem Ziel fest, das vom Irak als unannehmbare Bedingung zum Frieden empfunden wird. Der Irak wiederum baut auf die technische Überlegenheit seiner Luftwaffe und auf die sowjetischen Waffenlieferungen, die nach einer Zeit der Unterbrechung wieder in Gang gekommen sind. Bagdad ist zumindest in der Lage, einen Teil des persischen Ölexports zu vereiteln. Für Teheran hat der Krieg die Phase der Abnutzung erreicht. Die Aktionen haben sich vom Land auf See verlagert. Keine der kriegführenden Parteien scheint von sich aus die Kraft zu finden, den Kampf zu beenden.

Dazu gibt es, wie es scheint, nur einen Weg. *Die* öffentliche *Meinung* der Welt muß mobilisiert werden, damit Teheran und Bagdad die Aussichtslosigkeit des Waffengangs erkennen.

Brüssel warnt vor Sabotagetrupps

Fachmännisch werden Sprengschächte in der Bundesrepublik unbrauchbar gemacht

C. GRAF BROCKDORFF, Brüssel

Gegenwärtig vergeht kaum eine Nacht, in der nicht Sabotagetrupps in der Bundesrepublik Deutschland in Manövergebieten der NATO-Truppen und in Zonengrenzbereichen vorbereitete Sprengschächte zur Anlegung von Sperren im Verteidigungsfall unbrauchbar machen. In informierten Brüsseler Kreisen wird der harte Kern der „Friedensbewegung" für die Anschläge verantwortlich gemacht.

In Brüssel heißt es weiter, die Anführer der Sabotagetrupps seien zweifellos ausgebildete Experten, die in der Lage seien, vorbereitete Sperrstellen zu finden. Dies lege die Vermutung nahe, daß es dem gegnerischen militärischen Nachrichtendienst gelungen sei, unerkannt in wichtige Stellen der Friedensbewegung einzudringen.

Die Sabotagetrupps gingen fachmännisch vor. Sprengschächte in Brücken seien ausgegossen worden, Deckel, mit denen vorbereitete Sprengstellen in Straßen zur Anlegung von Geländesperren abgedeckt wurden, seien mit schnellbindendem Zement unbeweglich gemacht worden.

Nach Ansicht von NATO-Experten *deuten die Sabotageaktionen nur an,* was in Zeiten erhöhter Spannung oder unmittelbar bei einem Verteidigungsfall in der Bundesrepublik Deutschland zu erwarten sei. In der Bundesrepublik habe sich unter dem Einfluß bestimmter politischer Kräfte eine Atmosphäre entwickelt, in der es als „dem Frieden dienend" dargestellt werde, was die eigene Verteidigung schwäche. Die dialektische Betrachtungsweise des Friedensthemas führe dazu, daß objektiv die Kriegsgefahr eher gefördert werde.

Entlang der Grenze gibt es keine durchgehende strategische Sperre zum Osten. Eine solche Sperre wäre nach NATO-Ansicht nicht nur politisch unvertretbar, sondern stünde auch im Widerspruch zu den militärischen Absichten der Allianz. Im Ernstfall soll in der Bundesrepublik beweglich verteidigt werden. Starre Geländesperren hingegen würden dem Angreifer Aufschlüsse über die Verteidigungsführung der NATO liefern.

Mitläufer in den Sabotagetrupps mögen der Meinung sein, daß sie etwas für den Frieden tun. Tatsächlich gibt es keine Brücken und keine Geländehindernisse, die nicht im Ernstfall mit militärischen Mitteln zur Anlegung von Sperren gesprengt werden können. Wenn im Frieden vorbereitete Sprengkammern fehlen, muß mehr Sprengmunition benutzt werden als ursprünglich vorgesehen. Die dabei entstehenden Verwüstungen sind unvergleichbar größer. Saboteure, die Opfer geistiger Verführer geworden sind, sind sich vermutlich über die Zusammenhänge nicht im klaren.

Die Anlage von Sperren mit konventionellen Mitteln ergibt sich nahtlos aus den Forderungen des NATO-Dokuments „MC-14/3", in der die Doktrin der „flexiblen Reaktion" festgeschrieben ist. Niemand in der NATO sieht Sperren als Wundermittel an. Eine solche Betrachtungsweise birgt die Gefahr, daß sich die NATO hinter einer geistigen Maginot-Linie versteckt, die Bewegungen lähmt. Davon aber ist das Militär des Bündnisses weit entfernt.

Bonn fordert Schadenersatz von Irak

DW. Bonn

Die Bundesregierung hat wegen des irakischen Raketenangriffs auf das deutsche Schiff „Seetrans 21" bei der irakischen Regierung protestiert und Schadenersatz gefordert. Der irakische Botschafter in Bonn wurde ins Auswärtige Amt zitiert. Ihm wurde erklärt, die Bundesregierung verlange eine vollständige Aufklärung des Zwischenfalls im Persischen Golf. Der irakische Botschafter schloß nicht aus, daß sich das Schiff in der zum militärischen Sperrgebiet erklärten Zone befunden habe. In diesem Fall weise er den Protest zurück.

Die „Seetrans 21" der Hamburger Reederei „Seetrans Schiffahrtsgesellschaft" war rund 80 Kilometer vom iranischen Ölterminal auf der Insel Kharg entfernt von irakischer Seite mit Raketen angegriffen worden. Das nur 97 Bruttoregistertonnen große Schiff, das als Versorgungsschiff für Ölplattformen arbeitete, geriet in Brand und sank später. Sechs Menschen, darunter zwei Deutsche, starben bei dem Zwischenfall.

Der aus Winsen an der Luhe stammende Kapitän Heinz Zöllner starb nach Augenzeugenberichten, als ein Hubschrauber versuchte, ihn von dem brennenden Schiff zu bergen. Er stürzte zurück auf das Deck und kam in den Flammen um. Der leitende Ingenieur Dieter Küllenberg wurde *ebenfalls getötet. Inzwischen sind am* Sonntag erneut Handelsschiffe angegriffen worden, diesmal vermutlich von iranischen Kampfflugzeugen. Zwei Schiffe in der Nähe der Küste von Qatar waren das Ziel.

Bahr akzeptiert Forderungen von Honecker

DW. Hamburg

Drei der vier sogenannten Geraer Forderungen des *„DDR"-Staatsrats*vorsitzenden Erich Honecker hält der ostpolitische Experte der SPD, Egon Bahr, für annehmbar. Im Norddeutschen Rundfunk (NDR) sprach er sich am Sonntag dafür aus, die Elbgrenze in der Strommitte festzuschreiben und die Erfassungsstelle für Gewaltverbrechen der „DDR" in Salzgitter aufzulösen. Außerdem sollte die Respektierung einer eigenen „DDR"-Staatsbürgerschaft in einem Vertrag festgelegt werden.

In derselben Sendung widersprach der Staatsminister im Auswärtigen Amt, Alois Mertes (CDU), den Äußerungen Bahrs entschieden. Er verwies auf den Auftrag des Grundgesetzes, dem die Bundesregierung verpflichtet sei.

Bahr betonte, daß nach seiner Auffassung Staatsbesuche des Bundeskanzlers und des Bundespräsidenten in Ost-Berlin möglich seien, ohne den Viermächtestatus Berlins zu verändern. *Er ließ auch keinen Zweifel dar*an, daß er die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze im Warschauer Vertrag von 1970 für endgültig halte.

Dagegen bekräftigte Mertes die Ansicht, daß die endgültige Festlegung der deutschen Ostgrenze erst in einem Friedensvertrag mit einem wiedervereinigten Deutschland erfolgen könne. Außerdem lehnte er eine vertragliche Respektierung der „DDR"-Staatsbürgerschaft und die Festschreibung der Elbgrenze in der Strommitte erneut ab.

Neuer Fall von Spionage aufgedeckt

W.K. Bonn/Karlsruhe

Die Sicherheitsbehörden haben einen neuen Fall von Spionage im Bereich der Technologie aufgedeckt. Der Ermittlungsrichter des Bundesgerichtshofes erließ auf Antrag des Generalbundesanwaltes gegen einen mutmaßlichen Agenten des Ost-Berliner Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) Haftbefehl. Dem in der Bundesrepublik ansässigen Mann wird der Verrat wissenschaftlicher Erkenntnisse auf dem Gebiet der Technologie vorgeworfen. Der Agent wurde von der Abteilung XIII der Hauptverwaltung Aufklärung des MfS, die Wissenschafts- und Technikspionage betreibt, geführt. Aus dieser Abteilung waren nach der Flucht des Geheimdienstlers Werner Stiller 1979 rund 40 Agenten verhaftet worden.

Seite 10: Agenten

Tarifkonflikt bei Lufthansa ist beigelegt

DW. Hamburg

Die Lufthansa und die Deutsche Angestellten Gewerkschaft (DAG) haben die strittigen Fragen um einen neuen Tarifvertrag für das fliegende Personal ausgeräumt. In einem zweiten Spitzengespräch einigten sich die Tarifpartner vor allem über die Ar*beitszeitverkürzung und die Einstel*lung von 54 Nachwuchspiloten. Die Übereinkunft berücksichtigt die wesentlichsten Ergebnisse der zuvor von der Angestellten Gewerkschaft abgelehnten Schlichtungsempfehlung: die Abfindungszahlung, die Neustrukturierung der Vergütung für Cockpit- und Kabinenpersonal, die Erhöhung der Abwesenheitsgelder und den Vergütungstarifvertrag. Danach werden die Löhne und Gehälter ab 1. Juli um 3,3 Prozent erhöht.

Nicaragua kündigt Kauf von MiG-21 an

DW. *San José*

Nicaragua hat zum 163. Jahrestag der Unabhängigkeit Mittelamerikas ein lang gehütetes Geheimnis gelüftet: Die Sandinisten werden nach einer Mitteilung des Verteidigungsministers Ortega Abfangjäger vom sowjetischen Typ „MiG-21" kaufen. Bis*lang hatte Managua stets betont, man* sei am Kauf von „MiG"-Jägern oder aber von französischen „Mirage" interessiert. Die Vereinigten Staaten hatten im vergangenen Monat Kuba und die UdSSR davor gewarnt, Kampfflugzeuge an Nicaragua zu liefern. Hierzu hatte der sandinistische Verteidigungsminister erklärt, sollte Moskau nicht zum Verkauf der „MiG-21" bereit sein, so sei es „nicht schwierig", diese Flugzeuge in einem anderen Land zu bekommen.

Mehr Ideologie in „DDR"-Kindergärten

H. R. KARUTZ, Berlin

Der „DDR"-Nachwuchs soll künftig noch intensiver als bisher schon im Kindergarten politisch indoktriniert werden. Die Mädchen und Jungen seien „von klein auf zur kommunistischen Moral" zu erziehen. Diese Forderung enthält ein Grundsatzartikel der Leiterin der Abteilung „Vorschulerziehung" im Ostberliner Volksbildungsministerium, das Erich Honeckers Ehefrau Margot leitet.

Unter der Überschrift „In der pädagogischen Arbeit das Beste leisten" faßt die Autorin Elvira Hepke im Fachblatt „Neue Erziehung im Kindergarten" offenkundig die jüngsten politischen Anweisungen der Partei für die Vorschulkindererziehung zusammen. Es fällt auf, daß im Text erneut der Begriff der „kommunistischen Moral" benutzt wird, den Margot Honecker selbst zuerst Anfang dieses Jahres in einem wegweisenden Referat vor dem FDJ-Zentralrat gebraucht hatte. Bislang war in der Regel nur von „kommunistischer Erziehung" die Rede.

Die Äußerungen der Abteilungschefin sind um so bedeutsamer, als zur Zeit etwa zwei Millionen Mütter und Väter in der „DDR" ihre Sprößlinge den nach einem zentralen Erziehungs- und Bildungssystem gesteuerten *Krippen und Kindergärten* anvertrauen. Die Autorin verweist auf die vor kurzem erlassene neue „Kindergartenordnung", die Beschlüsse des zehnten SED-Parteitages und Weisungen des Volksbildungsministeriums, die zu verschärfter ideologischer Gangart auch in der Betreuung der Jüngsten anhalten.

Zu den Forderungen an die Kindergärtnerinnen gehören: „Die Erziehung der Jungen und Mädchen zur engen Verbundenheit mit unserem sozialistischen Vaterland, zum Frieden, zur Freundschaft mit der Sowjetunion und den anderen sozialistischen Bruderländern, zur Achtung der Arbeit der Werktätigen und jener Menschen, die unsere Heimat schützen, sowie die Herausbildung sittlicher Gewohnheiten ist eine Aufgabenstellung, die vom jüngsten Alter an zu realisieren ist."

Anscheinend sind manche Eltern mit dem, was in den 12 800 „DDR"-Kindergärten geschieht, nicht immer einverstanden. „Vor allem gilt es, noch vertrauensvoller mit den Müttern und Vätern zusammenzuwirken." Jede Erzieherin soll wissen, was die Eltern bewegt, schreibt die SED-Autorin, „und sie muß auch die Hinweise der Eltern ernst nehmen".

Der Zulauf und die langen Wartezeiten für die wenigen kirchlichen Kindergärten in der „DDR" beweisen, wie viele Eltern die individuelle, von Schlagworten und der ständigen Wettbewerbsstimmung im Staatshort freie Zuwendung schätzen. Der Hang zur Eigeninitiative und persönlichen Selbstbestimmung ging beispielsweise in Ost-Berlin so weit, daß Mütter aus dem Bereich der kirchlich geprägten „Frauen für den Frieden" eigene Kinderläden einrichteten.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Poltern zum Jahrestag

Von Enno v. Loewenstern

Irgendetwas muß in den sowjetischen Direktiven zu Invektiven schief gelaufen sein. Die UdSSR quält sich gerade mit dem peinlichsten außenpolitischen Thema ihrer Geschichte herum, dem Hitler-Stalin-Pakt vor fünfundvierzig Jahren. Der hat ihr zwar einen gemeinsamen Überfall auf Polen und allerlei weitere Territorialbeute ermöglicht, sie aber in permanenten Erklärungszwang versetzt.

Nun erinnert sich Tass an die Waffenbrüderschaft von damals, nachdem genügend westliche Stellen sie daran erinnert haben, und wiederholt das ehrwürdige Alibi: der Vertrag sei die einzige Möglichkeit gewesen, einen deutschen Angriff auf die UdSSR hinauszuzögern, um zwischenzeitlich die eigene militärische Schlagkraft zu verstärken. Die Westmächte, die sich dem Vertrag nicht anschlossen, hätten dem Kampf gegen den Faschismus einen schweren Schlag zugefügt. Das dürfe gerade heute von denen nicht vergessen werden, die sich „von neuem auf das gefährliche und rutschige Terrain begeben, auf dem die Völker getäuscht werden."

Ja, das war gemein von den Westmächten, daß sie damals, anstatt gegen den Faschismus mit Freundschaftsverträgen zu kämpfen, mit Waffen gegen ihn kämpften. Sei's drum. Beobachter, die sich auf das gefährliche und rutschige Terrain der Kreml-Deutung begeben, haben daraus hoffnungsvoll gedeutet, daß Moskau einen neuen Vertrag schließen will. Schließlich fährt Gromyko in zwei Wochen nach New York, und einer dieser Nichtangriffspakte steht ja wieder im Raum.

Aber ausgerechnet jetzt rast die „Sowjetskaja Rossija" los: Reagan und Kohl bedienten sich der „Methoden Hitlers", indem sie die UdSSR kritisieren; daher reife der Dritte Weltkrieg heran. Nun gut, bei den friedliebenden Sowjets ist das natürlich etwas anderes, als wenn Reagan vom Reich des Bösen spricht. Aber irgendwo ist da ein logischer Knick, falls auf diesem Wege ein neuer Vertrag angestrebt wird: Mit Hitler sprachen die Sowjets damals viel netter. Und es ist noch nicht klar, wen man gemeinsam mit Reagan überfallen will.

Ausländer als Spielmaterial

Von Werner Kahl

Die Erregung über eine als Boykottdrohung gegen deutsche Geschäftsleute aufgefaßte Äußerung einer türkischen SPD-Funktionärin in Berlin ist von SPD-Vorstandsseite abgewiegelt worden. Zugleich hat die türkische Gemeinde in Berlin jedoch ihre Sprecherin von ihren Aufgaben entbunden.

Der Vorfall liegt an der Oberfläche; tatsächlich sind seit Wochen Agitatoren unterwegs, um Anhänger für einen „heißen Ausländer-Herbst" zu sammeln. Die Absicht ist, den Eindruck von Ausländerfeindlichkeit in der Bundesrepublik zu wecken und, wenn möglich, zornige Äußerungen zu provozieren, die sich als „Ausländerfeindlichkeit" deuten lassen.

Zu diesem Zweck werden dubiose Koordinationskomitees gebildet. In ihrem Namen werden Unterschriften zur Unterstützung geplanter Herbstprotestmärsche gegen die angebliche Ausländerfeindlichkeit gesammelt. Als Träger fallen nun viele Initiativen, Gruppierungen und Namen auf. Wo aber sind die Ausländer, die es angehen müßte?

Türken und Kurden werden durch einige Gruppierungen vertreten, die entweder orthodox kommunistisch sind, wie die kurdische „Komkar", oder von ihren Kommunistischen Parteien aus der Heimat beeinflußt werden und mit der DKP zusammenarbeiten, wie die türkische Fidef. Griechen gibt es jedoch kaum, und Spanier, Portugiesen, Italiener und Jugoslawen fehlen sogar gänzlich.

Vollzählig angetreten sind dagegen Deutsche Kommunistische Partei, Kommunistischer Bund, die KPD und auch die SEW, der Westberliner Ableger der östlichen Einheitspartei. Was diese Berliner Filiale Moskaus betrifft, so hat der Berliner ÖTV-Vorstand einen Sozialdemokraten und Gewerkschaftler jüngst belehrt, wer – wie er – vor kommunistischer Unterwanderung warne, müsse wohl unter Verfolgungswahn leiden.

Einen Rückschlag immerhin hat diese Bewegung zur Erzeugung von Ausländerfeindlichkeit erlitten: der hessische Grüne-Landesverband beschloß, den Marsch nicht zu unterstützen. Aber die SPD wird ihn voraussichtlich unterstützen, und so wird die Sowjetpresse demnächst berichten können, daß in der Bundesrepublik nicht nur Revanchismus, sondern amtlich nachgewiesener Rassismus sein grauses Haupt erhebe.

Computer und Stechuhr

Von Peter Jentsch

Als erste Gewerkschaft reagierte die IG Metall: Endlich hätten die Betriebsräte ein „juristisches Instrument" zur Verfügung, mit dem sie die Arbeitnehmer vor „totaler Durchleuchtung" schützen können.

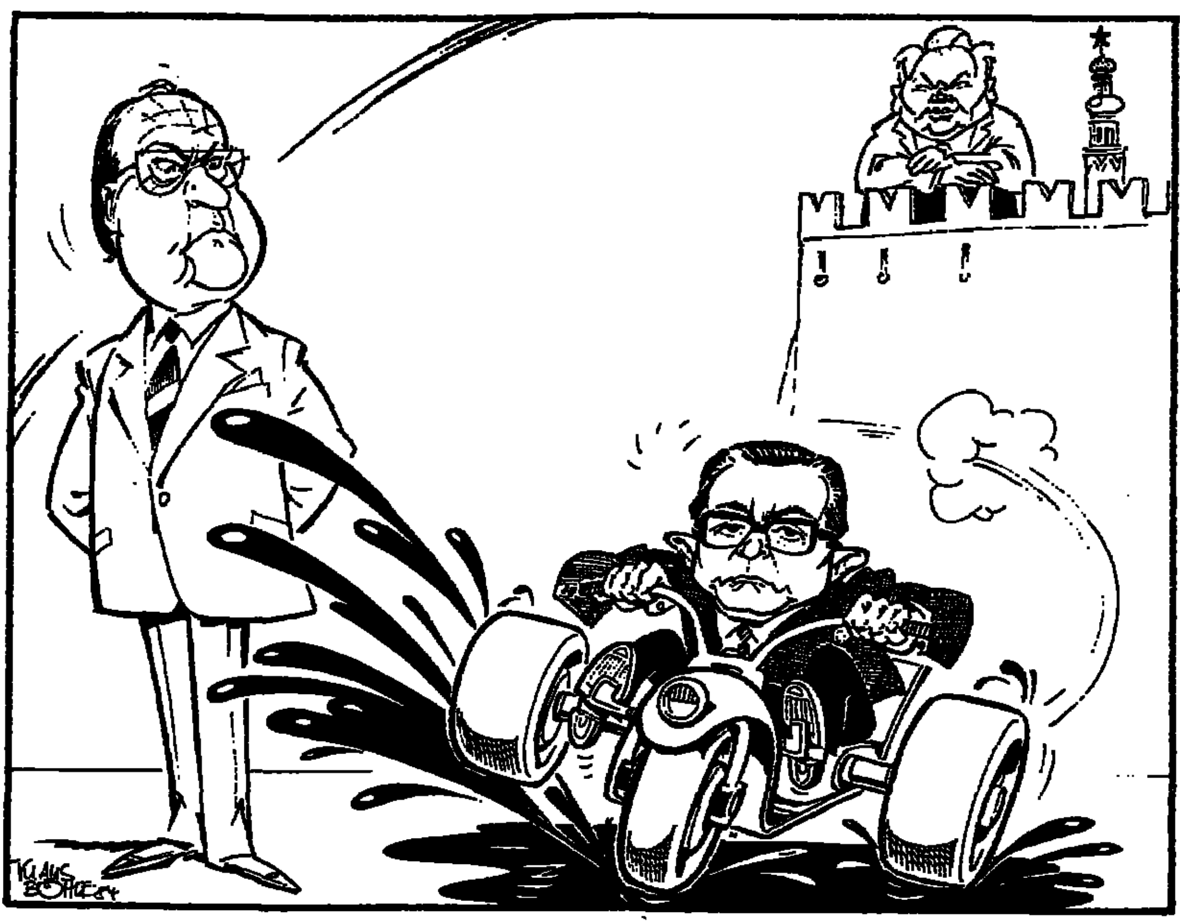
Das Lob gilt dem Urteil des Bundesarbeitsgerichts in Kassel. Danach ist die Einführung und Anwendung von technischen Einrichtungen, die auch dazu dienen können, Verhalten und Leistung von Arbeitnehmern zu überwachen, mitbestimmungspflichtig (AZ: 1 ABR 23/82).

Es bleibt die Frage, ob in der technischen „Überwachung" durch moderne elektronische Systeme eine größere Gefahr für das Persönlichkeitsrecht gesehen werden kann als in herkömmlichen Mitteln: Ist der Computer schlimmer als die Stechuhr? Oder schlummert hinter diesem Urteil nur die Angst des Nicht-Technikers vor Orwells „1984"?

Moderne Datenerfassung in Betrieben muß sein. Die Marktwirtschaft fordert Leistung wie jede andere Wirtschaft. Wer sich am Markt behaupten (und seine Arbeitsplätze erhalten) will, muß besser sein als die Konkurrenz. Moderne Informationssysteme sind heute Teil der betrieblichen Realität. Dazu gehört die Kontrolle von Maschinen, um ihren Nutzen berechnen zu können; beispielsweise eine Verbesserung der Lagerhaltung. Da immer noch Menschen an Maschinen arbeiten und Arbeitnehmer die Lagerhaltung beaufsichtigen, wäre auch eine Kontrolle dieser Personen möglich. Aber das heißt doch nicht, daß damit die Demokratie am Werkstor endet.

Schon vor dem Urteil konnten Beschäftigte und Unternehmen mit modernen Informationssystemen leben. Viele Betriebe haben vor dem Einsatz solcher Systeme Betriebsvereinbarungen abgeschlossen, die die Genehmigung der Speicherung und Verarbeitung von Einzeldaten der Arbeitnehmer durch den Betriebsrat vorsieht. Das Urteil bremst jetzt den Einsatz dieser Techniken. Es wird verhindern, daß Unternehmensleitungen künftig die Produktivität einzelner Abteilungen miteinander vergleichen und daraus die richtigen Schlüsse ziehen kann, ehe die fernöstliche Konkurrenz sie zieht.

Und das, obwohl unser Kündigungsschutz schon heute eine Entlassung wegen „Faulheit" nicht zuläßt.



Vollgas! KLAUS BÖHLE

Andreotti und sein Fall

Von Herbert Kremp

Giulio Andreotti wußte natürlich genau, was er tat, als er auf die Crescendo-Walze der Deutschlandfrage trat. Der Politiker war fünfmal Regierungschef seines Landes, er unterhält enge Beziehungen zur Kurie – wiewohl der Höhepunkt in das Pontifikat Pauls VI. fiel. Er gehört also zu den typischen Vertretern des römischen Establishment, kennt alle Gassen, Winkel und Tapetentüren der italienischen Innenpolitik, bewegt sich mit der gleichen Sicherheit aber auch auf den Boulevards der *internationalen Politik. Er zeigt* Ehrgeiz, nach zahllosen Ämtern auch den Mantel des Staatspräsidenten überzustreifen. Die Aussichten sind zwar minimal, aber er bedarf auf jeden Fall des Zuspruchs der Kommunisten, die seine Affären kennen. Ist das der ganze Grund für seinen Tritt gen Norden?

Wir können diese Frage auf sich beruhen lassen. Sie ist spezifisch römisch und wird in den kritischen italienischen Kommentaren ja laut genug diskutiert. Winkelzüge sind bei Andreotti nicht auszuschließen, das merkt man bei Unterhaltungen, die man mit dem begabten Taktiker führt. Da er in klassischen Disziplinen gebildet ist, weiß er den Unsinns-Begriff vom Pangermanismus, den er leicht erregbaren Gefühlen zum Fraße vorwarf, richtig einzuschätzen. Wer will denn hier alle Menschen deutscher Zunge in einen Staat zusammenführen? Da haute doch einer in die Torte. Außenminister Genscher nannte das Wort eine „schwere Kränkung", als er den italienischen Botschafter Professor Ferraris am Sonntag um acht Uhr zur Kirchgangszeit zum zweitenmal zu sich zitierte.

Gewichtig klingt dieser Begriff aus dem vergangenen Jahrhundert allerdings im Zusammenhang mit der sowjetischen Revanchismus-Kampagne, die ja ebenfalls den Eindruck ungehemmter deutscher Gefräßigkeit erwecken soll. Vielleicht hatte Andreotti den Aufzug der Südtiroler Schützen in Innsbruck im Auge. Das kann jedoch nur ein Seitenblick gewesen sein. Der Hauptsatz des Italieners, daß es zwei deutsche Staaten gebe und *daß es dabei bleiben müsse,* galt den Deutschen diesseits und jenseits der Elbe – sie zielte auf das verbündete Bonn und auf das nicht verbündete Ost-Berlin. Andreotti machte sich damit zum Laut-Sprecher all derer, die heute in Mitteleuropa, von Deutschland ausgehend, eine unheimliche „Bewegung" in Gang gebracht sehen.

Wenn ein prominenter, wenn auch nicht mehr taufrischer Mann der Democrazia Cristiana auf einem Kommunisten-Fest in dieser Weise vor Deutschland warnt und zudem friedensgefährdende Versuche wittert, die territoriale Gestalt Europas zu verändern, spricht er den Sowjets – bewußt – nach dem Munde. Dieser überaus peinliche Vorgang veranlaßte den italienischen Ministerpräsidenten Craxi, die Angelegenheit in einer entschiedenen, verbindlichen Adresse an Bundeskanzler Kohl zu bereinigen. Er pfiff den eigenen Außenminister in einer Weise zurück, die keinen Zweifel an dem intakten Zustand der italienisch-deutschen Beziehungen zuläßt. Wir haben es, dies wurde von Stunde zu Stunde deutlicher, mit einem „Fall Andreotti" zu tun, und dieser Fall wird nun seinen Lauf nehmen.

Immerhin zeigt die Rauchentwicklung, daß es Brennmaterial gibt. Die deutsche Frage ist erneut zu einem bedeutenden Gegenstand der Diskussion geworden, nachdem man mehr als ein Jahrzehnt den Eindruck haben konnte, sie sei anästhesiert und jedenfalls in diesem Zustand zur Ruhe gelegt worden. In diesem Zusammenhang sei Andreotti mit einer letzten Bemerkung zitiert, die im Unterschied zu allen anderen dem Rang seiner Intelligenz entspricht: Ostpolitik, so meinte er in einem nachgeschobenen Satz, habe seines Erachtens noch nie bedeutet, daß die Wiedervereinigung Deutschlands herbeigeführt werden solle. Das ist recht schlau gesagt, denn in der Tat hatte jene Ostpolitik, wie sie von Bahr und Brandt gemeint und von den Sowjets erstrebt war, die Endgültigkeit des Zustandes im Auge, nicht dessen Überwindung. Daß sich daran etwas geändert hat – politisch, nicht verfassungsmäßig –, ist nicht zu leugnen.

Die Politik in diesem Sinne ist in *der Bundesrepublik erneut um*stritten. Wenn Egon Bahr in einer Diskussion mit Staatsminister Mertes die Geraer Forderungen Honeckers für akzeptabel hält – es geht um die Elbgrenze, die Verwandlung der Ständigen Vertretungen in Botschaften, die „Respektierung" der „DDR"-Staatsbürgerschaft und um die Auflösung von Salzgitter –, dann kommt darin die Nostalgie nach der ersten Stunde der Ostpolitik von 1969 zum Ausdruck. Auf diesem Wege würde die „DDR" zum Ausland, man kann es drehen und wenden, wie man will. Dieser Denkschule entsprechen auch die SPD-Kommentare zum sehr persönlichen Fall Andreotti. Er habe „den Mut gehabt, auszusprechen, was unsere westlichen Verbündeten in der deutschen Frage wirklich denken", meinte Horst Ehmke, der sich ja auch jedes Wort überlegt, in höchster Eile.

Woher weiß Ehmke das so genau, und welcher Politik redet er das Wort? Daß es in westlichen Ländern Köpfe und Gruppen gibt, die einer „deutschen Dynamik" Skepsis entgegenbringen, ist so alt wie die Deutschland-Frage selber. Jede deutsche Politik, die auf sich hält, war und ist bestrebt, den alten Ängsten mit der Vernunft und Sittlichkeit des Selbstbestimmungsrechts entgegenzutreten, das nicht nur den Deutschen, sondern all denen in Europa zusteht, die es heute noch entbehren müssen. Der italienische Sozialist Craxi hat verstanden, was der deutsche Sozialist Ehmke vorgibt, nicht zu verstehen. Man muß sich immer wieder fragen, welche *Interessen* und wessen Interessen Sozialdemokraten vertreten, die fast triumphierend jede Stimme registrieren, die der Erstarrung Europas in der Teilung den Vorzug geben.



Nicht die Stimme Italiens: Andreotti, deutscher Kollege FOTO: AP

IM GESPRÄCH Facio Segreda

Den Isthmus besetzen?

Von Günter Friedländer

Der Costaricaner Gonzalo Facio Segreda, 1948 einer der Gründer der sozialdemokratischen Regierungspartei „Liberacion Nacional" (PLN), diente seinem Land abwechselnd als Justizminister, Präsident der Parlaments, Botschafter in Washington und Außenminister. Unter der Präsidentschaft von Jose Figueres stellte er diplomatische Beziehungen zur Sowjetunion her, von denen die Russen sich eine Achse von Lima über San José nach Havana versprachen. Ein Traum, der sich nicht erfüllte.

Facio gilt als einer der besten Diplomaten Lateinamerikas. Als Anfang des Jahres der Generalsekretär der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) zurücktrat, galt Facio zunächst als aussichtsreichster Kandidat für dessen Nachfolge. Aber Costa Ricas Regierung unterstützte seine Kandidatur nicht. So bezahlte Facio den größten Irrtum seiner politischen Laufbahn sehr teuer: Er hatte 1981 gegen die Präsidentschaftskandidatur von Luis Alberto Monge gearbeitet und dabei die Partei sogar vorübergehend verlassen. Die Rückkehr zur PLN brachte nicht die erwünschte Aussöhnung mit Monge, der für ihn in seiner Regierung keine Verwendung fand.

Nun hat der ehrgeizige Diplomat in einem Gespräch mit dem Fernsehen *der Dominikanischen Republik* einen politischen Sturm ausgelöst. Er schlug als seiner Meinung nach einzig mögliche Lösung der mittelamerikanischen Krise die Besetzung eines nicht definierten Gebiets Mittelamerikas durch eine internationale Truppe vor und gab als historisches Beispiel die Dominikanische Republik an, deren Demokratie 1965 von einer Besatzungstruppe der USA, Nicaraguas, Costa Ricas, Honduras', Paraguays und Brasiliens gerettet wurde.

Dabei fand er wenig freundliche Worte für alle Partner der mittelamerikanischen Krise: Kuba und die Sowjetunion seien am Entstehen des marxistisch-leninistischen Regimes schuldig, das Nicaragua in einen „Brennpunkt des internationalen Terrorismus" verwandelte, wo Palästinenser der PLO, Agenten Khadhafis, uruguayische Tupamaros und argentinische Montoneros Terroristen ausbilden, um ganz Mittelamerika zu destabilisieren. Die USA wiederum hätten den bedrängten Ländern keine genügende Hilfe gegeben, Mexiko decke sogar den Umstürzlern den Rücken. Auch die Sozialistische Internationale erhielt eine Ohrfeige: Sie mische sich in die mittelamerikanischen Probleme. Die Bemühungen der Contadora-Gruppe seien ein Mißerfolg, nach dem nur noch die internationale militärische Besetzung denkbar bleibe.



Sensation im dominikanischen Fernsehen: Facio FOTO RUDOLF AHLERT

Facio hätte das alles als Costa Ricas Außenminister oder als Generalsekretär der OAS nicht sagen dürfen. Aus der Position der Unabhängigkeit heraus läßt sich vieles verbreiten, was ihm nicht unbedingt zu zukünftigen Karrieresprossen verhelfen muß, aber doch einiges Nachdenken auslösen kann – so wenig Aussichten sein Plan selber auch hat.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

Andreottis Äußerungen über die beiden deutschen Staaten wurden von vielen deutschen Zeitungen kommentiert:

Frankfurter Allgemeine

Vielleicht wollte er der Kommunistischen Partei einen Gefallen tun. Aber warum auf unsere Kosten? Das deutsch-italienische Verhältnis leidet daran, daß viele Deutsche Italien unterschätzen und viele Italiener sich für Deutschland nicht interessieren. Es braucht also geduldige Pflege. Die Bundesrepublik muß mit dafür sorgen, daß im Bündnis Italien nicht immer wieder als eine Macht minderen Ranges behandelt wird. Italien wiederum kann der Bundesrepublik Wege in der Dritten Welt ebnen. Vieles ist zu tun. Aber aufeinander herumtrampeln – wozu soll das gut sein?

Bild

*Dafür sind wir also gut – als Touri*sten die italienische Staatskasse aufzufüllen. Als Abnehmer von Tomaten und Wein den fleißigen italienischen Bauern zu helfen. Das ist offenbar auch alles, was einige italienische Politiker unter guter Nachbarschaft verstehen. Der italienische Außenminister Andreotti ließ eine grobe Unfreundlichkeit vom Stapel: Er warnte vor deutschem Größenwahn. Und im übrigen sei die Teilung Deutschlands ganz in Ordnung. Das sind ja schöne politische Partner (wir meinen nicht die netten italienischen Bürger), die wir da jenseits der Alpen haben.

OFFENBURGER TAGEBLATT

Der Auftritt des italienischen Außenministers Andreotti ist gleich in mehrfacher Hinsicht peinlich. Nicht nur, daß er sich ungeniert in deutsche Angelegenheiten eingemischt hat, sondern auch Zeitpunkt und Ort seiner überflüssigen Äußerungen müssen befremden ... auf einem Pressefest der italienischen Kommunisten. Das ist kostenloses Wasser auf die Mühlen der kommunistischen Propaganda.

RHEINISCHE POST

Es ist zu befürchten, daß der Italiener nur das offen ausgesprochen hat, was nicht wenige westliche Politiker seit langem denken – allen vollmundigen Reden auf beschönigenden Kommuniqués zum Trotz. (Düsseldorf)

WIESBADENER KURIER

Einstweilen bleibt unklar, ob Italiens christdemokratischer Außenminister Andreotti sich nur bei den heimischen Kommunisten, vor denen er sprach, Liebkind machen wollte oder ob ihn im anhaltenden italienischen Sommerloch Profilsucht überkam.

DIE RHEINPFALZ

Was will Andreotti ... aus Bonn hören? Etwa die Preisgabe der geschichtlichen Wahrheit, daß die Deutschen in der Bundesrepublik und in der DDR ein Volk sind? (Ludwigshafen)

Lübecker Nachrichten

Die Bundesregierung kann über die befremdliche Kunde aus Rom nicht hinweghören. Sie muß Andreotti umgehend zur Rede stellen.

Spaniens Sorgen mit der Mesalliance jenseits des Meeres

Wird durch die Einigung Khadhafi–Hassan die NATO sympathischer? / Von Heinz Barth

Im Maghreb, dem Nordwesten Afrikas, ist durch die überraschende *Union zwischen Libyen* und Marokko eine völlig neue geostrategische Situation entstanden. Es mag sein, daß diese auf den ersten Blick unnatürliche Bindung der alawitischen Dynastie an den revolutionären Exzentriker Khadhafi so geringe Überlebenschancen hat wie die sieben Hochzeiten, die der libysche Obrist bisher mit anderen arabischen Ehepartnern nicht zu vollziehen vermochte.

Dennoch sollten die konkreten Interessen nicht unterschätzt werden, die sowohl er wie auch König Hassan II. mit diesem Zusammenschluß verfolgen. Khadhafi hat sich durch seine Unberechenbarkeit bei fast allen arabischen Ländern den Ruf eines gefährlichen Freundes eingehandelt. In Nordafrika traf dies vor allem auf Tunis und Algerien zu, wo er die innere Subversion fortwährend anheizte. Der Bruch mit Algier wurde irreparabel, als er dem Nachbarn die Finanzhilfe und die Lieferung sowjetischer Waffen für den Krieg der Polisario in der Westsahara entzog.

Indem er die Polisario fallen ließ, sabotierte er den algerischen Vorstoß zum Atlantik und damit die Einkreisung Marokkos, die vielleicht zum Sturz der Monarchie geführt hätte. Es war ein geschickter Schachzug König Hassans, rechtzeitig vor der Parlamentswahl am Freitag, aus der die erst kürzlich gebildeten drei Parteien der rechten Mitte als Sieger hervorgingen, sich mit Khadhafi zu arrangieren. Ohne dieses vorausschauende, aber gewagte Manöver hätten die beiden Oppositionsparteien – die Linkssozialisten und die Verfassungsunion – dem König gefährlich werden können. Ob ein Partner wie Khadhafi nicht mehr Risiko als Entlastung bedeutet, steht auf einem anderen Blatt. Natürlich geht der König davon aus, daß die libysche Ehe so wenig funktionieren wird wie die anderen großarabischen Projekte des Traumwandlers von Tripolis. Trotzdem wird der Fall, nicht ohne Grund, von den drei unmittelbar betroffenen Mächten – Frankreich, Spanien und den USA – sehr ernst beurteilt.

Bitter enttäuscht von dem marokkanischen Verbündeten, der bisher als eine der zuverlässigsten Stützen Amerikas im arabischen Raum galt, entsandte das Weiße Haus einen bewährten Spezialisten für delikate Missionen, General Vernon Walters, nach Rabat, um dem König die amerikanische Besorgnis über die nicht standesgemäße Verbindung mit dem Erzfeind der USA zu übermitteln. Hassans Illoyalität dürfte teilweise auf seine Unzufriedenheit mit der US-Militärhilfe von zuletzt 140 Millionen Dollar zurückgehen, die nicht der strategischen Bedeutung Marokkos entspricht.

General Walters war nicht der einzige, der westlichen Alarm ausdrückte. Zu einer Geheim-Begegnung mit dem König, die nicht geheim bleiben konnte, eilte François Mitterrand nach Rabat, um Aufklärung über eine Klausel des Vertrages mit Libyen zu heischen, durch die sich Marokko verpflichtet haben soll, Khadhafi mit 30 000 Mann bei der Eroberung des Tschad zu unterstützen. Bisher blockiert ein französisches Truppen-Kontingent die libysche Expansion im Süden des zentralafrikanischen Staates.

Noch direkter als Amerika und Frankreich ist jedoch Spanien von der jüngsten Entwicklung im afrikanischen Nordwesten betroffen. Für Madrid ist das militärische Gleichgewicht um die Straße von Gibraltar bedroht, wo Spanien an der afrikanischen Küste die Stützpunkte Ceuta und Melilla besitzt. Seit dem Ende des Franco-Regimes drängt Marokko verstärkt auf ihre Rückgabe. Der Gleichmut, mit dem Spaniens Ministerpräsident Felipe Gonzalez bislang auf die marokkanisch-libysche Union reagierte, stößt in der spanischen Öffentlichkeit auf zunehmende Kritik. Zwar versicherte Hassan II., der Zusammenschluß richte sich keinesfalls gegen Spanien. Aber die Beunruhigung ist selbst im Lager der Sozialisten, der Partei des spanischen Regierungschefs, unverkennbar. Wie die Madrider Presse ankündigte, bereitet der Planungsstab der Armee ein neues strategisches Konzept zur Lage an der Meerenge vor.

Nach Ansicht der Militär-Experten wäre Spanien der vereinten Macht Marokkos und Libyens nicht gewachsen. Für Spanien, so meint die führende Madrider Zeitung „El Pais", ist es naheliegend, die bedrohte Stabilität des westlichen Mittelmeeres gemeinsam mit der NATO zu sichern. So könnte es sich schließlich erweisen, daß Kö*nig Hassan ungewollt dazu* beitrug, die Krise im spanischen Verhältnis zum Atlantikpakt zu überwinden.

Spätestens nächstes Jahr muß Felipe Gonzalez die versprochene Volksbefragung über den Verbleib Spaniens in der NATO veranstalten. Es wäre nicht überraschend, wenn unter dem Eindruck der Union Marokkos mit Khadhafi die Stimmung im spanischen Volk umschlägt, das bisher für den Austritt aus dem Bündnis war.

Der Kärrner hat sein erstes Denkmal

Die Parteihäuser der SPD sind durchweg nach den verstorbenen Vorsitzenden Schumacher und Ollenhauer benannt. In Recklinghausen ist dies nun anders: Herbert Wehner kam am Wochenende aus Schweden, um dem Parteihaus seinen Namen zu geben.

Von PETER PHILIPPS

Sein Gesicht *ist durch die Medikamente* weicher, fülliger geworden, aber es wirkt nicht mehr so unnatürlich, fast aufgedunsen wie vor einem Jahr auf dem Kölner Sonderparteitag, als sich Herbert Wehner, der langjährige Vorsitzende der Bundestags-Fraktion, nach vielen Monaten schweren Leidens zum ersten Mal wieder in der Öffentlichkeit zeigte. Der zweitgrößte SPD-Unterbezirk, Recklinghausen, hatte den Kärrner der Partei eingeladen, weil das neue Parteihaus in der Revierstadt nach ihm benannt wurde.

Was mag in diesem Mann vorgehen, als ihm eine Ehrung widerfährt, die üblicherweise posthum erfolgt? Erscheinen in seiner Erinnerung die wechselvollen Stationen eines bewegten Lebens in der und für die Politik, die von der Sozialistischen Arbeiterjugend über die Kommunistische Partei, Untergrund, Exil und Gefängnis zur SPD führten? Das Bewußtsein, wegen Alter und Krankheit das Joch des Karrens nicht mehr tragen zu können, das er so lange auf sich genommen hatte? Er hält sich in der Zucht.

Mit der typischen Wehner-Miene, so wie man ihn seit beinahe 40 Jahren in der Öffentlichkeit kennt, hört er der Laudatio von Ministerpräsident Johannes Rau zu: die Mundwinkel heruntergzogen, äußerlich unbewegt, starren Blickes. Der junge spricht über die „wortkarge Freundschaft" zu dem alten, die sich im Laufe der Jahre entwickelt habe, über das Leben eines Sozialisten, der „über Gefängnis, Exil und Diffamierung" seinem Ziel treu geblieben sei, „für soziale Gerechtigkeit zu wirken".

Kaum einer sei vom Gegner so zum „Feindbild" gemacht worden, sagt Rau. Aber dieses Herbert-Wehner-Haus „könnte die Menschen nicht fassen, die in der DDR sind oder waren und jetzt bei uns leben, die es Herbert Wehner verdanken, daß sie in Freiheit leben können". Und wenn diese Ehrung in Israel vorgenommen würde, „welcher Saal würde wohl dort reichen?" Und Rau erinnert auch, wohl die gerade abgeschlossene Haushaltsdebatte im Bundestag im Blick, daß Wehner mit seinem „Ausharren" im Parlament, „auch wenn die Fernsehkameras nicht mehr liefen, ein Beispiel für tiefsitzenden Respekt vor der parlamentarischen Institution" gegeben habe und das „Vorbild, das Mandat der Wähler ernst zu nehmen".

Die Hände auf dem Schoß gefaltet, darunter nach langer, krankheitsbedingter Abstinenz endlich wieder die kleine braune Tasche mit den geliebten Pfeifen („Ich habe immer seit meinem 16. Lebensjahr Pfeife geraucht – außer im Bett und im Gefängnis") und dem seit Jahrzehnten immer gleichen amerikanischen Tabak, hört sich der schon heute legendäre sozialdemokratische Fuhrmann die Eloge an; neben sich Ehefrau Greta, seitdem die Anwesenden denken *können* bereits Vertraute, Fahrerin, Krankenschwester und Botin in besonderen Missionen.

Die von Habig gestaltete Bronze-Büste, die ein anonymer Bürger Recklinghausens der Partei gespendet hat, steht auf einem Wandbord noch unter weißem Tuch verhüllt. *Zufällig ertönen die Kirchenglocken* der Stadt, als der gläubige Protestant sich erhebt, um Rau zu danken. Erst jetzt wird in einem kurzen, sehr heftigen Händedruck etwas von der inneren Bewegtheit spürbar. Und viel später, in kleiner Runde, dankt er dem Nachfolgenden leise und „herzlich – das war sehr gut, was Du gesagt hast".

Der örtliche SPD-Chef Horst Niggemeier, hatte einleitend vor allem über die „Dankbarkeit der Sozialdemokraten" gesprochen. Er hatte dabei auch auf den saarländischen Sozialdemokraten Oskar Lafontaine angespielt, der einst Kanzler Helmut Schmidt wegen „Sekundärtugenden" *attackiert* und diese mit Konzentrationslagern in Verbindung gebracht hatte. Niggemeier: Vielleicht sei auch Dankbarkeit eine „Sekundärtugend", die in den „Grundwerten des Godesberger Programms nicht vorkommt".

Erst auf Drängen seiner Frau geht Wehner ans Mikrophon: In Wortwahl und verschachteltem Satzbau ist er der Alte, ein-, zweimal kommt sogar der Ansatz der einst bei Genossen und Gegnern gefürchteten kurzen Eruptionen. Aber es scheint, als ob er selbst davor erschräke: Er bittet „um Entschuldigung und Verständnis", daß er sich zu Wort meldete. Aber er verspreche, das zu tun, „was notwendig ist und was ich imstande bin, daß ich denen recht gebe, was von mir und anderen in Jahrzehnten getan und gepflegt worden ist in Richtung auf Verbesserung der Situation des Menschen und der Arbeiterbewegung". Und sehr viel später, im kleinen *Hinterzimmer* des Parteihauses: „Ich werde noch tun, was ich kann, so lange ich noch leben darf."

Aber ansonsten, abgesehen von solchen Sätzen, ist es nach dem Ende der offiziellen Feier ein ganz anderer Wehner, ist es der „Onkel": Für die Fotografen stellt er sich lächelnd neben seine „sehr gelungene" Büste, legt auch 'mal den Arm um die kühle Bronze, geduldig, ausharrend. Er drückt die Hände unzähliger Parteiveteranen, stellt sich mit allen zu immer neuen Erinnerungsbildern zusammen. Und er läßt Schalk aufblitzen: Als die besorgte Greta Wehner in den Raum kommt, ihn dort beim Glas Bier sitzen sieht und ihm Vorhaltungen wegen seiner Gesundheit macht, sagt er erst einmal nur zwei Worte: „Prost, Greta." Und nach ein paar Sekunden: Ein Bier könne ja wohl nicht schaden – und zieht vergnüglich an der Pfeife.

Er hat für jeden und alle Wünsche Zeit. Er verspricht sogar, in zwei Jahren seinen achtzigsten Geburtstag in der Industriearbeiterstadt als Familiengeburtstag mit Genossen zu feiern. Die Industriearbeiter im Revier, sie waren immer eines der wichtigsten politischen Anliegen des greisen Politikers. Der Kampf um die paritätische Mitbestimmung gehörte zu seinen erbittertsten.

Am Morgen dieser Ehrung hatte sich Wehner durch die Stadt fahren lassen, trug sich ins Goldene Buch der Stadt ein und bummelte auch ein paar Schritte durchs Zentrum. Vor allem aber war er in alte Bergarbeiter-Siedlungen hinausgefahren, auf einen Haldenberg hinauf, um die Luft des Reviers dort zu schnuppern, wo sie noch nach schwerer körperlicher Arbeit und nach Kohle riecht.

Und Herbert Wehner zeigt sich umfassend wie eh und je über die politische Situation in der Bundesrepublik informiert. Zwar kommt nur zweimal in der Woche das große Zeitungs- und Zeitschriften-Paket in sein schwedi*sches Haus. Aber Deutsche Welle und* Deutschlandfunk werden auch regelmäßig gehört. Rau verspricht ihm, dafür zu sorgen, daß auch die Partei ihn wieder verstärkt mit Material über wichtige politische Themen versorgen will. Nicht nur als Bronzebüste hat der große alte Mann der Sozialdemokratie das Geschehen hierzulande im kritischen Blick.



Der doppelte Herbert: Wehner mit der von Werner Habig geschaffenen Wehner-Büste in Recklinghausen
FOTO: DIE WELT



Kein zufälliges Bild: Auf vielen Frankfurter Spielplätzen tummeln sich vor allem ausländische Kinder
FOTO: DPA

Frankfurt und seine Ausländer – eine Stadt stößt an ihre Grenzen

Wieviel ausländische Mitbürger kann eine Stadt verkraften, ohne daß der soziale und politische Sprengstoff bedrohlich wird? Für Frankfurt mit einem Ausländeranteil von 21,9 Prozent ist diese Frage – auch wegen eines Konflikts mit der Landesregierung – akut.

Von CH. GRAF SCHWERIN

Da würde ich mich nachts aber nicht allein auf die Straße trauen", meinte der Taxifahrer ein wenig übertrieben, als ich ihm die Adresse im Frankfurter Ortsteil Bornheim nannte. Die alte „Äppelwoi-Kneipe" wirkt ein wenig schäbig in der neuen *Umgebung* von *Fußgän*gerzone und Untergrundbahnhof, von griechischen und italienischen Lokalen in einem Viertel, dessen Bild heute von Ausländern beherrscht wird.

Die Stammkunden drinnen sprachen über eine Schulklasse in der Frankfurter Innenstadt, in der sich unter lauter Gastarbeiterkindern nur noch eine einzige deutsche Schülerin befinde, und jeder wußte aus seinem Bekanntenkreis ein ähniches Beispiel.

Im Rathaus am Römer heißt es, in Frankfurt gebe es keine Ausländerfeindlichkeit, aber man spüre eine wachsende Besorgnis der Bevölkerung angesichts der Entwicklung. Oberbürgermeister Wallmann (CDU): „Es gibt bei uns in Frankfurt nicht das Ausländerproblem, sondern es gibt völlig verschiedene Betrachtungsweisen." Italiener, Griechen, Jugoslawen seien völlig integriert, „sie leben irgendwo neben den Deutschen, ohne daß das problematisch ist". Aber das Miteinanderleben werde dort immer schwieriger, wo der Ausländer nicht nur als Angehöriger einer fremden Nation, sondern vor allem auch einer fremden Kultur in Erscheinung trete. Das gelte nicht, wie so oft unterstellt werde, nur für die Türken, heißt es dazu im Polizeipräsidium, sondern auch für die Einwanderer aus Pakistan, Afghanistan und Iran.

Der Anteil der Ausländer an der Bevölkerung Frankfurts beträgt heute 21,9 Prozent. Anders als in Berlin „gibt es hier nicht die berühmte Problematik des Ghettos", heißt es im Rathaus. Aber in 27 Wohnbezirken *liegt der Ausländeranteil über 50 Pro*zent, und im Bahnhofs-, Gallus- und Gutleutviertel beträgt er sogar über 70 Prozent. Frankfurt ist mit 249 Quadratkilometern flächenmäßig die kleinste Großstadt der Bundesrepublik. Sie kennt deshalb keine Randlagen. Daß ihre ausländischen Bewohner sich aber in der Mitte der Innenstadt konzentriert haben, liege daran, daß diese Gebiete, deren Bewohner vor dem Krieg als „Nachtjacken" bezeichnet wurden, schon damals „Unterschichtenviertel" waren, mit einer Wohnqualität, die auch schon damals nicht unproblematisch war.

Jahre hindurch kam es zu einer Abwanderung der deutschen Bevölkerung aus der Innenstadt. Durch Wohnungsbau und Stadtsanierung konnte der Bevölkerungsschwund gebremst werden, aber die Zusammensetzung der Bevölkerung veränderte sich.Gegenwärtig gibt es 8500 Wohnungssuchende in Frankfurt. Der Ausländeranteil der Wohnungssuchenden liegt bei Drei-Personen-Haushalten bei mehr als 50 Prozent und beträgt bei zunehmender Haushaltsgröße aufgrund des Kinderreichtums ausländischer Familien bis zu 90 Prozent.

Frankfurt ist bei der finanziellen Bewältigung dieser Problematik nicht mit den Stadtstaaten vergleichbar, weil diese zugleich Länder sind und ihre eigene Länderpolitik machen. Die hessische Landesregierung jedoch mache ihre großzügige Ausländerpolitik, eine Vereinbarung zwischen Sozialdemokraten und Grünen, auf Kosten Frankfurts, heißt es im Rathaus, und die Stadt habe keine Möglichkeit, die eigenen Probleme zu *regeln. Das gelte vor allem auch auf* dem Gebiet der Sozialhilfe, die nicht das Land, sondern die Kommune trägt. Wobei hervorgehoben wird, daß hier bisher die Budget-Schwelle noch nicht erreicht worden ist. Der Sozialhilfe-Etat für Ausländer wurde von 10 Millionen Mark 1983 in diesem Jahr auf 16,5 Millionen Mark erhöht *und wird 1985 auf 18 Millionen Mark* steigen.

Jedes sechste Kind an Frankfurter Schulen spricht nicht Deutsch als Muttersprache. An 27 Schulen der Stadt ist der Anteil ausländischer Kinder höher als der deutsche. An vier Schulen sind mehr als 80 Prozent der Schüler nicht deutsch. Die wenigsten von ihnen sind hier bereits geboren, haben Deutsch im Kindergarten oder in der sogenannten „Vorlaufphase", dem halben Jahr vor Schulbeginn, gelernt. Die Sprachprobleme werden ganz erheblich bei jenen Kindern, die erst nach dem Einschulungsalter aus ihrem Mutterland nach Deutschland kamen, sogenannte „Seiteneinsteiger", ohne Deutschkenntnisse und fremd gegenüber den Gewohnheiten dieses Landes.

Die früheren „Vorbereitungskurse" für diese Kinder waren nach Nationalitäten gegliedert, in den heutigen „Intensivkursen", die parallel zu den Unterrichtsstunden gegeben werden, sitzen Jugendliche aus den verschiedensten Ländern und Kulturen nebeneinander. Je höher der Anteil ausländischer Kinder, desto stärker fällt nach aller Erfahrung das Leistungsniveau der Klasse ab.

Dies ist Grund zur Besorgnis bei deutschen Eltern. Viele von ihnen versuchen, ihr Kind an einer anderen Schule in einem anderen Stadtteil einzuschreiben, unter dem Vorwand, der eigene Beruf lasse es geraten erscheinen, daß ein anderes Familienmitglied das Kind betreue. Eines solchen Vorwands bedarf es, da für den Grund- und Hauptschüler – und wenn die hessische Landesregierung das durchsetzt, demnächst für die Förderstufenschüler – der Schulbezirk obligatorisch ist. Eltern können einen Antrag stellen, daß ihnen für ihr Kind eine andere Schule als die „zuständige" gestattet wird. Aber dafür müssen sie einen „triftigen Grund" angeben, und aus der Sicht der staatlichen Schule ist die Angabe, daß die Mehrheit der Mitschüler Ausländer seien, kein hinreichender Grund. Das würde zu reinen Ausländerschulen führen und widerspräche der Integrationskonzeption des Landes und der Stadt.

Anders als in manchen anderen Ländern stehen einer Schule mit einem hohen Ausländeranteil aber nicht mehr Lehrer zu. Das Land muß die Lehrer stellen, „der Verteilungsschlüssel ist in Frankfurt aber nicht anders als in Korbach oder Wetzlar, so daß die Stadt von sich aus 104 Lehrer zur sprachlichen Integration ausländischer Schüler angestellt hat", heißt es im Rathaus. So wird die Schulsituation in Frankfurt zum neu*ralgischen Punkt in den Beziehungen* zwischen Ausländern und Deutschen.

Der Widerstand von Oberbürgermeister Wallmann gegen die neue hessische Ausländer-Regelung, die das Nachzugsalter für Jugendliche von 16 auf 18 Jahre heraufsetzen will, beruht auf dieser Schulerfahrung. Diese „nicht integrationsfähigen Jugendlichen", die berufsschulpflichtig, ohne deutsche Sprachkenntnisse und ohne Aussicht auf eine Lehrstelle sind, würden der Sozialhilfe zur Last fallen und nach Annahme der verantwortlichen Beamten höchst anfällig sein für die großstädtische Rauschgift- und Verbrechensszene. Der Vorwurf Wallmanns besteht darin, daß es nicht sozial und human sei – wie Innenminister Winterstein (SPD) sowie Vertreter von Gewerkschaften und Kirche behaupten –, diese Jugendlichen nach Deutschland zu holen, sondern im Gegenteil höchst unsozial und inhuman, „weil wir jetzt schon wissen, daß wir denen nicht helfen können".

Wenn Eltern , die gerade aus jenen Ländern kämen, in denen die Familienbindung sehr stark sei, ihre Kinder bis zum 16. Lebensjahr nicht nachgeholt hätten, dann sei in der Argumentation des „Schutzes der Familie", wie sie von Winterstein vorgetragen werde, „*ein ordentliches Stück* Heuchelei", sagt Wallmann. Aus den Briefen, die jetzt im Rathaus eingingen, werde deutlich, daß eine Toleranzgrenze im Verhalten der Frankfurter gegenüber den Ausländern erreicht werden könnte. Man dürfe diese Entwicklung nicht weiter ungesteuert laufen lassen. Es könne zu *einer Polarisierung kommen, warnt* der Oberbürgermeister, denn aus den Briefen aus der deutschen Bevölkerung gehe hervor, daß sich die Menschen allmählich überfordert fühlen. Diese Briefe, die im übrigen nichts mit Rassismus zu tun hätten, zeigten: „Es ist nichts anderes als Angst."

Für ein paar Groschen aufs hohe Roß

Die Freizeitsportler in der „DDR" haben Vorlieben *entwickelt, die hierzulande seit* langem gepflegt werden: Es sind Sportarten wie Reiten und Segeln, denen zuweilen noch ein Hauch von Großbürgerlichkeit anhaftet.

Von DIETER DOSE

Neue Ideen und zündende Aktionen" sollen in der „DDR" dem Freizeit- und Erholungssport auf die Sprünge helfen. „Wir wollen vor allem diejenigen erreichen, die bisher noch nicht oder unregelmäßig Sport treiben und die eine weniger straff organisierte sportliche Tätigkeit bevorzugen", sagt Manfred Ewald, Vorsitzender des 3,5 Millionen Mitglieder zählenden Turn- und Sportbundes (DTSB).

Nicht erst seit dem Olympia-Boykott, für den sieggewohnten „DDR"-Spitzensport ein Tiefschlag, heißt die Parole: Mehr Förderung dem Massensport. Jedem, so Ewald auf dem Sporttag des Verbandes, müsse der Weg in eine Sportgemeinschaft offenstehen, „auch wenn er sich noch nicht gleich entscheidet, Mitglied des DTSB zu werden". Denn allein mit den Losungen von gestern wie „Eile mit Meile" (Werbung für die Laufbewegung) oder „Ran ans Netz" (Aufforderung zum Volleyballspiel) sind die angestrebten Zuwachsraten beim Freizeitsport auch in der „DDR" nicht zu erreichen. Die Entwicklung zeigt, daß – wie überhaupt im Freizeitbereich (Auto, Reisen, Datscha) – die Ansprüche größer geworden sind.

So erfreuen sich – wie im Westen – Segeln, Tennis und Reiten steigender Beliebtheit. Auch wenn es manche ökonomische Barrieren gibt, etwa Wartezeiten von einigen Jahren bis zur Lieferung eines Segel- oder Motorbootes. Dennoch gibt es rund 90 000 Hobby-Segler, dreimal soviel wie in den Segel-Clubs.

Den stärksten Aufwind aber hatten in den letzten Jahren die Reiter. Bis 1985 wollte der Pferdesportverband die Zahl seiner Mitglieder auf 48 000 steigern – erfüllt wurde dieses Soll schon Anfang 1984. Bei Mitgliedsbeiträgen von monatlich 1,30 Mark für Erwachsene und acht Groschen für Jugendliche – in Reitclubs wie in allen anderen Sportvereinen –, muß die Reklametrommel nicht besonders gerührt werden.

Drei staatliche Gestüte und zahlreiche landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften sorgen dafür, daß sich die Zahl der Reitpferde in den letzten vier Jahren von 9000 auf 12 000 erhöht hat. Inzwischen bieten schon manche gewerkschaftseigenen Ferienheime Urlaub inklusive Reitstall an. Man kann sich auf der Galopp-Rennbahn im Hoppegarten (Ost-Berlin) ebenso wie am Rennsteig in Thüringen einen Vierbeiner für einen Ausritt mieten. Teurer natürlich als im Club, oft auch schwieriger. Die mehrtägigen Reitwanderungen auf dem Rennsteig-Höhenzig sind meist auf Monate im voraus ausgebucht.

Erst an 16. Stelle in der Rangliste der Sportverbände liegt Tennis mit 42 000 organisierten Mitgliedern. Zum Vergleich: In der Bundesrepublik 1,7 Millionen, wobei der Tennis-Verband nach Fußball und Turnen der drittgrößte ist. Im neuesten Statistischen Taschenbuch der „DDR" sind zwar 332 Ski-Sprungschanzen aufgeführt, nicht aber die Anzahl der Tennisplätze. Offenbar gibt es da noch einen großen Nachholbedarf. Und auch auf der letzten Leipziger Messe wurde im Rahmen der sonst sehr eindrucksvollen Sport- und Freizeitausstellung „Expovita" ein geradezu kümmerliches Angebot an Schlägern und Tenniskleidung präsentiert. Kein Wunder, daß in Ost-Berlin akkreditierte Diplomaten, denen zwei Tennisplätze zur Verfügung *stehen, klagen: „Wir kaufen die Bälle* in West-Berlin, die aus der DDR taugen nichts."

Die nach Fußball am meisten betriebene Sportart in der „DDR" aber ist Angeln – knapp 500 000 organisierte Petri-Jünger. Ihnen stehen rund 36 000 Hektar Wasserfläche zur Verfügung, sie besitzen die schönsten Wassergrundstücke. Dafür helfen sie, wie es auf ihrem letzten Verbandstag hieß, „die Versorgung der Bevölkerung zu verbessern". Die Nicht-Organisierten aber fischen nur für den eigenen Kochtopf.

Während Betriebe an allen Ecken und Enden Benzin einsparen müssen, kennen die 77 000 aktiven Motorsportler keine Treibstoffprobleme. Zwar hat Sportführer Ewald auch dazu aufgefordert, noch mehr Motorsportklubs zu gründen, „aber wir möchten unterstreichen, daß es um die Entwicklung vieler Sportarten und besonders um jene geht, die ohne einen großen materiellen und finanziellen Aufwand zu betreiben sind". Ein Wink mit dem Zaunpfahl, denn unbegrenzt sind die Mittel schon längst nicht mehr, die die Staatskasse dem Sport zufließen läßt. So kritisierte Ewald, daß es in 84 Prozent der Sportgemeinschaften keine Sektion für die billige Sportart Wandern gibt.

Nur um die Gesundheit und das Freizeitvergnügen der Bürger geht es bei der „Trimm dich"-Welle sozialisti*scher Prägung allerdings nicht.* Im Sportplan des DTSB für 1984 heißt es: „Zur Erhöhung der Wehrfähigkeit ist die Bereitschaft der Jugend zu verstärken, das Sportabzeichen (Motto: Bereit zur Arbeit und zur Verteidigung der Heimat) in den Stufen Gold und Bronze zu erwerben."

Kann man Geschichte „enteignen"? Die „DDR" versucht es: Seit einigen Jahren zieht sie zur Begründung des eigenen Staatswesens nicht mehr nur Teilbereiche, sondern die gesamte deutsche Geschichte heran. Die Historiker in der Bundesrepublik gefallen sich derweil in einem basislosen Pluralismus ohne nationalen Konsens. Der Erlanger Geschichtsforscher Hellmut Diwald untersucht in seinem Beitrag für die WELT, welche Konsequenzen das für die politischen Perspektiven der nationalen Idee in Deutschland haben kann.

Vom nationalen Horizont der Schrebergarten-Pluralisten

Von HELLMUT DIWALD

Erich Honeckers Absage, in die Bundesrepublik zu kommen, wird die deutsche Problematik in ihren Grundlagen so wenig berühren wie ein eventueller Machtwechsel im Kreml. Der politische Frost mag spürbarer werden oder sich scheinbar mildern – die deutschlandpolitischen Perspektiven, vor allem Ost-Berlins, bleiben davon unberührt. Die oft zitierten „Prawda"-Artikel folgerten aus dem Eintreten Bonns „für die Wahrung der ‚Einheit der Nation'", daß die Regierung Kohl „im Schatten amerikanischer Raketen" einen „Kreuzzug gegen den Sozialismus führe ..., der vor allem gegen die DDR gerichtet ist".

Natürlich weiß die „Prawda" genausogut wie der Kreml, daß die Bundesregierung allenfalls zu bewundern wäre, wenn ihre Deutschlandpolitik die Klarheit und Entschiedenheit eines Kreuzzuges besäße. Deshalb kann sich die Ostberliner Führung gegenüber derartigen Unterstellungen gelassen geben. Ihr Selbstbewußtsein ist trotz aller wirtschaftlichen Schwierigkeiten zur Zeit stärker als je zuvor.

Das beste Anzeichen dafür läßt sich auf einem Gebiet entdecken, das für die Bundesrepublik fast abseitig erscheint, in Mitteldeutschland jedoch zentralen Rang besitzt. Es gehört zu dem Begriffs-Dreieck „Gesellschaft, Nation und Geschichte". Die DDR schickt sich seit einigen Jahren an, zielstrebig die ganze deutsche Geschichte in Besitz zu nehmen.

Friedrich II. ist wieder Friedrich der Große

Es geht ihr nicht mehr nur um den Anspruch auf ihre sozialistische Tradition, die als grundlegend für den „Arbeiter- und Bauernstaat" galt. Es geht auch nicht nur um das, was sie unter dem Etikett „beste Traditionen" für sich als Erbe reklamierte. Auf Historikerkongressen, Kolloquien und Tagungen in der DDR wurde es in den letzten beiden Jahren wiederholt klar ausgesprochen: Es geht um die ganze deutsche Geschichte.

Damit beginnt eine ganz neue Phase. Der Öffentlichkeit wurde sie zum ersten Mal fast schlagartig verdeutlicht durch die Neubewertung des Wittenberger Reformators während der Vorbereitungen für das Lutherjahr 1983 in der DDR. Bis dahin war Thomas Müntzer die revolutionäre Leitfigur. Luther dagegen zählte nur zu Beginn der sogenannten „frühbürgerlichen Revolution" zu den Progressiven, denn wegen seiner „obrigkeitsergebenen, fürstenfrommen Haltung" rechtfertigte er bald „jede Form der reaktionären Gewaltanwendung gegen die progressiven Kräfte". Er wurde damit zum Hauptverantwortlichen dafür, daß – wie Karl Marx geschrieben hatte – „der Bauernkrieg, die radikalste Tatsache der *deutschen Geschichte*, an der *Theologie* scheiterte".

Auf einer Tagung des „Rates für Geschichtswissenschaft der DDR" in Berlin im April 1982 wurden im Gegensatz dazu Müntzer und Luther ganz anders gewertet: „Gemessen an ihrem Beitrag zum gesellschaftlichen Fortschritt sind beide als führende Repräsentanten der frühbürgerlichen Revolution anzusehen, stehen beide *in der fortschrittlichen Klassenlinie* der Geschichte des deutschen Volkes."

In den offiziellen „Thesen über Martin Luther", die in der DDR von einer Arbeitsgruppe zum Lutherjahr 1983 formuliert wurden, tritt Luther als „Wegbereiter der großen geistigen und politischen Auseinandersetzungen" auf, er wird „zu den großen Persönlichkeiten der deutschen Geschichte von Weltgeltung" gerechnet, und deshalb pflegt die DDR „das von ihm hinterlassene progressive Erbe".

Einer ähnlichen Revision wurde die Wertschätzung König Friedrichs II. von Preußen unterzogen. Er gilt heute in der DDR wieder als Friedrich der Große. Inzwischen ging Erich Honecker so weit, den bis dahin von allen Marxisten verabscheuten altmärkischen Junker Bismarck, das Urbild des Reaktionärs, als großen Staatsmann und überragende Persönlichkeit zu würdigen.

In diesen Revisionen liegt System. Erich Honecker hatte zwar schon 1973 in dem Bericht des Politbüros an die 9. Tagung des ZK der SED festgestellt: „Die Deusche Demokratische Republik ist heute die staatliche Verkörperung der besten Traditionen der deutschen Geschichte." In diesen Jahren aber wurde noch getrennt zwischen guten und verwerflichen Traditionen. Die Grenze zwischen ihnen deckte sich ziemlich genau mit der Grenze zwischen West- und Mitteldeutschland. Honecker beteuerte: „Von der Geschichte, der Kultur und der Sprache werden wir nichts preisgeben, was es an Positivem zu erhalten und zu pflegen gibt, was den humanistischen und revolutionären Traditionen entspricht."

Heute dagegen wird in der DDR von der deutschen Geschichte so gut wie nichts mehr ausgeklammert. Es geht jetzt „um die Gesamtsicht der ganzen deutschen Geschichte". Der DDR-Minister für Kultur, Hans-Joachim Hoffmann, verwies programmatisch „auf die Notwendigkeit, das kulturelle Erbe in seinem ganzen Umfang und in seiner Vielfalt zu nutzen". Schon im Dezember 1980 wurde vom Sekretär des ZK der SED, Kurt Hager, auf einer Konferenz in Berlin gefordert, das Bild der Geschichte des deutschen Volkes und der DDR geschlossen auszuarbeiten und zu verbreiten, „ein Geschichtsbild, das sich auch komplizierten, widerspruchsvollen Vorgängen stellt und nichts, weder Perioden noch Personen, ausklammert".

Aus Bonn kommt niemals Widerspruch

Damit wird der Zugriff auf die *gesamte* Geschichte des deutschen Volkes offiziell gefordert und gerechtfertigt, gleichzeitig aber wird folgerichtig auch verlangt, diese Geschichte als *Nationalgeschichte* zu sehen. In den letzten beiden Jahren wurde das in der DDR in verschiedensten Wendungen formuliert. Parteiführung und fachgebundene Historiker sind heute auf dem besten Weg, die ganze deutsche Geschichte als Erbe zu beanspruchen.

Die SED erwartet von den Historikern, daß sie in Zukunft „die dialektische Einheit der sozialen und nationalen Komponente historischen Geschehens mehr und gründlicher beobachten". Ausgangspunkt dafür ist das Selbstverständnis der Geschichte der DDR als Nationalgeschichte. Diese Formel, so wird von führenden Historikern der DDR betont, „weist genau in jene Richtung, in der sich unser Geschichtsbild in erster Linie ausprägen wird". Und nun erfolgt eine Feststellung, die vor einem Jahrzehnt in der DDR noch undenkbar gewesen wäre und in der die größte Provokation dessen enthalten ist, was Ost-Berlin als „bürgerlich-kapitalistische Geschichtsschreibung" der Bundesrepublik bezeichnet.

In aller Gelassenheit wird nämlich darauf hingewiesen, daß das Konzept einer Geschichte der DDR als Nationalgeschichte verlange, „auch für zurückliegende Geschichtsabschnitte von den eingetretenen historischen *Resulaten auszugehen, sie im* Engelsschen Sinne zu akzeptieren, ohne sie – soweit sie uns von den reaktionären Kräften auferlegt wurden – damit zu billigen". Eine solche Haltung hat nichts mehr mit doktrinärem Marxismus zu tun. Sachgebundene Geschichtsforschung geht heute überall auf der Welt „von den historischen Resultaten aus, ohne sie damit zu billigen".

Wird man in der Bundesrepublik begreifen, was hier geschieht? In den Zeiten der Hallstein-Doktrin und des Bonner „Alleinvertretungsanspruchs" konnte das Bemühen der DDR, ihre Existenz als Ergebnis eines schmalen, künstlich aufgefütterten revolutionär-progressiven Traditionsstrangs der deutschen Geschichte mit Herablassung betrachtet oder vielmehr ignoriert werden. In der Bonner Perspektive gab es nur eine einzige deutsche Geschichte – und die Existenz der DDR erschien darin nur als ein von der sowjetischen Besatzungsmacht arrangiertes Mißgeschick.

Demgegenüber stellte kürzlich für die SED ihr Sekretär Kurt Hager fest: „Einen wichtigen Platz im historischen Selbstverständnis der sozialistischen deutschen Nation nimmt die Tatsache ein, daß der Sozialismus in der DDR tief in der deutschen Geschichte verwurzelt ist. Er setzt die besten Traditionen der deutschen Geschichte fort. Die sozialistische Deutsche Demokratische Republik ist das Ergebnis der gesamten deutschen Geschichte, aller Klassenkämpfe und Entwicklungen."

So kann die DDR heute mit Recht und kaum verhülltem Hohn darauf hinweisen, daß die jüngsten Bemühungen in Westdeutschland, in Büchern und Ausstellungen die „Geschichte der Bundesrepublik" als Erfolgsbilanz vorzustellen, nur beweisen, daß die Bundesrepublik „ihren eigenen Weg gegangen ist" – was schließlich von der SED seit eh und je behauptet wurde. Dabei sei nichts anderes herausgekommen als gleichfalls die „Geschichte der BRD im Sinne einer Nationalgeschichte" – freilich der kapitalistisch-imperialistischen Nation.

Das heißt: Die Bundesrepublik und die DDR hätten ihre jeweils eigene Geschichte und ihr Geschichtsbild. Der Unterschied bestehe lediglich darin, daß die DDR nichts von der deutschen Geschichte ausklammere, während das Geschichtsbild der Bundesrepublik geprägt sei vom kapitalistischen Imperialismus.

Dagegen ist nur schwer etwas einzuwenden, vor allem weil von Bonn einer solchen Auslegung nicht widersprochen wird und eine Reihe von Erklärungen diese Behauptung der DDR sogar unterstützen. So wenn es ein Bundesminister im April 1983 begrüßte, „daß patriotisches Gefühl in diesem Lande wieder wächst", doch müsse dieses Gefühl prowestlich bleiben – was ja wohl das Kunststück bedeutet, die lotgenaue Ausrichtung einer Senkrechten nur insoweit zu begrüßen, als sie sich nach einer Seite hin verbiege.

Die DDR mag heute mit genausoviel Stolz auf ihre 35jährige Geschichte zurückblicken wie die Bundesrepublik. Entscheidend dabei sind nicht die West- oder Ost-Einbindungen. Entscheidend ist, daß die DDR mit Vehemenz, Entschlossenheit, Festigkeit sich als sozialistische Nation präsentiert: In der Bundesrepublik dagegen wird seit Jahrzehnten alles getan, um das Thema der Nation sowohl grundsätzlich als auch im Verhältnis zur DDR in einem Zwielicht zu plazieren, das dazu geführt hat, das Wort „Deutschland" nur in Sportberichten völlig ohne faschistischen Beigeschmack aussprechen zu können.

Vor allem aber wurde die Unvereinbarkeit der Gesellschaftssysteme Bonns und Ostberlins ausgeweitet auf das Verhältnis zwischen West- und Mitteldeutschen und damit bewußt auf die nationale Identität verzichtet. Im Herbst 1982 konnte auf der 6. Jahrestagung der „Western Association for German Studies" in den USA ein Historiker der Bundesrepublik, für den seit Jahren alles Nationale nichts weiter ist als eine Leiche im Schrank der Deutschen, zufrieden feststellen, daß die Vorstellung „von einer noch bestehenden gemeinsamen nationalen Identität in der BRD und der DDR" nur noch eine Fiktion sei.

Solchen Äußerungen werden von einem wortführenden Teil der westdeutschen Historiker um so leichter assistiert, als sie schließlich seit Jahren selbst kräftig zu einem solchen Auseinanderdriften beigetragen haben. Einige davon gehen soweit zu behaupten: Jeder Bewohner der DDR hätte lange genug Gelegenheit gehabt, seinen Staat zu verlassen und in die Bundesrepublik zu gehen, spätestens bis zum Mauerbau 1961 in Berlin. Was drüben geblieben sei, müsse im Sinne einer politischen Auslese qualifiziert werden und gehöre deshalb nach drüben, nicht aber zu uns. In diesem Sinne sei der umfassende Begriff des „Deutschen Volkes" nicht mehr existent.

In der DDR werden Westdeutschlands Historiker *einheitlich zur Gruppe* von „bürgerlich-kapitalistischen Geschichtsschreibern" zusammengefaßt. Das ergibt sich aus der Perspektive des Marxismus-Leninismus. Die Bundesrepublik dagegen sieht im Pluralismus unbegrenzt vieler Gruppen das tragende Element ihrer demokratischen Ordnung. Diese Gruppenautonomie, die fast alle denkbaren Gegensätze einschließt, wirkt sich in der Geschichtsforschung als ein Kaleidoskop der Perspektiven aus, das auf jede Art von Einheitlichkeit verzichtet – insbesondere auf ein Geschichtsbild, das wenigstens in den Grundelementen eine Gemeinsamkeit aufweist.

Dadurch entstand eine Geschichtsforschung des farbenprächtigsten Riesengartens, mit zahllosen wohlgepflegten Beeten, betreut von hervorragenden Spezialisten – und überall nistet der Verdacht, daß sich dabei die Perspektive der deutschen Geschichte auf den Horizont der Gartenzwerge reduziert, die in den 50er Jahren an den Rabatten ihrem fröhlichen Geschäft nachgingen und zu den erfolgreichsten Exportartikeln der Bundesrepublik gehörten.

Die Vielfalt wird bei uns durch die Kulturhoheit der Länder unterstützt. Selbst in einer kleinen Stadt können die Geschichtsbücher von Schule zu Schule wechseln. Ist die Geschichte unseres Volkes eine Inseratenwiese, auf der nach Tarif jede Meinung annoncieren kann? Dazu kommt das Prinzip des kontroversen Geschichtsunterrichts, ganz zu schweigen davon, daß nur in wenigen Bundesländern Geschichte als ein selbständiges Unterrichtsfach erhalten ist. Einer unserer bekannteren Sachbuch-Autoren konnte kürzlich zu Recht in einer Nebenbemerkung von unserem „geschichtsfeindlichen Unterricht" sprechen.

Demgegenüber wurde 1983 auf dem DDR-Kongreß der Historiker in Berlin allgemein „das gewachsene Bedürfnis nach historischer Bildung" registriert und daraus der Schluß gezogen, noch mehr als schon bisher die „Qualität des Geschichtsunterrichts in der sozialistischen Schule zu erhöhen".

Wem gehört eigentlich die deutsche Geschichte?

Trotz einer solchen Bilanz läßt sich die Frage, wem eigentlich die deutsche Geschichte gehört, natürlich leicht beantworten. Sie gehört allen Deutschen. Jenseits der Elbe aber ist, wie zu Beginn dieses Jahres in der offiziellen „Zeitschrift für Geschichtswissenschaft" geschrieben wurde, „die Geschichte der DDR nicht nur gesetzmäßige Fortführung, sondern Höhepunkt und Krönung einer vielhundertjährigen Geschichte, weil sich in der Herausbildung der sozialistischen deutschen Nation der gesetzmäßige Verlauf der historischen Entwicklung verkörpert". In der Bundesrepublik dagegen wird unsere Geschichte von Grund auf in die Beliebigkeit zahlloser Deutungen entlassen. Nur zaghaft rührt sich gelegentlich die Hoffnung, daß sich auch Geschichtsforschung „auf längere Frist als staatstragend erweisen könnte". Dies sei umso wünschenswerter als bislang „noch kein voller Konsens über die Legitimität und den Sinn unseres Staates insbesondere für die Jugend erreicht worden" sei – so geschrieben von einem bedrückten westdeutschen Historiker im „Preußenjahr" 1982.

Die DDR hat ein theoretisch sicheres Konzept für ihr Geschichtsbild. Sie beginnt zur Zeit damit, sich die ganze deutsche Geschichte mit Haut und Haaren einzuverleiben. Das dürfte ihr um so leichter gelingen, als die westdeutschen Historiker keine tragende Basis besitzen, keine Einigkeit in den Grundbegriffen herrscht und ihr Verhältnis zum Geschick der Deutschen in diesen Jahrzehnten sich nicht als Positionsbestimmung äußert. Deshalb bleibt es sogar ungewiß, ob hierzulande überhaupt ein Bewußtsein entsteht von der Kraft der ideologischen Offensive, zu der die DDR-Historiker antreten.

Der geteilte Preußenkönig: Friedrich der Große, für die „DDR" einst ein Symbol reaktionärer Unterdrückung der Massen, ist jenseits der Elbe inzwischen zu einer historischen Leitfigur aufgestiegen. In der Bundesrepublik verblaßt er im Meinungspluralismus zur Un-Figur. FOTO: KASPERSKI

Der Autor



Hellmut Diwald ist außerordentlicher Professor für Mittlere und Neuere Geschichte an der Universität Erlangen-Nürnberg. Der aus Südmähren stammende Historiker (Jahrgang 1929) hat sich in zahlreichen, auch einem breiteren Publikum zugewandten Werken immer *wieder mit dem Problem der Nationalstaatlichkeit* befaßt. Besonders bekannt wurde er durch seine heftig diskutierte „Geschichte der Deutschen" und seine Luther-Biographie.

Empörung in Rom und Bonn über Andreotti

● Fortsetzung von Seite 1

ein vertragstreuer Partner. „Auf uns ist Verlaß, und wir erwarten von unseren Freunden, daß auch auf sie Verlaß ist", untermauerte Kohl.

Zuspruch fand Andreotti ausschließlich bei der SPD durch deren stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden Horst Ehmke, der meinte, der italienische Außenminister „hat den Mut gehabt, einmal ehrlich und offen auszusprechen, was unsere westlichen Verbündeten in der deutschen Frage wirklich denken". In der „DDR" beherrschten die Äußerungen Andreottis am Wochenende die Funk- und Fernsehnachrichten; sie wurden als politische Hilfestellungen für Ost-Berlin herausgestellt. Dabei wurde die Bemerkung Andreottis betont, es gebe *zwei deutsche Staaten*, und diese müßten bestehenbleiben. In den „DDR"-Nachrichten fehlte die Einschätzung des Italieners, er wolle „nicht sagen, daß Honecker kein Kommunist sei oder die Grenzen verändern wolle, aber eine gewisse Besorgnis in dieser Hinsicht ist hervorgerufen und verbreitet worden".

In „Il Popolo", dem Parteiorgan der Christdemokraten, setzte sich der Parteivorsitzende Piccoli mit den Aussagen Andreottis auseinander. Stellungnahmen von außen über die Frage der Wiedervereinigung, die wie ein „ewiges Urteil" klängen, seien der „sicherste Weg", um den Nationalismus wieder anzufachen und den „moralischen Widerstand der demokratischen deutschen Kräfte zu untergraben". Wer so „ungeschickt" vorgehe, sei sich nicht bewußt, daß damit der „Nährboden für echte Tragödien" geschaffen werden könne. Die in Bonn regierenden Parteien hätten stets friedliche Beziehungen zu den Ländern des Ostblocks angestrebt. Der gesamte Westen und allen voran Italien verfolge die gleiche Politik. Zugleich betonte Piccoli, daß das sowjetische Nein zu den geplant gewesenen Besuchen von Honecker und Schiwkow in Bonn mit der Furcht Moskaus vor dem „Wiedererwachen irgendeines Pangermanismus, den es nicht gibt, nichts zu tun hat".

Andreotti hat unterdessen nach Angaben der Zeitung „Republica" seine Äußerungen zum Thema „Pangermanismus" interpretiert. Er sagte, Ereignisse in Innsbruck bei den Andreas-Hofer-Feiern seien für ihn ein „gefährliches Beispiel des Pangermanismus".

„Unbehagen in Südtirol"

Der Ruf nach Selbstbestimmung wird lauter

CARL GUSTAF STRÖHM, Wien

Die Südtiroler Landtagsabgeordnete *Eva Klotz hat italienische* Beschuldigungen zurückgewiesen, wonach die große Andreas-Hofer-Feier von Innsbruck eine Manifestation des „Tiroler Revanchismus und Irredentismus" gewesen sei. In einem Gespräch mit der WELT erklärte die Bozener Landtagsabgeordnete, die Südtiroler forderten nicht Revanche, sondern Gerechtigkeit. Es sei seltsam, gerade von italienischer Seite den Vorwurf des „Irredentismus" zu hören – denn ohne den italienischen Irredentismus von einst wäre es überhaupt nicht zur Gründung des Staates Italien gekommen. „Italien hat bis heute nicht begriffen, daß wir Südtiroler ein Volk anderer Sprache, Kultur und Mentalität sind." Wenn die italienische Seite heute von einem „Irredentismus" in Südtirol spreche, so gebe sie damit indirekt zu, daß hier ein unerlöstes Volk und ein ungelöstes Problem existieren.

Frau Klotz warnte davor, das Südtirol-Problem zu bagatellisieren. In der schweigenden Mehrheit der Südtiroler wüchsen Unwille und Unbehagen. „Die Mehrheit ist geduldig und schweigt, aber immer wieder hört man den Wunsch, daß man die Südtiroler endlich über ihr Schicksal selber abstimmen lassen solle." Man müsse daher, so die Politikerin, die italienische Regierung vor die klare Alternative stellen: Entweder die volle Verwirklichung aller Bestimmungen des „Pakets" – also der Südtirol-Autonomie – in vollem Einverständnis mit dem Südtiroler Volk oder eine Volksbefragung über das „Paket" und über die Selbstbestimmung sowie eine Unterschriftenaktion als authentische Willensäußerung des Südtiroler Volkes. Damit könne man dann im italienischen Parlament eine Debatte über das Selbstbestimmungsrecht fordern.

Es gebe das Gesetz 881 vom Oktober 1977, in welchem Italien sich dazu bekenne, daß alle Völker das Recht auf Selbstbestimmung haben, betont Frau Klotz. Jeden Vorwurf des Rechtsextremismus weist sie zurück. „Der Rechtsradikalismus will so viel Staat wie möglich", sagt sie. „In unserem Fall ist es aber umgekehrt: Wir wollen so wenig Staat wie möglich. Wir wollen aus dem Zentralstaat heraus ... Die kleinen Völker wollen ihr Eigenleben. Es ist nicht natürlich, möglichst viele verschiedene Völker einem einzigen Nationalstaat einzuverleiben." Auf die Frage, ob man Staatsgrenzen in Europa heute noch ändern könne, verweist die Abgeordnete auf die Helsinki-Schlußakte, in der es heiße, daß Grenzen in friedlichem Einvernehmen durchaus zu ändern seien. „Wenn man in Europa Frieden will, dann muß man abgehen vom nationalstaatlichen Egoismus und den kleinen Einheiten ihr Recht geben."



Ungeteilter Jubel: Andreotti während seiner Debatte bei dem Kommunisten-Fest der „Unita" FOTO: UPI

Im Ausland fast kein Echo auf die Äußerungen Andreottis

wth, London

Die Äußerungen des italienischen Außenministers Andreotti zur Deutschlandfrage haben weder in der britischen Presse noch in Whitehall ein Echo gefunden. Dennoch gibt es an der Haltung der britischen Regierung zur Frage der Wiedervereinigung keine Zweifel. Die Position der Briten zu diesem Problem wurde im Unterhaus zuletzt vom damaligen Staatsminister und heutigen Nordirland-Minister Douglas Hurd deutlich umrissen. Er erklärte am 4. Februar 1983 auf Anfrage: „Alle bisherigen britischen Regierungen haben es als unumstößlich („axiomatic") betrachtet, daß eine wirkliche und dauerhafte Stabilität in Europa schwer zu erreichen sein wird, solange die deutsche Nation gegen ihren Willen geteilt ist." Die gleiche Formulierung wurde im Mai dieses Jahres wörtlich ins Kommuniqué des deutsch-britischen Gipfeltreffens zwischen Bundeskanzler Kohl und Premierministerin Thatcher in London aufgenommen.

DW. Paris

Andreottis Worte zur Teilung Deutschlands sind auch in Frankreich ohne Echo geblieben. Von keinem offiziellen Sprecher war ein Kommentar zu erhalten. Als einzige der Pariser Zeitungen berichtete am Sonnabend die der Regierung nahestehende Abendzeitung „Le Monde" in einer diskreten 30-Zeilen-Meldung auf einer Innenseite über die Verstimmung in Bonn. Es ist kaum zu erwarten, daß sich die Regierung in Paris offiziell oder offiziös zu der Affäre äußern wird. Paris hat jedoch wiederholt den Rechtsstandpunkt Frankreichs bekräftigt, wonach die Deutschen ein „natürliches Recht" auf die Wiedervereinigung haben und Frankreich als eine der vier Siegermächte und durch die Präsenz seiner Schutztruppen in Berlin sich in die Verantwortung für Gesamtdeutschland gestellt sieht. Für die breitere Öffentlichkeit in Frankreich ist die Teilung eine Tatsache als Folge des verlorenen Krieges und daher „Angelegenheit der Deutschen selbst".

cgs., Wien

In Österreich sind Andreottis Erklärungen nicht nur als Tiefschlag gegen Bonn, sondern zugleich als mehr oder weniger direkte Reaktion auf gewisse österreichische Ereignisse – nämlich auf die große Tirol-Kundgebung in Innsbruck und auf die dort erhobene Forderung nach Selbstbestimmungsrecht für die Südtiroler verstanden worden. Es war eine seltsame, aber höchst bezeichnende Koinzidenz, daß das österreichische Fernsehen unmittelbar neben die Andreotti-Äußerungen über den „Pangermanismus" Bilder von der schweizerisch-italienischen Grenze bei Chiasso stellte, wo empörte deutsche Lkw-Fahrer sich wieder einmal über die schleppende und schikanöse Abfertigung durch die italienischen Zollbehörden beschwerten.

Ex-Bundeskanzler Bruno Kreisky, von allen amtlichen Rücksichtnahmen befreit, reagierte am deutlichsten: Andreotti habe nur gesagt, was man „von Moskau über Paris bis Washington" ohnehin denke. Der neue Außenminister Leopold Kratz, ein sozialistischer Parteifreund des Kanzlers, formulierte es differenzierter: Die Wiedervereinigung sei ein „aus dem Herzen kommender Wunsch der Deutschen". Kratz: „Es gibt Dinge, die man als Außenminister auch dann nicht sagen kann, wenn viele es sich denken."

„Auch Rom ist gebunden"

MANFRED SCHELL, Bonn

Die Äußerungen des italienischen Außenministers Andreotti haben die Diskussionen auch über die Verpflichtung des Westens, auf eine Wiedervereinigung Deutschlands in Freiheit hinzuwirken, belebt. Der Verfassungsrichter Professor Rupert Scholz, Senator und Bevollmächtigter des Landes Berlin in Bonn, nimmt dazu und zu statusrechtlichen Fragen in der WELT Stellung.

WELT: Wie beurteilen Sie die Äußerungen des italienischen Außenministers Andreotti?

Scholz: Äußerungen wie die von Andreotti sind unverantwortlich und mit Geist und Buchstaben der westlichen Bündnisverträge unvereinbar. Auch Italien ist an das Wiedervereinigungsbekenntnis der NATO gebunden. Hat Andreotti eigentlich den Harmel-Bericht noch nicht gelesen? Im übrigen ist die Politik der drei Westalliierten in Fragen der Deutschlandpolitik eindeutig unterstützend.

WELT: Es wird viel von „Besatzungsrecht" gesprochen. Welche Bedeutung hat dies für das innerdeutsche Verhältnis?

Scholz: Man sollte besser von alliiertem Statusrecht sprechen, da das Besatzungsrecht in seiner ursprünglichen Form nur noch teilweise besteht. Solches Statusrecht besteht auf der Grundlage des Potsdamer Abkommens und der Folgevereinbarungen der vier Siegermächte des Zweiten Weltkrieges in zweierlei Qualität in Deutschland: Zum einen bestehen die bereits in Potsdam vereinbarten Vorbehalte der vier Siegermächte für Deutschland als Ganzes unverändert fort – in der Bundesrepublik Deutschland ebenso wie in der DDR. Auf westlicher Seite sieht sich dieser fortbestehende Vorbehalt im Deutschlandvertrag fixiert, auf östlicher Seite in der Souveränitätserklärung der DDR durch die Sowjetunion vom 25. März 1954. Diese Vorbehalte stehen allen vier Siegermächten zur gesamten Hand zu, niemand kann sich einseitig von diesen lösen. Den anderen Fall bildet Berlin. Für West- und Ost-Berlin gilt einheitlich und unverändert alliiertes Statusrecht, letztmalig bekräftigt im Vier-Mächte-Abkommen von 1971.

WELT: Was bedeuten die genannten Vorbehalte der Siegermächte im einzelnen?

Scholz: Die fortbestehende Verantwortung für Deutschland als Ganzes verkörpert eine treuhänderische Rechtsposition, die die Siegermächte des Zweiten Weltkriegs nicht nur dem deutschen Volk gegenüber berechtigt, sondern auch verpflichtet, und die die deutsche Frage insgesamt offenhält. Deshalb müssen wir Deutschen an der Wahrung dieser statusrechtlichen Vorbehalte auch ein vitales Interesse haben. Vor allem in Berlin geht es darum, daß die statusrechtlichen Vorbehalte – in beiden Teilen der Stadt – strikt eingehalten werden.

WELT: In den besatzungsrechtlichen Statusvorbehalten liegt also *eine Pflicht zur Wiedervereinigung* Deutschlands?

Scholz: Eine solche Verantwortung ergibt sich aus dem Deutschlandvertrag für die drei Westmächte, die sich hier ausdrücklich zur Politik der Wiedervereinigung Deutschlands in Freiheit verpflichtet haben.

WELT: Welchen Spielraum hat angesichts dessen die innerdeutsche Politik?

Scholz: Für die Bundesrepublik Deutschland ergibt sich ein breiter Handlungsspielraum für prinzipiell jede Politik, die der innerdeutschen Verständigung, Annäherung und Wahrung der Einheit der deutschen Nation dient. Für die DDR und ihre Abhängigkeit von der Sowjetunion gilt – zumindest heute – nichts Vergleichbares. Hier dominiert die Politik der Abgrenzung. Sooft von sowjetischer und von DDR-Seite behauptet wird, daß die deutsche Frage nicht mehr offen sei, diese Behauptung ist erwiesenermaßen falsch und entspricht im übrigen auch nicht dem strikten Festhalten auch der Sowjetunion an den statusrechtlichen Vorbehalten für Deutschland als Ganzes. Die Zukunft wird zeigen müssen, wie weit der von der DDR so oft hervorgehobene deutschlandpolitische Handlungsspielraum tatsächlich reicht. Zur Zeit muß die Devise der Deutschlandpolitik lauten: gemeinsame oder zumindest parallele Interessen aufzunehmen und in praktischer Politik im Rahmen des die deutsche Frage offenhaltenden Statusrechts zu nutzen.

Unser langjähriger kaufmännischer Geschäftsführer

Jan W. Kamstra

ist für uns alle unerwartet plötzlich verstorben.

Er war uns ein wertvoller Freund, der in unserem Herzen bleiben wird.

Eva Voigt
Michael Voigt
Wolfgang Balz

Berlin-Lichterfelde, den 13. September 1984

Wir trauern um unseren kaufmännischen Geschäftsführer

Jan W. Kamstra

Mit ihm verlieren wir einen treuen, pflichtbewußten Menschen. Er wird uns unvergessen bleiben.

Geschäftsleitung, Betriebsrat und Belegschaft
der
Firmengruppe Gerhard Voigt Baugesellschaft mbH

Berlin-Lichterfelde, den 13. September 1984

Themen der WELT

am Samstag, 22. September 1984

Gnadenloser Wettbewerb

Millionen Menschen fliegen täglich in Großraumflugzeugen. Sie werden nur noch von zwei Herstellern gebaut: Amerikas Boeing Company und Europas Airbus Industrie. Sie kämpfen mit allen lauteren und unlauteren Methoden um einen Markt, auf dem bis zur Jahrhundertwende bis zu 400 Milliarden Dollar umgesetzt werden können. Über diesen Machtkampf zwischen Europa und USA berichtet Gerd Brüggemann. (GEISTIGE WELT)

„Aufzug der Erinnerung"

Unter diesem Titel veröffentlichte der italienische Schriftsteller Leonardo Sciascia sein neues Buch, das einen sensationellen – auch mehrfach verfilmten – Gerichtsprozeß aus dem Jahre 1926 aufgreift. Sciascia schreibt ihn auf seine Weise fort und geht den Spuren nach, die er bei anderen Autoren der Weltliteratur hinterlassen hat. Dazu eine Rezension von Rudolf Krämer-Badoni. (WELT DES BUCHES)

Callot contra Chodowiecki

Sie haben nicht nur das „C" im Namen gemeinsam, sie verstehen auch, gleichermaßen den Kunstmarkt zu beunruhigen. Graphiken von Callot und Chodowiecki sind begehrt. Das spiegelt sich in der Entwicklung der Preise. Und die kommende Versteigerung im Kölner Kunsthaus am Museum, die beide Künstler anbietet, wird möglicherweise neue Akzente setzen. (KUNSTMARKT)

Wenn das Kobalt vom Meeresgrund kommt

Das „strategische Metall" Kobalt, ein wichtiger Stahlveredler, wird zu mehr als der Hälfte der Weltproduktion in Zaire und Sambia gefördert. Die Explorierung neuer unterseeischer Lagerstätten im Einflußbereich der USA, durch das deutsche Forschungsschiff „Sonne", hat deshalb eine ganz besondere wirtschaftliche Bedeutung und könnte Beginn eines Tiefseebergbaus in großem Rahmen sein. (WISSENSCHAFT)

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer, Matthias Walden, Berlin

Chefredakteure: Wilfried Hertz-Eichenrode, Dr. Herbert Kremp

Stellv. Chefredakteure: Peter Gillies, Manfred Schell, Dr. Günter Zehm

Berater der Chefredaktion: Heinz Barth

Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos, Klaus Bruns (stellv.)

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Heinz Kluge-Lübke, Jens-Martin Lüddeke Bonn; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius; Deutschland: Norbert Koch, Rüdiger v. Wolkowsky (stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuber; Ausland: Jürgen Liminski, Marta Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Meinungen: Enno von Loewenstern; Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann, Dr. Leo Fischer (stellv.); Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.); Fernsehen: Dr. Rainer Nolden; Wissenschaft und Technik: Dr. Dieter Thierbach; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Knut Teske (stellv.); Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz Kluge-Lübke, WELT-Report Inland: Heinz-Rudolf Scheffen (stellv.), WELT-Report Ausland: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Personalien: Ingo Urban; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt

Weitere leitende Redakteure: Werner Kahl, Lothar Schmidt-Mühlisch

Fotoredaktion: Bettina Rathje
Schlußredaktion: Armin Reck

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Manfred Schell (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Günther Bading, Stefan G. Heydeck, Peter Jentsch, Evi Keil, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Peter Philipps

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Korrespondent für Technologie: Adalbert Bärwolf

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Klaus Geitel, Peter Weertz; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Klära Warnecke MA; Hannover/Kiel: Christoph Graf Schwerin von Schwanenfeld (Politik); Hannover: Dominik Schmidt (Wirtschaft); München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: Xing-Hu Kuo, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Chefreporter: Horst Stein (zugleich Korrespondent für Europa), Walter H. Rueb

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Fritz Wirth, Wilhelm Furler; Moskau: Friedrich H. Neumann; Paris: August Graf Kageneck, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Stockholm: Reiner Gatermann; Washington: Thomas L. Kielinger, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Bogotá: Prof. Dr. Günter Friedländer; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt, Bodo Radke; Jerusalem: Ephraim Lahav, Heinz Schewe; London: Helmut Voss, Christian Ferber, Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Mexico City: Werner Thomas; New York: Alfred von Krusenstiern, Gitta Bauer, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Tokio: Dr. Fred de La Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz; Zürich: Pierre Rothschild

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 11, Telex 1 84 565, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 565

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104
Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919
Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09
Telex 92 30 106

4000 Düsseldorf, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main), Westendstraße 8, Tel. (0 69) 71 73 11; Telex 4 12 449
Anzeigen: Tel. (0 69) 77 90 11 – 13
Telex 4 185 525

7000 Stuttgart, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966
Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39-43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813
Anzeigen: Tel. (0 89) 8 50 60 38 / 39
Telex 5 23 836

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 25,60 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 35,– einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 63 und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 13 gültig ab 1. 7. 1984, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 49.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Reinhard Prechelt

Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Hans Biehl

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Str. 6.

Chinesische Spielfilme im Ersten Programm

Von Narben gezeichnet

In den Kinos der Volksrepublik China haben in dieser Woche, kurz vor dem 35. Nationalfeiertag, gleich ein gutes Dutzend neuer Spiel- und Dokumentarfilme Premiere. 14 Filmstudios, von denen die meisten erst zwei oder drei Jahre alt sind, wetteifern derzeit um die Gunst eines nach hundert Millionen Kinogängern zählenden Publikums.

Den im Ausland weitgehend unbekannten Spielfilmen sind bislang nur Achtungserfolge gelungen. Noch zu kurz ist der Zeitraum, um Filme internationalen Niveaus reifen zu lassen. Gerade fünf Jahre kann eine neue Generation von Regisseuren, Drehbuchautoren und Filmschauspielern für einen Neuanfang verbuchen, den sie erklärtermaßen anzusteuern versuchen.

Die Filmemacher zeigen sich cou-

Der Bauer und seine neun Töchter – ARD, 23.00 Uhr

ragiert. Begonnen hatte der Charakterschauspieler Zhao Dan. Er hinterließ 1980 nach seinem Tod einen vieldiskutierten Brief, in dem er weniger Einmischung der Partei forderte. Der Drehbuchautor Bai Hua löste heftige Kritik aus, als er seine ernüchternde Bilanz „Bittere Liebe" über das Leben eines aus dem Ausland heimgekehrten Intellektuellen zog. Der neue weibliche Star, Liu Xiaoqing, plädierte 1983 für mehr künstlerische Freiheit. Obwohl die Parteibürokratie jeweils aufgeschreckt reagierte, konnte sich der Trend bis heute fortsetzen.

Sehr viel länger als in anderen Bereichen hatte es beim chinesischen Spielfilm gedauert, bis er sich von der Kulturrevolution erholt hatte. Obwohl bereits 1977 mit 21 Filmen in einem Jahr die Produktion einer Dekade übertroffen wurde, dauerte es noch bis 1980, ehe auf die „Narbenliteratur" (vergleichbar etwa der „Literatur des Kahlschlags" in der Bundesrepublik) in der ersten Phase auch ein „Narbenfilm" entstand.

Die ARD zeigt heute abend ein bemerkenswertes Beispiel. Der nach dem Roman eines Bauernschriftstellers in Szechuan spielende Film „Der Bauer und seine neun Töchter" erzählt vom elenden Leben eines Witwers in den 70er Jahren. Jeder wirtschaftlichen Freiheit beraubt, sind auch seine Familienverhältnisse zerrüttet. Die entscheidende Rolle spielt Tochter Nr. 4. Sie ist von ihrem Mann, einem Aufsteiger der Kulturrevolution, geschieden. Bösartige Verleumdungen machen das Familienleben zur Tragödie. Realistische und melodramatische Szenen wechseln sich vor dem Hintergrund pittoresker Landschaftsbilder ab.

Der heute streckenweise überzogen wirkende Streifen könnte einmal als typisches Zwischenprodukt im Neuanfang des chinesischen Films gewertet werden. Von ähnlichem Zuschnitt ist der ebenfalls 1981 gedrehte Film „Unter Nachbarn" (zu sehen am 24. 9.). In einem städtischen Wohngebiet sollen Neubauwohnungen verteilt werden. Noch immer haben die Nutznießer der Kulturrevolution und Parteigünstlinge den Vorrang.

In dem 1982 gedrehten „Rikscha-Jungen", mit dem die ARD-Reihe des neuen chinesischen Films begann, wogen schauspielerische Leistung und dichte Darstellung bereits schwerer. Die jüngsten Romanverfilmungen und die zunehmende Enttabuisierung, so 1983 in dem Liebesfilm „Unter der Brücke", wo es um ein uneheliches Kind geht, setzen ermutigende Akzente. Noch immer aber sorgt bei den meisten Produktionen das Thema für größere Aufregung als seine künstlerische Verarbeitung.

JOHNNY ERLING





ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

10.00 Tagesschau
10.05 Eine Farm in Montana
11.55 Umschau
12.15 Weltspiegel
12.55 Presseschau
13.00 Tagesschau

ARD

16.00 Tagesschau
16.10 Lotto-Glück
Film von Clemens Frohmann nach einer Idee von Gabor Bencze
17.20 Der Maulwurf kommt in die Stadt
17.50 Tagesschau
Dazw. Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.15 Magnum
Tropischer Wahn
Thomas Magnum kann es nicht fassen, daß die hübsche Jennifer ihm einen Korb gegeben hat und einem so uninteressanten Mann wie Higgins nachläuft.
21.00 Nur ein Viertelstündchen
21.15 Kontraste
Deutsche Einheit – unerwünscht?
Das Ausland und die deutsche Frage
In Berichten aus Polen und Frankreich, aus der Sowjetunion und aus den USA soll untersucht werden, was die unmittelbaren Nachbarn und die großen Verbündeten der „DDR" und der Bundesrepublik von den deutsch-deutschen Beziehungen halten.
Moderation: Joachim Braun
21.45 Boulevard Paris
Bilder aus einer Weltstadt
Von Sabine Mann
22.30 Tagesthemen
23.00 Der Bauer und seine neun Töchter
Chinesischer Spielfilm (1981)
Buch: Zhou Ke Quin
Regie: Li Jun
0.30 Tagesschau

ZDF

16.00 heute
16.04 Musikdose
Letzter Teil: Musik hören
Anschl. heute-Schlagzeilen
16.35 Im Reich der wilden Tiere
Die Welt der Seeotter
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
17.50 SOKO 5113
19.00 heute
19.30 Reportage am Montag
Der Schiffbruch
Über das Unglück der „Mont Louis" berichten Jochen Schweizer, Hans-Jürgen Haug und Werner Doye
20.15 Kommissar X jagt die roten Tiger
Deutsch-ital.-pakistan. Spielfilm (1971)
Regie: Harald Reinl
Anschl.: Ratschlag für Kinogänger „Kaltes Fieber" von Joseph Rusnak
21.45 heute-journal
22.05 Ich töte, wenn Satan es befiehlt ...
Bericht über Hexen und Teufelsanbeter
22.50 Der harte Handel
Fernsehspiel nach Oskar Maria Graf
Um von der Versicherung das Geld für einen Neubau zu kassieren, zündet der Bauer Sepp Amrainer den Hof an, den er bald von seiner Mutter übernehmen soll. Doch sein Betrug fliegt auf, und er wandert ins Gefängnis ...
0.20 heute



Die Töchter (Wang Fu Li, l., und Si Qin Gao) versuchen, ihren deprimierten Vater (Jia Liu) zu trösten (Der Bauer und seine neun Töchter – ARD, 23.00 Uhr)
FOTO: ARD

III.

WEST

19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Ich stelle mich
Michael Graeter im Kreuzverhör
21.45 Der Heilige Ludgerus
22.15 Hilferufe
Menschen in der Krise
Anschl. Letzte Nachrichten

NORD/HESSEN

Gemeinschaftsprogramm:
18.30 Deutsche Puppenbühnen
Rappel & Wegg / Lapislazuli
19.00 Bauen und Bewahren (6)
20.00 Tagesschau
20.15 Das Montagsthema
Müllkippe Nordsee?
21.45 Schwaches Alibi
Amerikanischer Spielfilm (1954)
23.05 Lieder im Park
Klaus Lage und Band
23.50 Nachrichten

SÜDWEST

18.30 Telekolleg
Nur für Baden-Württemberg:
19.00 Abendschau
Nur für Rheinland-Pfalz:
19.00 Abendschau
Nur für das Saarland:
19.00 Saar 3 regional
Gemeinschaftsprogramm:
19.25 Nachrichten
19.30 Bonanza
20.20 Rückblende
Vor 950 Jahren:
Die Juden in Worms
20.35 Das neue Maschinenzeitalter
21.20 Mad Movies
21.45 Die Helden sterben nicht aus
22.30 Soap – oder Trautes Heim
22.55 Nachrichten

BAYERN

18.15 Hereinspaziert
18.45 Rundschau
19.00 Jubiläums-Rätsel
19.20 Live aus dem Alabama
20.45 Blickpunkt Sport
21.45 Rundschau
22.00 Z. E. N.
22.05 Das Fernsehgespräch
23.05 Laura
Fernsehspiel
Mit Hildegard Knef, Adolf Wohlbrück u. a.
0.55 Rundschau
1.00 Gute Nacht, Sender!

Kulikow, Marschall ohne Truppen

Die Kommandostrukturen bei NATO und Warschauer Pakt / Ein Vergleich

C. GRAF BROCKDORFF, Brüssel

Marschall Viktor Kulikow, der sowjetische Oberbefehlshaber des Warschauer Pakts, ist der Inhaber eines der merkwürdigsten Militärkommandos der Welt: Seine Stellung ist mit viel Ehren bekleidet und nach außen gewichtig. Truppen aber, über die er verfügen und die er befehligen könnte, hat er nicht. Kulikow muß sich darum kümmern, daß die osteuropäischen Satelliten der Sowjetunion genügend Streitkräfte bereitstellen, um im Ernstfall der Sowjetunion zur Seite zu stehen. Das hat er bei den am Wochenende beendeten Manövern in der CSSR geübt.

Eine andere seiner Aufgaben ist, darauf zu achten, daß die nichtsowjetischen Truppen Osteuropas nach sowjetischen Vorschriften und Richtlinien ausgebildet und ausgerichtet sind. Der Warschauer Pakt ist ein rein sowjetisches Instrument. Wer NATO und Warschauer Pakt vergleicht, muß sogleich alle Vorstellungen, die er sich nach dem westlichen Vorbild über die östliche Militärallianz gemacht haben könnte, beiseite schieben. Die beiden Organisationen sind nicht miteinander vergleichbar. Außer der Sowjetunion hat im Warschauer Pakt niemand etwas zu sagen: Das Hauptquartier des Oberkommandos des Warschauer Pakts ist der sowjetische Generalstab. Marschall Kulikow unterhält dort einige Büros mit russisch sprechenden Verbindungsoffizieren aus den Mitgliedsstaaten, die diplomatischen und protokollarischen Charakter tragen.

Im Krieg wäre der Oberkommandierende des Warschauer Pakts vollends machtlos. Das gesamte Militär des Ostblocks ist in Friedenszeiten so organisiert, daß es im Kriegsfall nahtlos in die sowjetische Führungs- und Kommandostruktur eingeht. Unter dem fünfköpfigen sowjetischen Militärrat fungiert im Krieg das oberste sowjetische Hauptquartier „Stavka". Von ihm gehen alle Befehle an die Streitkräfte, gleichgültig ob sowjetisch oder nichtsowjetisch. In der Praxis werden nichtsowjetissche Truppen überhaupt nicht wahrgenommen, weil sie von der sowjetischen Kommandostruktur aufgesogen werden.

Das beste Beispiel ist die „DDR". Die höchste operative Führungsebene von Verbänden der „Nationalen Volksarmee" ist die Division. Über ihr gibt es nicht, wie in der Sowjetunion, das Oberkommando einer Armee. Im Kriegsfall würden die „DDR"-Divisionen einer sowjetischen Armee eingegliedert und nach sowjetischen Methoden geführt. Daher besitzt die „Nationale Volksarmee" – ganz im Gegensatz zur Bundeswehr – keine nationalen Führungsvorschriften. Sie hält sich an sowjetische Verfahren und Begriffe.

Die Geschichte des 1955 gebildeten Warschauer Pakts geht eigentlich zurück auf den Marschall der Sowjetunion Konstantin Rokossowski, einen der berühmten sowjetischen Heerführer des Zweiten Weltkrieges. Die Sowjetunion ernannte ihn 1949 zum polnischen Verteidigungsminister und Marschall von Polen. Marschall Rokossowski hatte nur eine Aufgabe: die polnische Armee zu disziplinieren und im sowjetischen Sinn zu erziehen. Das gelang. Als der Marschall sechs Jahre im Amt war, erdachte Moskau den Warschauer Pakt, um in einer gefälligeren Form den Einfluß der Sowjetunion über das Militär der Satellitenstaaten sicherzustellen. Rokossowski wurde 1956 zurückgezogen. An seine Stelle trat der Oberbefehlshaber des Warschauer Pakts. Seine Vollmachten erstreckten sich auf alle Mitglieder des Pakts, ausgenommen die Sowjetunion. In den Streitkräften der UdSSR besitzt er keine Kommandovollmacht.

Die Sowjetunion könnte den Warschauer Pakt jederzeit auflösen. Durch eine leichte Veränderung der äußeren militärischen Kontrolle über die Streitkräfte der Satellitenstaaten wäre der gleiche Zweck erfüllt. Nichtsowjetische Divisionen der Staaten des Warschauer Pakts werden zwar von nationalen Kommandeuren geführt. Ihnen blickt aber ein sowjetischer Verbindungsoffizier mit eigenem Fernmeldeweg zu den höheren Kommandostellen der sowjetischen Streitkräfte über die Schulter. Damit ist sichergestellt, daß sich auf der unteren operativen Führungsebene nichts ereignet, was die Sowjets nicht sofort erfahren. Im Westen glaubt man nicht, daß dies die von den Sowjets eigentlich gewünschte Initiative militärischer Führer fördert. Sie stehen unter ständiger Beobachtung. Die Sowjets führen über sie Beurteilungslisten, deren Inhalt ihnen nicht eröffnet wird. An der Entwicklung von Taktik und Strategie werden nichtsowjetische Offiziere nicht beteiligt.

Integration alliierter militärischer Stäbe, wo Offiziere aus allen Bündnisarmeen gleichberechtigt nebeneinander tätig sind, ist im Warschauer Pakt ein Fremdwort. NATO-Oberbefehlshaber Bernard Rogers hat die nuklearen Aufgaben seines Befehlsbereichs seinem deutschen Stellvertreter Hans-Joachim Mack delegiert. In Mitteleuropa – von der Elbe bis zu den Alpen – stehen alle alliierten Truppen, die amerikanischen eingeschlossen, unter dem Oberbefehl von General Leopold Chalupa von der Bundeswehr. Er befehligt zwei alliierte Heeresgruppen und die gesamten alliierten Luftstreitkräfte. Unter seinem Befehl stehen zwei amerikanische Vier-Sterne-Generale und ein britischer Vier-Sterne-General. Verhältnisse wie diese wären im Ostblock undenkbar.

KRITIK

Morde mit Musik

Eine Kleinstadt in Iowa in den dreißiger Jahren. Zwei Frauen, Helen und Adelle, beider Söhne wegen Mordes verurteilt, fliehen vor der Schande aus der Provinz nach Hollywood, um dort ein neues Leben zu beginnen. Aber die Vergangenheit holt sie ein in Gestalt des Ehemanns der Ermordeten, dem das Strafmaß für die Täter zu milde erschien. Er spürt die beiden Frauen in ihrer neuen Existenz – eine gutgehende Tanzschule für Kinder, denn die kalifornischen Mütter sind im Shirley-Temple-Rausch – auf, um sich zu rächen. Helen, an den Rand des Wahnsinns getrieben, tötet ihren Peiniger und schließlich auch, rasend vor Eifersucht, ihre Geschäftspartnerin, die mit einem reichen Mann ein neues Leben beginnen will.

Was ist denn bloß mit Helen los? (ZDF) hieß der Spielfilm von Curtis Harrington, eine geschickte Mischung aus vordergründigen Horrorelementen und, als Kontrapunkt, farbenfrohen Musicaleinlagen. Debbie Reynolds (Adelle) steppte und tanzte durch die bluttriefende Handlung, als hätte sie gerade „Singin' in the Rain" abgedreht – auf den Harrington ironisch verweist, wenn er die beiden Frauen den getöteten Ehemann in strömendem Regen aus dem Haus schaffen und in eine Baugrube werfen läßt. Der Lorbeer jedoch gebührt der Helen Shelley Winters', die als schuldbewußte, in religiöse Irrwege getriebene Landpomeranze über den nie verwundenen Tod des eigenen Mannes dem Wahnsinn anheimfällt: eine farblose, graue Maus, die im bunten Showbusiness zugrunde geht.

RAINER NOLDEN

Der Papst ordnet die Technologie ein

F. MEICHSNER, Toronto

Humanisiert die technologische Gesellschaft unserer Zeit durch die Erneuerung des christlichen Glaubens! – das ist das Leitmotiv der Botschaft, mit der sich Papst Johannes Paul II. auf seiner Kanada-Reise immer wieder an eine aus Vertretern fast aller Rassen und Völker der Erde zusammengesetzte Zuhörerschaft wendet.

In Kanadas größter Stadt, dem kosmopolitischen Toronto am Ontario-See, feierte der Papst gemeinsam mit Vertreter von 35 verschiedenen Glaubensrichtungen einen ökomenischen Gottesdienst. Danach wurde er im Exhibition Stadium von 55 000 aus ganz Nordamerika zusammengeströmten polnischen Emigranten, von denen nicht wenigen die Tränen der Rührung über das Gesicht liefen, wie ein Vater des Volkes und nationaler Held gefeiert. In einer Predigt während des ökomenischen Gottesdienstes wurde vielleicht zum ersten Mal in so prononcierter Form von einem Papst die gesamtchristliche Verantwortung für die Geltendmachung moralischer Grundwerte im Rahmen der technologischen Entwicklung aufgezeigt. Die Technik, die der Menschheit in so vieler Weise nutze, habe eine „technologische Mentalität" hervorgebracht, „die die Werte des Evangeliums herausfordert". Die Verführung bestehe darin, „die technologische Entwicklung um ihrer selbst willen" zu verfolgen, anstatt sie in den Dienst der Menschheit zu stellen. Eine „zweite Versuchung" sei, diese technologische Entwicklung „an die Logik des Profits und der ständigen Wirtschaftsexpansion zu binden – ohne angemessene Berücksichtigung der Rechte der Arbeiter oder der Bedürfnisse der Armen und Hilflosen".

Angesichts dieser Gefahren zeigte Johannes Paul II. vier Grundsätze auf: Die Bedürfnisse der Armen müssen Vorrang haben vor den Wünschen der Reichen. Die Rechte der Arbeiter müssen Vorrang haben vor der Maximierung der Profite. Die Erhaltung der Umwelt muß Vorrang haben vor der unkontrollierten industriellen Expansion. Die Produktion zur Befriedigung sozialer Bedürfnisse muß Vorrang haben vor der Rüstungsproduktion.

Das Thema Humanisierung – diesmal stärker mehr unter dem politischen Blickpunkt der Wahrung grundlegender Menschenrechte – stand auch im Mittelpunkt des abendlichen Treffens mit den Amerika-Polen. Als der Papst im Stadion einige Transparente mit der Aufschrift „Solidarnosc" sah, wich er vom vorbereiteten Text seiner Rede ab und sagte unter dem Jubel seiner Landsleute: „Wir wünschen, wir selbst zu sein, und wir wünschen, unser Leben selbst zu gestalten".

Paris betont eigenständige Nuklearpolitik

lim. Bonn

Der französische Premierminister Laurent Fabius hat die Haltung seiner Regierung in der Frage der nuklearen Sicherheitspolitik bekräftigt. In einem Interview mit dem Hamburger Magazin „Der Spiegel" betonte Fabius, daß Frankreich Wert auf seine eigene Entscheidungsfreiheit lege und deshalb auch nicht daran denke, der Bundesrepublik eine Garantie für den Einsatz des französischen Kernwaffenpotentials zu geben. Die Entscheidung über den Einsatz dieses Potentials liege einzig und allein in der Hand des Staatschefs. Diese Strategie trage auch dazu bei, daß ein möglicher Angreifer eines Nachbarn Frankreichs „ein Risiko spürt".

Gegen diese Strategie wendet sich der abrüstungspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Jürgen Todenhöfer, in einem Beitrag der in dieser Woche erscheinenden Fachzeitschrift „Europäische Wehrkunde". Unter dem Titel „Europäische Atommacht mit amerikanischem Kern" bezeichnet es Todenhöfer als „Anachronismus", daß Frankreich und Großbritannien vierzig Jahre nach Kriegsende immer noch für sich allein nukleare Verteidigungspolitik betreiben, „obwohl jede ihrer nuklearen Entscheidungen gleichzeitig die Lebensinteressen ihrer Nachbarstaaten unmittelbar berührt". Todenhöfer plädiert dafür, dieses „nukleare Besitzstandsdenken" aufzugeben und wie Konrad Adenauer und Ludwig Erhard in den sechziger Jahren für die Bildung einer gemeinsamen europäischen Atomstreitmacht einzutreten und den Deutschen Möglichkeiten der Mitbestimmung einzuräumen.

Todenhöfer: Maßlose Vorwürfe Moskaus

dpa, Bonn/Moskau

Als Propaganda, die offenbar jedes Maß verloren habe, hat der abrüstungspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion in Bonn, Jürgen Todenhöfer, die jüngsten sowjetischen Vorwürfe der Zeitung „Sowjetskaja Rossija" bezeichnet, Bundeskanzler Helmut Kohl und US-Präsident Ronald Reagan bedienten sich der Methoden Hitlers. Todenhöfer nannte eine unverzügliche Entschuldigung der sowjetischen Führung für diese schwere Beleidigung des Bundeskanzlers dringend notwendig.

Für die Bundesregierung wies ein Regierungssprecher gestern die Vorwürfe als „unsachlich und polemisch" zurück. Die Bundesregierung werde sich auch durch solche Äußerungen nicht an ihrem wiederholt erklärten Willen zu Dialog und Zusammenarbeit mit den Staaten des Warschauer Paktes hindern lassen.

Die sowjetische Zeitung hatte in einer der bisher schärfsten anti-deutschen Presseattacken Kohl und Reagan Revanchismus und Pläne eines Kreuzzuges gegen den Kommunismus vorgeworfen. Das Blatt stellte die Frage, ob US-Präsident Reagan und Bundeskanzler Kohl sich wohl Rechenschaft darüber ablegten, daß sie lediglich die „Losungen und Methoden Hitlers" wiederholten. Unter der Führung der USA und der Beihilfe anderer westlicher Mächte in Europa reife der Dritte Weltkrieg heran.

Kiep und das Risiko des politischen Verlierers

MANFRED SCHELL, Bonn

Es gibt kaum einen Politiker, der so abrupt dem medialen Desinteresse anheimgefallen ist wie Walther Leisler Kiep. Den CDU-Politiker können solche, ihn betreffende „Zustandsbeschreibungen" allerdings nicht schrecken oder gar verletzen. Er selbst vermag seine derzeitige politische Situation ziemlich schonungslos einzuschätzen.

Kiep hat Pech gehabt. In der Politik bleibt dies in der Regel nicht ohne Folgen. Den zweiten Anlauf für das Amt des Bürgermeisters in Hamburg hat er im Dezember 1982 verloren. Die Spitzenkandidatur in der Hansestadt, die zunächst durchaus aussichtsreich erschien, hatte von ihm die Aufgabe des Bundestagsmandates verlangt. Als dann, nach 13 Jahren Opposition, der Regierungswechsel in Bonn anstand, war Kiep als „Verlierer" verbraucht, und er hatte keinen Platz im Parlament. Somit blieb er, was die Verteilung der Ministerämter betraf, unbeachtet.

Kiep selbst spricht heute „vom Lauf der Ereignisse", der ihn gezwungen hat, seine politische Tätigkeit „zu verändern". Kiep hat sich neu organisiert. Er ist zum politischen Weltenbummler geworden – China, die Sowjetunion, Taiwan und mehrmals Amerika standen auf seinem Reiseprogramm der letzten Monate. Kiep ist wieder „persönlich haftender Gesellschafter" in seinem Unternehmen, was lange Zeit aus Rücksicht auf seine politischen Ämter nicht möglich gewesen ist. Er ist der erste Deutsche, der im Aufsichtsrat des englischen Konzerns ICI und im gleichen Gremium der Bank of Montreal – der zweitgrößten Kanadas – sitzt.

Als Bundesschatzmeister der CDU gehört Kiep dem Parteipräsidium an. Das Amt des Schatzmeisters nennt er einen „äußerst schwierigen und unangenehmen Job". Er ist, das sagt Kiep von sich, ein „politischer Mensch" geblieben. Er engagiert sich stark in der „Atlantikbrücke", die es sich zur Aufgabe macht, Amerikaner und Deutsche zueinander zu bringen.

War die Kandidatur in Hamburg, was seine politische Lebensplanung betraf, eine Fehlentscheidung? Kiep: „Es war sicher die schwierigste Zeit meines politischen Lebens und eine unbequeme Zeit. Aber in der Abwägung des Für und Wider muß ich sagen, es hat sich gelohnt."

Viele Ermunterungen für Hamburg

Der 6. Juni 1982, an dem die SPD in Hamburg ihre Führungsposition verloren habe und die FDP an der Seite der SPD unter vier Prozent gedrückt worden sei, „hat auch einen entscheidenden Impuls gegeben für die Veränderung in Bonn".

Jedenfalls habe Hamburg auch seine „politische Bildung bereichert". Man muß einmal erlebt haben, auch unter widrigen Umständen einen Wahlkampf auf eigene Rechnung geführt zu haben. Ob er damals, aus welchen Gründen auch immer, nach Hamburg „geschoben" worden ist? Kiep antwortet, „es gab eine Stimmung in der Partei, die sagte, du bist der einzige, der da noch etwas bewegen kann". Es ging letztendlich um das Abschneiden der CDU an der Basis von Helmut Schmidt. „Ich habe das eingesehen, aber es gab auch, um es freundlich zu sagen, viele Ermunterungen, das zu machen." Von Undankbarkeit der CDU will Kiep nicht reden. Schließlich sei ihm „das Risiko" bewußt gewesen.

Er rechnet es sich an, daß die CDU als erste Partei ihre Finanzierung auf eine saubere Grundlage gestellt hat. Natürlich belastet Kiep das Spendenverfahren, in dem auch er Beschuldigter ist. „Wäre man mir gefolgt, dann hätten wir das neue Parteienfinanzierungsgesetz schon zehn Jahre früher gehabt, und uns wäre viel Ärger erspart geblieben." Bis zum heutigen Tag, so sagt Kiep, hat er nichts von der Staatsanwaltschaft gehört. Immerhin läuft das Verfahren schon vier Jahre. „Ich bin auch bisher nicht gehört worden." Diesen Zustand empfindet er „ziemlich toll".

Offenes Verhältnis zu Helmut Kohl

Die Bundespolitik ist das Hauptinteressengebiet von Kiep geblieben. In der Amtszeit von Helmut Schmidt gab es einmal das Angebot, Mitglied der EG-Kommission zu werden. Aber diesen Gedanken hat er nicht weiter verfolgt. Das, was er auf seinen politischen Reisen erfahre, gebe er an die „richtige Stelle" – damit ist in erster Linie Helmut Kohl gemeint – weiter. Zu Gerhard Stoltenberg hat er einen sehr guten Kontakt. Das Verhältnis zu Kohl, den er seit der Zusammenarbeit im Parteipräsidium im Jahre 1971 kennt, nennt Kiep „direkt und sehr offen". Er macht keinen Hehl daraus, daß er ihn so, wie er ist, schätzt und seine Politik für erfolgreich hält.

Kiep schildert seine Eindrücke, die er bei dem letzten Moskau-Besuch in diesem Frühjahr gesammelt hat. Er registrierte auf sowjetischer Seite eine „Phase der Irritation, der Verstocktheit". Die Unsicherheit in der Führungsfrage sei schon im März zu spüren gewesen. „Da sind die Erkenntnisse über die wachsenden zentrifugalen Kräfte in der Sowjetunion, da ist die Unsicherheit über das beherrschte Gebiet, und die geht in verschiedenen Qualitäten von Afghanistan bis Polen und in die DDR." Das alles zusammengenommen mache die sowjetischen Politiker „ungeheuer unsicher" und gebe denen Auftrieb, die militärische Stärke demonstrieren wollten. „Die Nachrüstung hat sie schwer getroffen." Er rechne damit, so Kiep, daß es nach der US-Wahl neue Rüstungsbegrenzungsverhandlungen zwischen den Großmächten geben wird.

Wie geht es mit ihm auf der politischen Seite weiter? Es sei „noch zu früh", zu sagen, ob er 1987 wieder für den Bundestag kandidieren werde. Er sei jetzt „voll zufrieden". „Ich habe keine Ansprüche und keine unmittelbaren Anliegen." Kiep ist, was seine Person betrifft, sehr realistisch geworden. Er hat gelernt. Sein Sohn, der sich für die FDP in Hessen engagiert, habe ihm einmal gesagt, „du hast nur einen Fehler gemacht, du hättest in die FDP eintreten müssen". Die CDU, davon ist Kiep auch nach 35 Jahren Engagement überzeugt, ist für ihn die richtige Partie. Wenn er nochmals von vorne anfangen könnte, dann würde er „sich in der einen oder anderen Sache etwas klüger anstellen und etwas skeptischer sein gegenüber anderen".

Dohnanyi: Frau Leithäuser hat mein volles Vertrauen

Eine Reihe von peinlichen Affären im Hamburger Strafvollzug / Keine Konsequenzen

UWE BAHNSEN, Hamburg

Hamburgs sozialdemokratische Justizsenatorin Eva Leithäuser nimmt ihre Dienstgeschäfte derzeit mit dem Vorsatz wahr, zu „stehen wie eine deutsche Eiche". Im Klartext: Sie will nicht zurücktreten – mögen die Entrüstung in der Öffentlichkeit, die Erbitterung in der Polizei und das Gelächter in der Unterwelt über den jüngsten Skandal im Strafvollzug der Hansestadt auch noch so groß sein.

Bestärkt wurde die Senatorin darin am Wochenende durch Bürgermeister Klaus von Dohnanyi, der sich ebenso wie die SPD-Bürgerschaftsfraktion demonstrativ vor sie stellte: „Frau Senatorin Leithäuser hat mein volles Vertrauen. Sie geht den Ursachen der Haftentweichungen und der aufgedeckten Fehler in der Haftanstalt Fuhlsbüttel konsequent nach. Sie wird diese aufklären und daraus die gebotenen Konsequenzen ziehen."

Neue Straftat

Mit den Vokabeln „Haftentweichungen" und „Fehler" belegte der Regierungschef Vorgänge, die sich nahtlos in die lange Reihe peinlicher Affären im hamburgischen Strafvollzug einfügen: Vier Schwerverbrecher konnten in der vergangenen Woche unter unglaublichen Umständen aus der Haftanstalt Fuhlsbüttel entkommen.

Einer von ihnen, ein Bankräuber, hat inzwischen eine neue Straftat begangen und konnte am Wochenende auf St. Pauli festgenommen werden. Von den drei anderen fehlt jede Spur. Zwei Strafvollzugsbeamte wurden in Untersuchungshaft genommen, weil sie unter anderem im Verdacht stehen, in der Anstalt mit Drogen gehandelt zu haben.

Zwei der jetzt flüchtigen Häftlinge entkamen in der Weise, daß der eine, der Urlaub bekommen hatte, den anderen während einer ambulanten Behandlung in der Augenklinik des Barmbeker Krankenhauses mit Waffengewalt befreite.

Besonderse unbegreiflich ist dabei, daß dem Urlauber, einem Bankräuber, von den Aufsehern in Fuhlsbüttel auch noch ein Schulterholster für eine Pistole ausgehändigt wurde. Der dritte Gefangene, nach dem jetzt gefahndet wird, war von einem Ausgang nicht in die Haftanstalt zurückgekehrt.

Im Strafvollzugsamt beratschlagen die zuständigen Beamten nun mehr oder weniger verzweifelt darüber, wie der Fuhlsbütteler Sumpf trockengelegt werden kann. Denn die Zustände in dieser Anstalt, in der ein betont liberaler Resozialisierungsvollzug betrieben werden soll, sind nicht mehr zu tolerieren: Hinter den Mauern von „Santa Fu" werden Straftaten bis hin zu Kapitalverbrechen begangen. So ist zum Beispiel der Tod des Häftlings Peter Tiedke, der im Dezember 1979 in der Anstalt von einem oder mehreren Mitgefangenen umgebracht wurde, bis heute nicht aufgeklärt.

Speziell vor diesem Hintergrund ist Dohnanyis Erklärung zu den Vorfällen in Fuhlsbüttel, die Senatorin werde „diese aufklären", naiv und riskant zugleich. Den schwunghaften Handel mit Rauschgift und Alkohol hat Eva Leithäuser bislang nicht einmal einschränken können. Sex im Knast ist sowieso kein Problem – für Geld geht offenbar alles. Manche Vorfälle in „Santa Fu" erinnern an das fidele Gefängnis in der „Fledermaus".

Die Folgen allerdings sind zuweilen entsetzlich: So wurde im Januar vorigen Jahres die 72jährige Rentnerin Gertrud Simon von einem Häftling vergewaltigt und umgebracht, der Ausgang erhalten hatte. Schon im April 1977 war der Mann während eines Hafturlaubs rückfällig geworden und hatte einen schweren Raub begangen.

Sorgloser Vollzug

Für die allzu sorglosen Vollzugsregelungen wie für alle anderen „Fehler" in Fuhlsbüttel trägt die Justizsenatorin nicht nur die politische Verantwortung – sie versteht sich auch als sehr persönliche Ansprechpartnerin für die Häftlinge, auch für die „schweren Jungs". Wenn einem danach zumute ist, kann er sein Herz bei ihr ausschütten.

Die allein lebende Senatorin ist eine ambivalente Persönlichkeit. Einerseits hat sie ein Harmoniebedürfnis, das sie gut sein läßt zu Mensch und Tier: Sie geht gern mit einer Plastiktüte voller Bonbons durch den Plenarsaal der Bürgerschaft und lädt auch CDU-Abgeordnete ein, sich zu bedienen. Auf der Terrasse ihrer Villa fütterte sie die Tauben mit einer solchen Ausdauer, daß sich die erbosten Nachbarn zusammentaten und gegen den Vogelmist in der Umgegend protestierten.

Andererseits ist die Senatorin gegenüber Untergebenen zu einer Tonlage fähig, die in ihrem engeren Mitarbeiterkreis immer wieder zu hektischen Personalveränderungen geführt hat. Das Klima in der Behörde ist schlecht.

Ost-Berlin hält an Kontakten fest

Höheres Tempo bei laufenden Verhandlungen / Eine Fehleinschätzung Honeckers

HANS-R. KARUTZ, Bonn/Berlin

SED-Generalsekretär Erich Honecker hat es im Vorfeld seines verschobenen West-Besuchs abgelehnt, nach Moskau zu reisen und Außenminister Andrej Gromyko wegen dieser Visite zu konsultieren. Honecker beharrte darauf, in seiner Eigenschaft als Parteichef ausschließlich mit Konstantin Tschernenko zu konferieren. Als sich dies nicht als möglich erwies, sagte Honecker auf Moskauer Druck die Reise ab. Dies berichten zuverlässig informierte Ostblock-Diplomaten in Ost-Berlin.

Nach diesem Bericht sei Honeckers Wunsch, allenfalls mit Tschernenko zu reden – mit ihm hatte er bereits Mitte Juni in Moskau über die West-Reise gesprochen –, mit dem Hinweis abgeblockt worden, der Generalsekretär sei krank und befinde sich im übrigen in Urlaub. Als Gesprächspartner stehe Gromyko zur Verfügung. Die erwähnten Diplomaten im Ostteil der Stadt sprechen in diesem Zusammenhang von einem „schweren Fehler" Honeckers in der Einschätzung der Moskauer Machtkonstellation. In den Sommermonaten habe Gromyko quasi als „Hausmeister" des Kreml seinen Zugriff auf sämtliche West-Kontakte von Ostblock-Politikern gefestigt.

Zudem sei parallel zu den Vorbereitungen des Honecker-Besuchs längst das Teffen von Gromyko mit Ronald Reagan eingefädelt worden. Moskau habe sich überdies als Führungsmacht des Warschauer Pakts die Bedeutung dieses kleinen „Gipfels" nicht durch den Aufmerksamkeitswert der Honecker-Reise in die Bundesrepublik verwässern lassen wollen.

Dieselben Diplomaten kreiden Honecker zudem das „Mißverständnis" an, Tschernenko besitze als ehemaliger Sekretär von Breschnew im Politbüro die uneingeschränkte Souveränität, Honeckers praktisch-ökonomische Politik gegenüber Bonn voll zu decken. Aus Ost-Berlin wird in diesem Zusammenhang auch bekannt, daß sowohl im SED-Zentralkomitee als auch in der Sowjet-Botschaft Unter den Linden „stapelweise" Protestbriefe altgedienter Kommunisten wegen eines angeblichen „Ausverkaufs von Prinzipien" gegenüber dem Klassenfeind im Westen durch den Honecker-Kurs eingetroffen seien.

Trotz der durch den gestörten Draht zwischen Ost-Berlin und Moskau verschobenen Honecker-Reise hält die „DDR" an ihrem Kurs des Dialogs mit Bonn fest: Wie aus Berliner Senatskreisen zuverlässig bekannt wurde, meldete sich noch am Tage der Absage, die Ost-Berlins Ständiger Vertreter Ewald Moldt überbrachte, ein wichtiger „DDR"-Unterhändler im Kanzleramt. Er teilte mit, die Verschiebung dürfe weder als „Affront" noch als Beginn verschlechterter Beziehungen verstanden wissen. Man möge, so lautete die Botschaft, mehr oder minder „schnell wieder zur Tagesordnung übergehen".

Seither, so vermerken sachkundige Deutschland-Politiker der Union, habe die andere Seite bei den laufenden Verhandlungen „an Tempo und Intensität" erkennbar zugelegt. Dies soll beispielsweise für das Kulturabkommen gelten, bei dem die „DDR" bislang seine Gültigkeit für Berlin und die praktische Einbeziehung der „Stiftung Preußischer Kulturbesitz" in den gegenseitigen Austausch blokkierte.

Die unternommenen, aber vergeblichen Bemühungen von Helmut Kohls Unterhändler Philipp Jenninger, die jüngsten kleinen „DDR"-Erleichterungen auch für die Berliner gelten zu lassen, führen in der Koalition zu Überlegungen, für künftige Verhandlungen eine andere Gesprächsebene mit Ost-Berlin einzurichten.

FDP an der Saar mit neuem Vorsitzenden

rtr, Saarbrücken

Mit einer neuen Führungsmannschaft geht die saarländische FDP in die Landtagswahl im kommenden Frühjahr, in der es für die Partei um das parlamentarische Überleben geht. Mit 335 gegen acht Stimmen bei vier Enthaltungen wählten gestern die Delegierten eines Landesparteitags den saarländischen Wirtschaftsminister Horst Rehberger zum neuen Landesvorsitzenden. Der 45jährige Rehberger ist damit Nachfolger von Werner Klumpp, der seit mehr als 14 Jahren an der Spitze des Landesverbandes gestanden und nicht mehr kandidiert hatte. Der neue Landesparteichef gab sich optimistisch, daß die FDP den Wiedereinzug in den Landtag schaffen könne, und erklärte, die Partei wolle in der seit 1975 bestehenden Koalition mit der CDU bleiben.

Sekretärin nahm Geheimdaten mit

hrk. Berlin

Eine Sekretärin aus dem Chefbereich des Berliner Bausenators Klaus Franke (CDU) kopierte in der Vergangenheit vertrauliche Notizen sowie andere Unterlagen und nahm sie mit nach Hause. Der Verfassungsschutz fand bei einer Hausdurchsuchung weitere Papiere. Frankes Sprecher bestätigte der WELT gestern den mysteriösen Vorgang. Motive oder mögliche politische Hintergründe des Falles konnte er jedoch nicht nennen.

Der Vorfall war durch einen Bericht der „Berliner Morgenpost" an die Öffentlichkeit gelangt, nachdem Franke selbst auch seinem Stab keinerlei Informationen über den ungewöhnlichen Fall gegeben hatte. Die Sekretärin – die bereits unter Frankes zahlreichen Vorgängern arbeitete – war dabei ertappt worden, wie sie eine ausdrücklich als „streng vertraulich" bezeichnete Aktennotiz kopierte und in ihrer Handtasche versteckte. Dieses Schriftstück bezog sich auf Vorfälle bei der Munitionssuche in Berlin. Senator Franke mußte sich kürzlich schwerer politischer Vorwürfe erwehren, weil Munitionsbergungsfirmen offenbar alte Granaten auf Baustellen geschleppt und dadurch mit hohem Kostenaufwand verbundene Such- und Umquartierungsaktionen vieler Berliner Mieter ausgelöst hatten.

Die Sekretärin kündigte bereits vorige Woche von sich aus, um der fristlosen Entlassung zuvorzukommen.

Barschel beklagt „DDR"-Schikanen

DW. Berlin

Der schleswig-holsteinische Ministerpräsident Uwe Barschel (CDU) ist von „DDR"-Grenzbeamten auf der Fahrt nach Berlin „in auffallender Weise schikanös und schleppend" abgefertigt worden. Der CDU-Politiker, der am Wochenende zu politischen Gesprächen nach Berlin fuhr, erklärte, er habe am Grenzübergang Gudow/Zarrenthin auf der Autobahn Hamburg–Berlin fast eine Stunde auf die Erteilung der Transitgenehmigung warten müssen. Zwar sei er von den Beamten „in sehr freundlichem Ton" behandelt worden; ein Grund für die Wartezeit sei ihm jedoch nicht genannt worden. Barschel kündigte an, er wolle sich beim Bundeskanzleramt über das Vorgehen der „DDR"-Beamten beschweren.

Bangemann bleibt weiter optimistisch

inw. Bielefeld

Zu mehr Mut vor der öffentlichen Meinung, zu mehr Bereitschaft, Investitionsrisiken einzugehen und neue Arbeitsplätze zu schaffen sowie zu einem konstruktiven Miteinander in Fragen der Wirtschafts-, Sozial- und Gesellschaftspolitik hat Bundeswirtschaftsminister Martin Bangemann die Unternehmer aufgerufen. Auf dem Unternehmertag Ostwestfalen-Lippe in Bielefeld vertrat der Freidemokrat auch die Ansicht, daß die Tarifpartner zu einem ständigen Dialog mit der Regierung bereit sein müßten. Der Wirtschaftsminister meinte, daß sich die positive Entwicklung der Wirtschaft auch nach den Streiks in der Metall- und Druckindustrie weiter fortgesetzt habe. Sie sei nach wie vor „robust". Einer der größten Erfolge sei, daß die Preissteigerungsrate im August 1984 zum ersten Mal seit 15 Jahren bei nur noch 1,7 Prozent gelegen habe und daß das wirtschaftliche Wachstum in diesem Jahr mit einiger Sicherheit bei 2,5 Prozent liegen werde. Dies seien Resultate, von denen jedermann – auch der kleine Rentner – profitiere. Bangemann rief Unternehmen, Gewerkschaften und Staat auf, enger zusammenzuarbeiten, um der wichtigsten wirtschaftspolitischen Aufgabe, der Vollbeschäftigung, wesentlich näherzukommen.

DIE WELT (USPS 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 365,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Die Wirklichkeit der EG

Sehr geehrte Damen und Herren,

da ich hier in England viele gesellschaftliche Verpflichtungen habe, und da meine Gäste erwarten, im Hause eines Deutschen deutschen Wein angeboten zu bekommen, wollte ich mir von meinem diesjährigen Urlaub in Deutschland einige Kartons Wein in meinem Reisegepäck-Anhänger mitbringen.

Als erstes fragte ich daher bei der Einreise an der Grenze bei Aachen, was ich denn zu tun hätte, damit der Wein nur in England zu verzollen wäre, nicht aber auch in den Transitländern Belgien und Frankreich auf dem Rückweg über Calais nach Dover.

Der freundliche Zöllner erklärte mir darauf, das sei ganz einfach, ich brauche nur ein T2-Dokument, das ich bei jedem Spediteur erhalten könne. Ein Spediteur an der Grenze erklärte mir jedoch, das sei gar nicht so einfach. Denn wenn ich mein T2-Dokument an der Grenze ausgestellt erhalte, dann müsse ich sowohl in Belgien als auch in Frankreich eine Kaution hinterlegen, die der Höhe des Zolls entspreche, die ich aber dann immer beim Verlassen des Landes wieder zurückverlangen könne. Dieses Procedere verspreche aber, recht zeitaufwendig zu sein.

Dies alles erschien mir doch etwas zu umständlich und ich beschloß, seinem Rat zu folgen, das Dokument bei einem Inlands-Zollamt ausstellen zu lassen. Auf dem befragten Inlands-Zollamt erklärte man mir wiederum, daß mein Anliegen sehr einfach sei, ich brauche nur ein T2-Dokument, das mir jeder Spediteur ausstellen könne.

Der daraufhin befragte örtliche Spediteur erklärte mir jedoch ebenfalls wiederum, daß mein Anliegen keineswegs so einfach sei. Als erstes müsse ich den Wein kaufen, der Winzer solle mir die Rechnung in 3facher Ausfertigung geben und mir ein VA2-Dokument ausstellen. Mit diesem VA2-Dokument müsse ich dann zur Industrie- und Handelskammer gehen und es mir dort bestätigen lassen. Anschließend solle ich dann zu ihm kommen, man werde eine Kleine Ausfuhr-Erklärung für den deutschen Zoll erstellen, ein T2-Dokument ausfertigen und meinen Anhänger mit dem Wein versiegeln. Alsdann müsse er mir Frachtpapiere ausstellen – auch wenn der Wein stets in meinem Anhänger bliebe – für den Transport des Weines von ihm zu einem englischen Spediteur, den ich mir allerdings aussuchen dürfe. Mit diesem Frachtbrief müsse ich dann jeweils die Frachtabteilung an der Grenze ansteuern, um mich zollamtlich abfertigen zu lassen. Das könne schon ein paar Stunden dauern auf dem Wege über Belgien nach Calais, denn ich müsse mich immer bei der Lkw-Abfertigung ganz hinten anstellen. Nein, und in Dover könne ich den Wein nicht verzollen, das müsse ich bei seinem englischen Kollegen tun.

Für seine Bemühungen würde er etwa 60–80 DM berechnen, was ein englischer Kollege verlange, wisse er natürlich nicht, es könne aber gut noch einmal das gleiche sein.

Einfacher ginge es leider nicht, es sei kein Unterschied im Verfahren, ob ich als Privatmann 5 oder als Händler 500 Kartons Wein mitnehmen wolle. Nach dieser Auskunft beschloß ich, meine Mithilfe bei der Trockenlegung des EWG-Weinsees einzustellen.

Es erscheint mir unverständlich, daß ich 1½ bis 2 Tage Papierkrieg in Deutschland, viele Stunden Verzögerung bei der Heimreise und Abfertigungsgebühren von ca. 100–150 DM in Kauf zu nehmen habe – vom englischen Zoll von rund 4 DM pro Flasche ganz zu schweigen – wenn ich als Privatmann 5–10 Kartons Wein für meinen eigenen Bedarf von einem EWG-Land in ein anderes mitnehmen will.

Ich frage mich, wozu wir eine EWG haben, wenn davon doch scheinbar nur ein paar EWG-Bonzen in Brüssel, Zoll-Agenten und Spediteure fett werden.

H.-W. Möser,
Camberley/England

Tendenzwende

„Die klugen Sammler"; WELT vom 3. September

Sehr geehrter Graf Brockdorff,

die von Ihnen bedauerte „Vernachlässigung des Nachrichtenwesens" drückte sich *nicht nur durch die* Zuständigkeitsregelung, sondern auch durch die Zuteilung von Haushaltsmitteln aus.

Um so erfreulicher ist es, Ihre Aufmerksamkeit auf die Tatsache zu lenken, daß sich auf dem Gebiet des Nachrichtenwesens und der Inneren Sicherheit eine Tendenzwende abzuzeichnen scheint: Im Bundeshaushalt 1985 werden die Mittel für den Bundesnachrichtendienst um drei Prozent auf 222,4 Millionen DM und beim Innenminister für den Verfassungsschutz sogar um 17,6 Prozent auf 210,3 Millionen DM erhöht.

Ich meine, das ist ein Schritt in die richtige Richtung und man kann nur hoffen, daß das Geld auch sinnvoll in der von Ihnen so hervorragend *beschriebenen „ersten Verteidigungslinie"* genutzt wird.

Mit freundlichen Grüßen
Walter Richter, Oberstleutnant
Siegburg

Emanzipation

„Alles ist dahin, stehen wir am Ziel mit unzufriedenem Sinn"; Geistige WELT vom 8. September

Wer *Ohren hat, zu hören, der höre* ... denn es zeigt sich schneller, als es die Frauen dachten, daß sich Gemeinsamkeit und das damit verbundene Glück – unabhängig vom Geschlecht – nur dann einstellt, wenn die natürlichen Bedingungen des Lebens geachtet und bewahrt werden. Ein Leben „gegen den Strich" wird freud- und sinnlos, weil es keinen naturentsprechenden Sinn hat. So war die Emanzipation von Anfang an zum Scheitern und zum Tode verurteilt. Es blieb und bleibt einer Handvoll Unbelehrbarer und unnatürlich Denkender vorbehalten, eine Organisation zu führen und an ihr beteiligt zu sein, weil sie darin inzwischen ihre Existenz gefunden haben und diese durch die so gefundene Gemeinschaft absichern.

So ist die Emanzipationsbewegung ein Selbstzweck geworden für Frauen, die aus diesem oder aus jenem Grunde von Männern enttäuscht wurden oder die ihre Rolle in der Gemeinschaft von Mann und Frau und Familie nicht gefunden, nicht erfüllt oder in ihr durch eigene oder fremde Schuld enttäuscht wurden. Unterdessen ist aber die Erkenntnis in weiten Bereichen gewachsen, daß die Gemeinschaft vor allem als Ehe eine unersetzbare Garantie dafür ist, *daß man zu zweit mehr bewirken* kann als allein, weil man stets bei der Verfolgung der für lebenswichtig und lebensrichtig empfundenen Ziele ein Gespräch braucht, das sich durch nichts ersetzen läßt. Dieses Gespräch setzt Gemeinsamkeit und Vertrauen und Miteinander voraus, die es sonst in der menschlichen Gemeinschaft nicht gibt, jedenfalls nicht in dieser puren Weise.

Man muß die Verhältnisse kennen, um zu ermessen, wie freud- und phantasielos das Leben wird, wenn die Gemeinsamkeit verleugnet wird dadurch, daß jeder meint, er müsse nur für sich sorgen und hätte keine Mitsorgeverpflichtung gegenüber dem anderen. Insofern ist es verständlich und auch erwartungsgemäß richtig, daß eine Welt von Frauen in der Wirklichkeit nicht möglich und auch nicht naturgewollt ist und damit ein künstliches Phantasieprodukt bleibt: Penthesileia ist nicht unsere Wirklichkeit.

Dr. H. Steincke,
Michelbach/Bilz

Unbezahlbar

„Der Krankenversicherung droht ein Milliarden-Defizit"; WELT vom 6. September

Trotz Computer und vieler studierter Minister, Abgeordneter, Funktionäre wußten wenigstens die meisten Unternehmer, das diese total überspannten; sozialen Geschenke in ein Chaos führen mußten. Wir leben doch auf Kosten der folgenden Generation, für die wird alles unbezahlbar. Das nächste große Loch wird doch wohl bald in der Rentenversicherung entstehen.

Was hätten die Krankenversicherungen getan, wenn man dem Unternehmer nicht die Lohnfortzahlung aufs Auge hätte drücken können? Die Lohnfortzahlung wurde doch, wenigstens in unserer Branche Chemischreinigung und Wäscherei mißbraucht. In den „besten Zeiten" hatten wir ständig zehn Prozent der Arbeitnehmer krank, viele wurden eigenartigerweise erst nach sechs Wochen, wenn die Krankenkasse wieder bezahlen mußte, wieder gesund. Für unseren Kleinbetrieb kostete diese soziale Einrichtung bis zu 40 000 DM jährlich an Lohnfortzahlung. Dafür durfte man sich aber noch nicht einmal nach der Art oder Dauer der Krankheit erkundigen.

Die Kranken-Versicherungen sparten nicht nur den bis dahin üblichen Krankenkontrolleur, sondern Milliarden an Krankengeld. Trotzdem wurden die Beiträge immer höher. Schließlich sind doch die kleinen und mittleren Unternehmen die Kulis der Nation. Die meisten „Pleiten", jährlich bis zu 16 000 Firmen, werden durch die Sozialversicherungen ins „Rollen" gebracht. Wehe, wenn sie als Unternehmer nicht 100prozentig alle Bestimmungen einhalten.

G. Sydow,
Büren/Westf.

Wort des Tages

„Der Mensch schwankt im Verkehr mit seinen Brüdern zwischen zwei falschen Extremen: zwischen kalter Distanz und stiller Fraternität. Wenn du kein Herz hast, so wirst du einem anderen niemals etwas bedeuten können; aber wenn du ihm nicht wenigstens so fern bleibst, daß er dich sehen kann, so wirst du ihm auch nichts bedeuten."

Egon Friedell; österr. Kulturhistoriker (1878–1938)

Fehlender Mut

„Chaos Ausländerpolitik"; WELT vom 11. September

Das von Ihnen aufgegriffene „heiße Eisen" bestätigt mir die Unvernunft, die das rot-grüne Bündnis in Hessen bei der Bewältigung des Ausländerproblems an den Tag legt. Dank dafür, daß Sie ohne Angst und Scheu dieses brisante Thema, das seit langem die Gemüter bundesdeutscher Bürger bewegt, nicht in Vergessenheit geraten lassen.

Mir ist bewußt, daß die uns unter den Fingern brennende Ausländerpolitik für diejenigen gefährlich ist, die wagen, sich mit ihr auseinanderzusetzen. Diffamierungen sind an der Tagesordnung, wenn man nicht im Sinne der Roten und Grünen „ausländerhörig" ist.

Leider fehlt es etlichen Gleichgesinnten an Schneid, sich offen zu dem Grundsatz zu bekennen, „Schaden vom deutschen Volk abzuwenden". Wer aus *Furcht* vor hessischen Verhältnissen beispielsweise in Nordrhein-Westfalen die Frage stellt: „Bielefeld auf dem Weg ins rot-grüne Abseits?", muß mit dem Staatsanwalt rechnen!

Ich habe indessen (noch) nicht den Eindruck, daß Ihre Schlußfolgerung den Kanzler bewegt, Oberbürgermeister Wallmann in Frankfurt zu helfen. Das Schlagwort von der Wende wirkt *inzwischen* bei *einer nicht zu unterschätzenden* Zahl von Wählern, denen Kanzler Kohl die Übernahme der Regierungsgeschäfte zu verdanken hat, bisher eher als Propagandatrick!

Bruno Lamm,
Bielefeld 14

Personalien

EHRUNGEN

Der spanische König **Juan Carlos** hat dem nordrhein-westfälischen Landtagspräsidenten **John van Nes Ziegler** für seine Verdienste um die deutsch-spanische Freundschaft das Großkreuz des Verdienstordens des Königreichs Spanien verliehen. Der spanische Botschafter in Bonn, **Eduardo Foncillas**, würdigte bei der Überreichung der höchsten spanischen Auszeichnung die vielfältigen Bemühungen des Präsidenten, die Beziehungen zwischen beiden Ländern zu pflegen und zu festigen.

*

Der Senator für kulturelle Angelegenheiten, **Volker Hassemer**, ehrte den Leiter des gleichnamigen Berliner Kammerchors, Professor **Ernst Senff**, mit dem Verdienstorden der Bundesrepublik. Auch im Alter von nahezu 80 Jahren arbeitet der frühere Leiter der Opernklasse an der Hochschule für Musik mit seinem Chor. Die Sänger wirkten bei Konzerten der Berliner Philharmoniker und des Radio-Sinfonie-Orchesters mit.

*

Papst **Johannes Paul II.** hat den aus der Erzdiözese Freiburg stammenden außerordentlichen Professor für Dogmatik und Dogmengeschichte an der Theologischen Fakultät Trier, Dr. **Klaus Reinhardt** (49), zum Päpstlichen Kaplan (Monsignore) ernannt. Reinhardt ist am 19. Mai 1935 in Haslach/Kinzigtal geboren, wurde 1958 zum Priester geweiht, 1963 in Freiburg mit dem Prädikat „Summa cum laude" zum Doktor der Theologie promoviert und lehrt seit 1969 in Trier.

GEBURTSTAGE

Dr. jur. **Gerhard Ziemer**, ehemaliges geschäftsführendes Vorstandsmitglied der Lastenausgleichsbank (LAB), Bonn, beging seinen 80. Geburtstag. Dr. Ziemer, der bis zum Kriegsende als Bankvorstand in Stettin tätig war, gehörte 1950 zu den Mitbegründern der LAB. Über seine Vorstandstätigkeit hinaus wirkte er in zahlreichen nationalen und internationalen Gremien mit. Er trat als Autor einiger vielbeachteter Bücher, beispielsweise über Inflation, Deflation und Demokratie oder auch zur Geschichte der Jugendbewegung, hervor. Eng verbunden bleibt sein berufliches Wirken mit dem historischen Werk der Eingliederung von mehr als 10 Millionen Vertriebenen und Flüchtlingen.

*

Dr. **Hans Rempel**, Verleger und Herausgeber der „Gießener Allgemeinen" und anderer mittelhessischer Zeitungen, vollendet am 18. September sein 80. Lebensjahr. Rempel gehört zu den Männern der ersten Stunde des Pressewesens im Nachkriegsdeutschland. Für seine Verdienste um den Wiederaufbau einer freien Presse und die Sicherung der Existenz der Heimatzeitungen *als Beitrag zur Stärkung der Demokratie* wurde ihm bereits vor fünf Jahren das Große Verdienstkreuz des Verdienstordens verliehen.

*

Oskar Neisinger, bekannter katholischer Publizist und ehemaliger Referent für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit beim Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz in Bonn, wird am Dienstag, 18. September, 65 Jahre alt. Der gebürtige Würzburger war im Dritten Reich entscheidend am Widerstand katholischer Jugendlicher gegen das Naziregime beteiligt. Nach dem Krieg wurde Neisinger zum stellvertretenden Jugendführer des Bundes der Deutschen Katholischen Jugend (BDKJ) gewählt. Im Anschluß an eine dreijährige Tätigkeit beim „Fränkischen Volksblatt" wurde Neisinger 1955 Chefredakteur von „Die allgemeine Sonntagszeitung" in Würzburg. 1961 wurde er Chefredakteur des „St. Konradsblattes". Nach 1968 wirkte er als stellvertretender Chefredakteur bei der von ihm mitbegründeten katholischen Wochenzeitung „Publik". **Julius** Kardinal **Döpfner** holte den erfahrenen Journalisten in das Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz, aus dem er 1981 aus gesundheitli*chen Gründen ausschied.*

ABSCHIED

Israels Botschafter **Jitzhak Ben-Ari** verabschiedete in seiner Bad Godesberger Residenz seinen Gesandten **Ephraim Eylon** und stellte dessen Nachfolger **Gabriel Padon** vor. Gesandter Eylon geht in die Europaabteilung des Außenministeriums nach Jerusalem zurück. Sein Bonner Nachfolger war zuletzt stellvertretender Leiter der Europaabteilung, aber bisher nie auf Posten in Deutschland. Gabriel Padon spricht ein fließendes Deutsch mit Wiener Akzent. Er ist in Wien geboren.

ÖTV-Forderung „gefährdet Steuerreform"

PETER JENTSCH, Bonn

Das Tarif-Forderungspaket der Gewerkschaft öffentliche Dienste, Transport und Verkehr (ÖTV) gefährdet nach Auffassung des Bundes der Steuerzahler die „längst überfällige Reform des Lohn- und Einkommensteuertarifs und stellt für die eingeleitete Haushaltskonsolidierung eine fast unüberwindliche Hürde dar". Das Karl-Bräuer-Institut des Bundes hat errechnet, daß die Forderungen der ÖTV nach einer linearen Gehaltserhöhung um fünf Prozent und nach einer Verkürzung der Jahresarbeitszeit um zehn Tage die öffentlichen Haushalte zusätzlich mit rund 17 Milliarden Mark belasteten. Unter Einbeziehung der Forderung nach einer Vorruhestandsregelung ergäben sich Gesamtkosten in Höhe von 20 Milliarden Mark.

Insgesamt entstünden bei einer Einkommenssteigerung von fünf Prozent zusätzliche Personalkosten in Höhe von 11,6 Milliarden Mark (darin enthalten sind Besoldungsaufwendungen und indirekte Personalkosten wie etwa Beihilfen). Abzüglich der zusätzlich zu zahlenden Lohn- und Einkommenssteuer in Höhe von 2,4 Milliarden Mark sowie zusätzlicher Sozialversicherungsbeiträge in Höhe von 1,5 Milliarden Mark ergäben sich zusätzliche Nettokosten für die öffentlichen Haushalte in Höhe von 7,7 Milliarden Mark.

Hinzu komme bei einer Verkürzung der Jahresarbeitszeit um zehn bezahlte Tage und einer angenommenen Wiederbesetzungsquote von 50 Prozent eine Bruttobelastung von 6,7 Milliarden Mark. Diese verminderе sich durch geringere Ausgaben an Arbeitslosenhilfe, Sozialhilfe und Arbeitslosengeld um insgesamt 630 Millionen und um die Einnahmen durch zusätzlich gezahlte Steuern und Sozialversicherungsbeiträge (1,4 Milliarden) auf 4,6 Milliarden Mark. Bei einer von der Gewerkschaft geforderten Wiedereinstellungsquote von 100 Prozent lägen die Nettokosten, mit denen die Haushalte zusätzlich belastet werden, bei 9,2 Milliarden Mark. Das macht in diesem Falle zusammen eine Nettobelastung von 17 Milliarden Mark aus.

Seite 2: Computer und Stechuhr

Disziplinarverfahren gegen DKP-Mitglieder

Hannover will ihren Beamtenstatus als Lehrer aufheben

WERNER KAHL, Hannover

Die Reaktionen der meist jungen Zuschauer der Verhandlung gegen den Hildesheimer Lehrer Udo Paulus vor der Disziplinarkammer des Verwaltungsgerichts Hannover sind lebhaft. Da wird gelacht, wenn der Richter über den Schutz der Demokratie gegen totalitäre Gegner spricht. Ein fast andächtiges Schweigen breitet sich dagegen aus, sobald aus Parteitagsreden der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP) die „DDR als Vorbild" zitiert wird.

Die Verhandlung gegen den Lehrer Paulus ist Teil einer Reihe von Disziplinarverfahren gegen Lehrer, die als DKP-Mitglied 1981 bei den Wahlen für die Deutsche Kommunistische Partei kandidierten. Gegen diese Lehrer hat die Landesregierung Disziplinarverfahren mit dem Ziel eingeleitet, sie als Beamte aus dem Schuldienst auszuschließen. Unter zahlreichen Eltern hatte die Übernahme kommunistischer Lehrer in das Beamtenverhältnis Bestürzung ausgelöst. Ähnlich wie in Hessen wurden Befürchtungen geäußert, auch in Niedersachsen werde den Kommunisten das Klassenzimmer zur Propaganda gegen den Rechtsstaat zur Verfügung gestellt.

Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) will jedoch von diesen Einwänden so gut wie nichts wissen. „Laßt Udo Paulus Lehrer bleiben", fordert die Schlagzeile des Mitteilungsblattes „Info", das unter den Zuhörern verteilt wird.

Der Lehrer war über das Theologiestudium zum Marxismus gekommen. Er wurde in der Schule im Personalrat aktiv, ist bei Schülern und Kollegen beliebt. Schließlich unterstützte die Partei seine Kandidatur für einen Posten im kommunalen Rat. Wie ist sein Verhältnis zur „DDR" und zum „realen Sozialismus", fragt die GEW in ihrem Mitteilungsblatt. Die Schüler werden ihn ebenso danach fragen. „Eine unangenehme Frage für Paulus", heißt es da, denn er habe keine befriedigende Antwort gegeben. „Info" verteidigt ihn dennoch mit der Begründung: „Selbst wenn die aktuelle Politik der sozialistischen Länder im vollen Umfang von Lehrer Udo Paulus gerechtfertigt werden sollte, ist das ein Grund, ihm seinen Beruf zu verbieten?"

Bei der Verteidigung der DKP-Lehrer greifen die Anwälte auf einige frühere Verwaltungsgerichtsentscheidungen zurück, wonach „bloße" Mitgliedschaft in der DKP noch kein Grund ist, zu zweifeln, daß ein Lehrer die Gewähr des jederzeitigen Eintretens für die freiheitlich-demokratische Grundordnung biete. Hat sich nun die Rechtsauffassung der Landesregierung, verglichen mit dem Zeitpunkt, da Bewerber um ein Lehramt ins Beamtenverhältnis übernommen wurden, geändert, wollen die Anwälte wissen. Der Regierung sei ein Ermessensspielraum einzuräumen, meint das Gericht und lehnt den Antrag ab, Minister als Zeugen anzuhören. Es scheint, als wolle die niedersächsische Landesregierung tatsächlich nicht mehr hinnehmen, daß die DKP allem Anschein nach zur Offensive übergeht und sowohl in Gemeinde- und Stadträten als auch in den Schulen verstärkt Einfluß auszuüben versucht.

Das Gericht trägt die Gründe vor, warum es die Mitgliedschaft in der Deutschen Kommunistischen Partei nicht mit der Tätigkeit eines Beamten des Landes Niedersachsen vereinbaren kann. Als Zeugen werden sowohl die „DDR"-Verfassung als auch DKP-Programme und Parteitagsbeschlüsse zitiert. Diese Vergleiche laufen auf die Feststellung hinaus, daß die DKP mit der „DDR"-Staatspartei identisch ist. Die SED sei für die DKP die erfolgreichste Partei in der deutschen Geschichte, lautet eines der Zitate aus den DKP-Propaganda-Broschüren. Die „DDR" verkörpere für die DKP die Verwirklichung ihrer hohen Ziele, ein anderes.

In der Verhandlungspause verteilen DKP-Sympathisanten eine Flugschrift, die die Solidarität eines SPD-Spitzenfunktionärs verheißt: Gerhard Schröder, Bundestagsabgeordneter und Spitzenkandidat seiner Partei für das Amt des Ministerpräsidenten, wolle die Verteidigung einer Gesamtschullehrerin in den anstehenden weiteren Disziplinarverfahren übernehmen.

„DDR" wollte ihre Agenten beruhigen

W. K. Bonn

Agenten-Schlagzeilen der vergangenen Tage in einigen Zeitungen der Bundesrepublik dürften kommunistische Geheimdienste in nicht geringe Aufregung versetzt haben. „DDR-Spionagecomputer angezapft – dann in den Westen", meldete sechsspaltig die Hannoversche „Neue Presse". Es handele sich um den „hochkarätigsten Überläufer" seit 1979, als der geflüchtete Ostberliner Staatssicherheitsdienstler Werner Stiller die Festnahme von mehr als 40 Agenten aus dem Wissenschafts- und Technologiebereich auslöste. Der „Top-Spion" sei sogar von „amerikanischen Geheimagenten" in den Westen abgeworben worden, berichtete der Korrespondent der „Frankfurter Rundschau" unter Berufung auf nicht näher bezeichnete Quellen. Der Bundesnachrichtendienst, den die „Rundschau" als Initiator der Abwerbung angab, wußte unterdessen von dem Spionagezirkus nichts. Derart sensationell aufgemachte Berichte veranlaßten schließlich die Bundesregierung zu der Stellungnahme, es gebe diesen Spion nicht.

Ausgangspunkt für die Berichte war offenbar ein Beitrag auf der Innenseite der WELT vom vergangenen Mittwoch. Dort wurde von einer Methode des Staatssicherheitsdienstes berichtet, wie „DDR"-Funktionäre über Besucher aus dem Westen detailliert ins Bild gesetzt werden. Als Quelle für diese Erkenntnisse diente ein Hinweis auf einen aus dem Archiv des Ministeriums für Staatssicherheit – von ausländischer, nicht alliierter Seite – ausgeschleusten Angestellten, der Karteikarten zu den jeweiligen Sachbearbeitern brachte. Als die Schlagzeilen kulminierten, erhielt die Ostberliner Nachrichtenagentur ADN am Freitag offenkundig Weisung, die Berichte als „Störmanöver" und „Lügen" zu bezeichnen, wobei diese Nachricht vermutlich vor allem zur Beruhigung der in der Bundesrepublik tätigen Spione gedacht war. Die Nachricht hörten einige Agenten allerdings erst, als sie bereits im Polizeiauto zum Verhör gebracht wurden. Denn der Spionageabwehr ist in den vergangenen Tagen ein erfolgreicher Zugriff gelungen.

Israels Regierung will drastische Etat-Kürzung

Zum Erfolg „verurteilt" / USA sollen verstärkt helfen

PETER M. RANKE, Tel Aviv

Mit scharfen Sparmaßnahmen und eventuell einer drastischen Abwertung des Schekel wird in Israel schon in den nächsten Tagen gerechnet, ehe in zehn Tagen das jüdische neue Jahr beginnt. Wie der neue Regierungschef Shimon Peres bereits angekündigt hatte, stand die erste Kabinettssitzung am Sonntag im Zeichen der Wirtschaftskrise.

Finanzminister Yitzhak Modai von der Liberalen Partei innerhalb des Likud-Blocks hat erklärt, daß er eine Milliarde Dollar aus dem Haushalt streichen und die Mehrwertsteuer von 15 auf 17 Prozent erhöhen wolle. Außerdem will er die Reallöhne um zehn Prozent kürzen, Löhne und Preise einfrieren und neue Steuern auf Autos und Eigenheime erheben sowie Schulgeld für Höhere Schulen durchsetzen.

Der neue Finanzminister wird bei seinen Sparplänen von Gad Yaacobi, dem Wirtschaftsminister der Arbeiterpartei, weitgehend unterstützt. Die sich anbahnende Zusammenarbeit der beiden neuen Minister könnte ein erstes Zeichen sein, daß die Regierung der Nationalen Einheit trotz aller pessimistischen Voraussagen eine Wende bewirken kann. Wichtig ist vor allem, daß beim wirtschaftlichen Notprogramm die mächtigen Gewerkschaften mitziehen. Ihre erhoffte Mitarbeit war ein wichtiger Grund für die Bildung der Großen Koalition.

Wenn die ersten Sparmaßnahmen verkündet sind, wollen Regierungschef Peres und sein Stellvertreter, Außenminister Shamir, nach Washington fliegen, um eine zusätzliche Finanzhilfe in Höhe von 700 Millionen Dollar im US-Haushaltsjahr 1985 zu erhalten, das am 1. Oktober beginnt. Dieser Betrag käme zu der vorgesehenen US-Hilfe von 2,6 Milliarden Dollar noch hinzu.

Zur Begründung zusätzlicher Finanzhilfe werden Peres und Shamir in Washington darauf verweisen, daß die arabischen Nachbarländer weiterhin nicht an Friedensverhandlungen denken, sondern wie Syriens Verteidigungsminister Tass von einem neuen Krieg gegen Israel reden oder sich wie König Hussein von Jordanien um verstärkte Waffenlieferungen aus Moskau bemühen. Israel müsse deshalb weiterhin für viel Geld rüsten, zumal auch die USA, Frankreich und England die arabischen Staaten mit modernsten Waffensystemen belieferten.

Angesichts dieser Tatsachen weisen diplomatische Kreise in Jerusalem entschieden die westliche Kritik zurück, daß die neue Koalitionsregierung den „Friedensprozeß" eher behindern als fördern werde. Die Einladung an König Hussein, ohne Vorbedingungen an den Verhandlungstisch zu kommen, hat Peres schon in seiner Regierungserklärung ausgesprochen. Aber die jordanische Antwort besteht wie seit 17 Jahren lediglich in dem Slogan: „Totaler Friede nur gegen totalen Abzug aus allen besetzten Gebieten." Daher will Peres versuchen, wenigstens die Beziehungen zu Ägypten zu normalisieren, was von Kairo aber nicht gewünscht wird.

In Jerusalem hat überrascht, daß die negative Einschätzung der neuen Regierung vor allem mit „ideologischen Gegensätzen" zwischen Labour und Likud begründet wird. Nun ist zum einen die israelische Arbeiterpartei nicht ideologisch-sozialistisch ausgerichtet, was man eher von der „Mapam" sagen könnte, die aber das neue Kabinett nicht mitträgt und in die Opposition gegangen ist. Zum anderen sind im neuen Kabinett vor allem politische Pragmatiker vertreten, die sich zum Teil seit Jahrzehnten kennen.

Von den 24 Ministern unter Peres sind allein sieben ehemalige Stabschefs und Verteidigungsminister, können also militärisch organisieren und in Sicherheitsbegriffen denken. Verteidigungsminister waren Peres, dann Ezer Weizmann, der neue Minister im Amt des Premiers, Moshe Arens, jetzt Minister ohne Geschäftsbereich, und Ariel Sharon, jetzt Minister für Handel und Industrie. Stabschefs waren Rabin, der Sieger von 1967 und jetzige Verteidigungsminister, verantwortlich zugleich für die besetzten Gebiete, Bar-Lev, Polizeiminister und Mordechai Gur, Gesundheitsminister. Alle drei stellt die Arbeiterpartei.

Kreml erinnert an den Pakt Hitler–Stalin

rtr/AFP, Moskau

Die Sowjetunion hat am Wochenende an den Hitler-Stalin-Pakt von 1939 erinnert und damit nach Ansicht westlicher Diplomaten ihre Entscheidung zum Dialog mit dem amerikanischen Präsidenten Ronald Reagan zu erklären versucht. In einem von der amtlichen Nachrichtenagentur Tass verbreiteten und von ihrem stellvertretenden Direktor Anatoli Krassikow verfaßten Kommentar hieß es, die sowjetische Regierung sei damals zu einer Übereinkunft über einen Nichtangriffspakt mit dem nationalsozialistischen Diktatur gezwungen worden. Sie habe damit einen Krieg vermeiden wollen und überhaupt Zeit zur Verbesserung ihrer Verteidigungsmöglichkeit benötigt. Die Lektion jener Zeit sei noch heute von Bedeutung.

Westliche Diplomaten erklärten dazu, die Wortwahl des Kommentars mache deutlich, daß die sowjetische Regierung Parallelen zwischen Hitler und Reagan zu ziehen versuche und zeigen wolle, daß sich die Sowjetunion 1984 einer ähnlichen Situation gegenübersehe wie 1939. Außenminister Gromyko will sich am 28. September mit Reagan treffen.

Verhärtete Fronten im britischen Kohlestreik

AP, London

Nach dem Scheitern der jüngsten Gespräche über eine Beilegung des seit sechs Monaten andauernden Streiks im britischen Kohlebergbau haben sich die Fronten erneut verhärtet. Der Chef der Nationalen Kohlebehörde (NCB), Ian McGregor, schloß in einem Interview die Möglichkeit einer baldigen Wiederaufnahme der Gespräche aus. Als Vorbedingung für eine Rückkehr an den Verhandlungstisch forderte er ein Ende der „organisierten Gewalt", die sich täglich in Auseinandersetzungen zwischen Streikposten und Polizisten manifestiere. Der Führer der Bergarbeitergewerkschaft (NUM), Arthur Scargill, hofft unterdessen auf Unterstützung von anderen Gewerkschaften. Der Lenkungsausschuß des Gewerkschaftsdachverbandes (TUC) tritt am Mittwoch zusammen. Solidaritätsaktionen werden unter anderem von der für die Beschäftigten der Elektrizitätswerke zuständigen Gewerkschaft erwogen. Allerdings wird auch eine Beendigung der bisher nur von weniger als der Hälfte der Hafenarbeiter befolgten Solidaritätsstreiks nicht ausgeschlossen.



London: Sozialliberale vor ungewisser Zukunft

Abgekühltes Verhältnis / David Owen drängt nach vorn

FRITZ WIRTH, London

Es ist die Zeit der Außenseiter, der Unterprivilegierten und der Träumer in der britischen Politik, für die politische Realität so grausam ist. Es ist die Zeit der politischen Bestandsaufnahme der sozialliberalen Allianz, der jungen dritten Kraft in der britischen Politik, die angetreten ist, die festgefahrenen sozialen und ideologischen Strukturen dieses Landes aufzubrechen. In der vergangenen Woche trafen sich die Sozialdemokraten zu dieser Bestandsaufnahme in Buxton, in dieser Woche diskutieren die Liberalen auf ihrem Parteitag in Bournemouth über ihre politische Zukunft.

Die Tatsache allein, daß immer noch zwei Parteitage zu dieser Bestandsaufnahme nötig sind, beleuchtet die nach wie vor ungelösten dringenden Probleme dieses Bündnisses. Die politischen Flitterwochen zwischen beiden Partnern sind vorüber, das Verhältnis ist deutlich abgekühlt.

Von einer endgültigen Verbindung ist vorläufig keine Rede mehr, jedenfalls nicht auf der Seite der Sozialdemokraten. Sie zeigen den Liberalen die kalte Schulter und haben in Buxton sehr deutlich zu erkennen gegeben: Eine Heirat ist vorläufig ausgeschlossen, jedenfalls vor den nächsten Wahlen. Die aber sind erst in drei bis vier Jahren fällig.

Das Haupthindernis auf diesem Wege zu sozialliberaler Gemeinsamkeit ist der sozialdemokratische Parteichef David Owen, der nach der jüngsten Unterhauswahl Roy Jenkins in dieser Funktion abgelöst hatte. Owen hat das vergangene Jahr genutzt, seine Partei fest in den Griff zu bekommen. Er hat sich darüber hinaus in einem bemerkenswerten politischen „Egotrip" als der führende Mann und Sprecher der Allianz profiliert und den liberalen Parteiführer David Steel deutlich in den Schatten gestellt.

Von Jenkins distanziert

Owen, der vor einem Jahr noch Wert darauf legte, als das „sozialistische Gewissen" der Allianz betrachtet zu werden, hat sich in den letzten zwölf Monaten politisch deutlich dem Kurs von Jenkins genähert und eine liberal-konservative Mittelposition bezogen. Strategisch dagegen hat er sich klar von Jenkins distanziert. Jenkins war der Befürworter einer möglichst unverzüglichen Verschmelzung beider Parteien, Owen bemüht sich um eine scharf abgegrenzte politische Identität seiner Partei, die er ideologisch in der Nähe des „Godesberger Programms" der deutschen Sozialdemokraten ansiedeln möchte.

Doch auch jenseits dieser politischen Standortfixierung bleiben Probleme zwischen beiden Parteien, die in den nächsten Tagen bereits in der Verteidigungsdebatte des liberalen Parteitags offenbar werden dürften. Während David Owen ein entschiedener Gegner einer unilateralen nuklearen Abrüstung ist und für ein Einfrieren des gegenwärtigen Nuklearpotentials plädiert, gibt es an der Basis der liberalen Partei starke Kräfte, die den unverzüglichen Abzug aller amerikanischen Nuklearwaffen von britischem Boden fordern. Es ist anzunehmen, daß diese Kräfte den liberalen Parteichef David Steel, der in dieser Frage mehr dem Standpunkt Owens zuneigt, überstimmen werden.

Anlaß zu permanenten Spannungen zwischen beiden Parteien wird in den nächsten drei Jahren auch die Frage der Aufstellung von gemeinsamen Kandidaten für die kommenden Unterhauswahlen bieten. Dieses Problem hatte bereits vor der letzten Wahl an der Basis beider Parteien teilweise offene Feindseligkeiten ausgelöst.

Parteichef Steel, der sich vor einem Jahr mit Rücktrittsabsichten trug, wird aus den eigenen Reihen Kritik zu hören bekommen, daß er sich als der eindeutig stärkere Partner der Allianz von Owen zu sehr in die Rolle eines Juniorpartners drängen ließ. Dennoch ist seine Führungsposition unbestritten, nicht zuletzt deshalb, weil weit und breit kein ernsthafter Konkurrent in Sicht ist.

Wahlreform vergessen?

Über diesen internen Querelen ist in den vergangenen zwölf Monaten erstaunlicherweise jenes Thema unter den Tisch gefallen, das die Allianz nach den letzten Wahlen zum Gegenstand einer aggressiven landesweiten Kampagne machen wollte: das der Wahlreform. Auch das hat etwas mit der dominierenden Rolle David Owens in der Allianz zu tun. Owen ist der Meinung, daß dies nur eine Vergeudung politischer Energien ist.

Er hat eingesehen, daß eine Abschaffung des Mehrheitswahlrechts, das die Allianz so sehr benachteiligt, gegen den Willen der Konservativen und der Labour Party, die die großen Nutznießer dieses Wahlsystems sind, nicht zu erreichen ist. Owen setzt statt dessen darauf, daß keine Partei bei der nächsten Wahl eine ausreichende Mehrheit zur Bildung einer Regierung erhalten wird, daß die Allianz das Zünglein an der Waage sein wird und daß sie aus dieser Position heraus als Preis für eine Koalitionszusage eine Wahlreform oder doch zumindest ein Referendum über eine Änderung des britischen Wahlsystems durchsetzen kann.

Belgien genehmigt Verkauf an UdSSR

rtr, Brüssel

Die belgische Regierung hat den Verkauf computergesteuerter Werkzeugmaschinen an die Sowjetunion genehmigt, der zunächst aus sicherheitspolitischen Bedenken untersagt worden war. Wie Außenminister Leo Tindemans mitteilte, sei den Ministern erklärt worden, die Maschinen enthielten keine in Belgien hergestellten militär-strategisch bedeutsamen Teile. Die USA hatten Belgien gedrängt, das Geschäft nicht zu genehmigen, da die Maschinen eingesetzt werden könnten, um Teile für die Startrampen von SS-20-Mittelstreckenraketen zu bauen. Der Verkauf sei gestattet worden, sagte Tindemans, nachdem Wirtschaftsminister Mark Eyskens erklärt habe, die einzig strategisch bedeutsamen Teile seien Computerteile, die in der Bundesrepublik Deutschland hergestellt würden. Diese benötigten eine eigene Export-Genehmigung der deutschen Bundesregierung.

Polnische Kritik an Ausweisungsplänen

AP, Warschau

Drei unabhängige katholische Abgeordnete des polnischen Parlaments haben öffentlich Kritik an Plänen der Regierung geübt, die Ausweisung von politischen Gegner gesetzlich zu verankern. Mit der Enthüllung dieses Vorhabens habe Regierungssprecher Jerzy Urban dazu beigetragen, das Ansehen Polens in der Welt zu schmälern, hieß es in einer Erklärung der Abgeordneten Janusz Zablocki, Edmund Osmanczyk und Ryszard Raiff. Urban sei an die Öffentlichkeit getreten, ohne vorher das Parlament zu konsultieren.

Marokko: Zuwachs für Sozialisten

AFP, Rabat

Bei den Parlamentswahlen in Marokko hat die „Sozialistische Union der Volkskräfte" (USFP) deutlichen Zuwachs verzeichnet und wurde mit 34 Mandaten drittstärkste Fraktion. Wahlsieger ist mit 55 Sitzen die zentristische „Verfassungsunion" (UC), während die traditionellen Parteien Einbußen verzeichneten. Da keine der acht künftig im Parlament vertretenen Parteien eine Mehrheit der 199 Mandate erringen konnte, wird in Marokko mit einer Koalition nach dem Muster des im Dezember gebildeten Kabinetts gerechnet, in das die USFP eingeschlossen war.

Umworbene Sparer

lf – In den USA erfreuen sich Geldmarktfonds zunehmender Beliebtheit. Mitte der 70er Jahre aus der Taufe gehoben, verwalten diese Fonds ein Vermögen von 180 Milliarden Mark. Der Erfolg kommt nicht von ungefähr: Bieten diese Fonds doch eine Rendite von fast elf Prozent.

Deutsche Banken zeigten dieser Anlageform bislang die kalte Schulter. Aus gutem Grund: Geldmarktfonds würden auf Kosten der Einlagen gehen und damit den Kreditgrundsätzen entsprechend die Möglichkeiten der Kreditvergabe einschränken. Die verschiedenen Formen der Sparkassen- und Sparbriefe mit Zinsansammlung oder jährlicher Auszahlung oder mit Koppelung des Zinses an den Rentenmarkt, zeigen die Härte des Wettbewerbs um die Spargelder und bieten dem Anleger hinreichende Möglichkeiten. Die Banken konnten sich darauf berufen, daß keine Nachfrage nach Fonds bestand.

Die USA jedenfalls können nicht als Beispiel gelten. Denn erst die Zinsfestschreibung bei 5,5 Prozent für Sparkonten öffnete den Geldmarktfonds eine Marktlücke. Neben der hohen Rendite bieten sie die Möglichkeit, mit Scheck oder Kreditkarte über die Anlage wie über ein Giroguthaben zu verfügen.

Dies ist zwar bei den jetzt von einer Schweizer Großbank lancierten Geldmarktfonds nicht der Fall. Immerhin könnten sie aber den Kampf um die Spargelder verschärfen. Das deutsche Kreditgewerbe hat in der Vergangenheit im Wettbewerb um die Spargelder aber genug Phantasie gezeigt, daß es die Schweizer Konkurrenz nicht fürchten muß.

Prost

sg. – Die deutschen Landwirte konnten bisher immer darauf bauen, daß Bonn ihnen im Falle eines Falles schon mit einigen Milliarden beistehen werde. Nun hoffen auch die Winzer auf die Regierung. Ihre Wünsche sind überdies bescheiden, jedenfalls nicht kassenwirksam. *Sie möchten auch künftig* Rübenzucker in ihren Wein tun dürfen, so verlangen sie, und nicht Traubenmost, wie die EG-Kommission es von 1989 an vorschreiben will. Bonn, so heißt es in Brüssel, halte das Zuckerverbot denn auch für eine ungerechtfertigte Belastung der Deutschen Winzer, die jährlich nicht einmal einen Anteil von zehn Prozent an den in der EG erzeugten 165 Millionen Hektolitern Wein hätten. Der aus südlichen Anbaugebieten stammende Traubenmost sei erheblich teurer als Rübenzucker und müsse auch den Wein verteuern. Überdies stehe zu befürchten, daß Traubenmost den Weingeschmack verändere, wohingegen Zucker ihn nur versüße. Ja, wenn das so ist, dann muß man Bonn und den Winzern doch Erfolg wünschen. Oder? Na, denn Prost.

WELTBANK-JAHRESBERICHT / Positive Signale in Lateinamerika

„Alle Anstrengungen unternommen, um die Rezession zu beenden“

HORST-A. SIEBERT, **Washington**

Die Weltbank hat besondere Anstrengungen unternommen, um die Auswirkungen der Schuldenkrise in Lateinamerika zu mildern und den Erholungsprozeß in Gang zu bringen. Zusammen mit der verbesserten Weltkonjunktur und den Anpassungsprogrammen des Internationalen Währungsfonds scheint der Durchbruch gelungen: Die meisten Volkswirtschaften der Region bewegen sich wieder nach vorn.

Im Geschäftsjahr 1984, das am 30. Juni endete, hat die Weltbank elf lateinamerikanischen Ländern Darlehen über drei Mrd. Dollar (rund neun Mrd. Mark) zugesagt. Das war ein Viertel der Neuausleihungen in Höhe von insgesamt 11,9 Mrd. Dollar. Die dicksten Brocken erhielten Brasilien mit 1604, Mexiko mit 576 und Kolumbien mit 464 Mill. Dollar. Die sofort wirkende Hilfe bestand darin, daß die Weltbank die Auszahlungen an die Kreditnehmer der Region gegenüber dem Vorjahr um 41 Prozent auf 2,95 Mrd. Dollar steigerte.

Die volkswirtschaftlichen Verluste, die Zentral- und Südamerika sowie die Karibik während der dreijährigen Stagnation und Rezession erlitten haben, sind dennoch nur schwer aufzuholen. Nach Angaben der Weltbank sind die Bruttoinlandsprodukte pro Kopf 1983 auf das Niveau von 1976 gesunken. Am stärksten waren die Einbußen in Peru (14,3), Bolivien (8,7), Brasilien (7,1), Ecuador und Uruguay (jeweils 6,3) und Mexiko (4,7 Prozent). In einigen Staaten sank das Brutto-Nationaleinkommen pro Kopf noch stärker als die Produktionsleistung.

[N]ach den Prognosen des Weltbank-Stabes wird es bis zum Ende dieser Dekade dauern, bis die Mehrheit der lateinamerikanischen Länder das zwischen 1978 und 1980 erreichte kräftige Wachstumstempo fortsetzen kann. Auf Jahre hinaus wirkt der Schuldendienst, der einen großen Teil des Sozialprodukts absorbiert, als Bremse. Es wird zwar Wirtschaftswachstum geben, aber nur in bescheidenem Umfang. Inflation und Arbeitslosigkeit bleiben insgesamt hoch.

Die meisten ermutigenden Zeichen findet die Weltbank in Mexiko, wo sich Leistungsbilanz und Finanzlage stark verbessert haben. Ähnlich fallen die Noten für Brasilien aus, das außerdem für seine Industriegüter neue Märkte in Südkorea, in der Karibik und sogar Australien erschlossen hat. Hilfe leistete die Weltbank bei der Verbreiterung seiner Exportbasis. Mehr Beschäftigung erfordert indes mehr Wachstum, was nur schwer zu erreichen sein wird. Argentinien bleibt das Sorgenkind, obwohl außenwirtschaftlich ebenfalls Fortschritte erzielt worden sind.

Mitgezogen vom neubelebten Welthandel – 1983 betrug das mengenmäßige Plus 8,5 Prozent – wurden die lateinamerikanischen Staaten, die eine realistische Wechselkurspolitik betrieben haben, das heißt, ihre Währungen abwerteten. Vom Ausfuhrzuwachs gingen etwa 80 Prozent in die USA als Folge des überbewerteten Dollars. Höhere Getreidepreise schafften einen Ausgleich für den Verfall der Metall- und Zuckerpreise. Mexiko steigerte den Export von Mineralölprodukten, Chile von Obst und Gemüse.

Die Weltbank zählt jetzt 146 Mitglieder. Gegenüber 1983 erhöhte sie ihre Darlehenszusagen um 7,3 Prozent. Nach Ost- und Westafrika flossen 1,19 und 1,18, in den pazifischen Raum 3,3, nach Südasien 3,7 und in die Mittelmeerländer 3,13 Mrd. Dollar. Ausgeweitet wurden Kredite für Anpassungs- sowie Agrar- und Energieprogramme, ein größeres Gewicht erhielt die Kofinanzierung. Die Tochtergesellschaft International Development Association (Ida), die den ärmsten Mitgliedern zinslose Darlehen gewährt, teilte 3,6 Mrd. Dollar (plus sieben Prozent) zu. Gescheitert ist der Appell an die Industriestaaten, in der 7. Wiederauffüllungsperiode die verfügbaren Mittel durch freiwillige Leistungen von neun auf zwölf Mrd. Dollar aufzustocken.

Die auf Privatprojekte spezialisierte International Finance Corp., die zweite Weltbank-Tochter, beteiligte sich mit 696 Mill. Dollar an 62 Investitionsvorhaben. Über die Geschäftsergebnisse der Weltbank hat die WELT schon am 24. Juli ausführlich berichtet.

US-AKTIENMÄRKTE

Nur ein Streik bei „GM“ kann die Kauflust stoppen

H.-A. SIEBERT, **Washington**

Auf jedes kleine Zeichen, das auf eine Verlangsamung des immer noch flotten Wirtschaftsbooms hindeutet, reagieren die US-Aktienmärkte mit steilen Kurssprüngen. So war es auch in der vergangenen Woche, als der populäre Dow-Jones-Industrie-Index um 30 Punkte in die Höhe schoß. Mehr als ausgelöscht wurde der Vorwochenverlust von 17 Punkten. Das Verhalten der Börsianer ist verständlich; denn bei einer konjunkturellen Überhitzung drohen neue Inflationsschübe, die nur durch eine restriktivere Geldpolitik in Schach gehalten werden können. Weniger Zinsfurcht schürt also die Kauflust.

Schon bisher signalisierte eine Fülle von Indikatoren in den USA eine Abschwächung des Wachstumstempos auf ein normaleres und damit dauerhafteres Niveau. Sie sind nun bestätigt worden. Im August sanken die wegweisenden Einzelhandelsumsätze diesmal um 0,8 Prozent, verglichen mit sogar zwei Prozent (nach oben revidiert) im Juli. Obwohl das Minus zu einem großen Teil auf Einbrüche im Autoverkauf zurückzuführen ist, spricht vieles dafür, daß der riesige Nachholbedarf nach zwei Rezessionen gedeckt ist und die Zinsbremsen zu fassen beginnen.

Daß sich in Amerika die Aufschwungkurve stärker abflacht, unterstreicht folgerichtig die ebenfalls im August nur noch um 0,2 Prozent gestiegene Industrieproduktion – nach jeweils kräftigen 0,9 Prozent in den beiden Vormonaten. Der Abwärtstrend zeichnete sich schon vorher an den gebremsten Ordereingängen, Rüstungsgüter herausgerechnet, ab. Verlangsamt haben sich überdies die Aktivitäten im Wohnungsbau. Beeindruckt war die Börse auch von dem ersten Rutsch der Herstellerpreise seit neun Monaten. Mit minus 0,1 Prozent ist damit der alte Großhandelsindex von Januar bis August nur um 2,4 Prozent gestiegen. Wieder stark verbilligt hat sich Benzin.

An welchem Punkt des Konjunkturzyklus sich die US-Wirtschaft befindet, wird sich in den kommenden Monaten zeigen. Eine Rezession steht im nächsten Halbjahr jedoch auf keinen Fall ins Haus. Auf längere Sicht mehren sich allerdings die Bedenken. So hat der Präsident der Federal Reserve Bank in New York, Anthony Solomon, jetzt massiv vor dem Kreditwachstum, den Kapitalabflüssen aus anderen Teilen der Welt in Richtung USA, den negativen Faktoren des überbewerteten Dollars und Washingtons riesigen Haushaltsdefiziten gewarnt. Der zweite Mann im Federal Reserve System fordert rasche Korrekturen.

Die Märkte hören diese und andere Rufe nicht; die Stimmung bleibt – auch bei Renten – euphorisch. Das ändert sich nur, wenn General Motors ernsthaft bestreikt wird. Über die Woche erholte sich der „Dow“ um 30,14 (Freitag: 9,27) auf 1237,52, der breitere Nyse-Index um 2,36 (0,57) auf 97,05 Punkte.

Das Leiden der Seehäfen

Von HANS-JÜRGEN MAHNKE

Seit Jahren klagen die deutschen Seehäfen über Wettbewerbsverzerrungen zu ihren Lasten. Dabei spielt eine erhebliche Rolle, daß der Hinterlandverkehr, also der Zu- und Ablauf nach Hamburg oder Bremen, erheblich teurer ist als zu den Rheinmündungshäfen. Der Grund: Für die Tarifbildung im grenzüberschreitenden Verkehr gelten flexiblere und freizügigere Vorschriften als im Inland. Der deutsche Ordnungsrahmen mit seinen staatlichen Reglementierungen sowohl für Kapazitäten als auch für Preise hat sich bisher, jedenfalls so wie er ausgefüllt wurde, als zu starr erwiesen, hat die natürlichen Standortnachteile der deutschen Häfen noch verschärft.

Wenn der Straßentransport eines 40-Fuß-Containers von Stuttgart nach Bremen mindestens 1524 und nach Hamburg 1723 Mark kostet, nach dem deutsch-belgischen Straßengütertarif nach Antwerpen nur 1445, tatsächlich solche Frachten für 1150 Mark angeboten werden, dann muß es zu Verlagerungen der Verkehrsströme kommen. Heute nun wollen die zuständigen Minister und Senatoren der vier Küstenländer sowie Vertreter der Bundestagsfraktionen in einem Gespräch bei Bundesverkehrsminister Werner Dollinger in Bonn den Boden für eine politische Lösung vorbereiten.

Das wird nicht leicht. Denn noch dominiert das Motto: Wasch mich, aber mach mich nicht naß. So fordern die Seehäfen für den Hinterlandbereich zwar eine Gleichstellung mit dem grenzüberschreitenden Verkehr, möchten jedoch den verkehrspolitischen Ordnungsrahmen retten. Das Straßengüterverkehrsgewerbe glaubt, daß durch eine Teil-Liberalisierung der Seehafenverkehre letztlich die Marktordnung aus den Angeln gehoben würde. Weitergehende Tarifzugeständnisse als jene, die es präsentiert hat, seien nicht verkraftbar. Noch schwärzer malt die Binnenschiffahrt ihre Zukunft, wenn nur das Wort Tarifsenkung fällt.

Bei der Abwägung der Interessen von Verladern, Seehäfen und Transportunternehmen haben sich auf der Bonner Bühne bisher meist die Verkehrspolitiker durchgesetzt. So kann es jetzt nicht bleiben, wenn die Politiker ihr Bekenntnis zur Küste ernst nehmen.

Ein Arbeitskreis im Verkehrsministerium hat bereits vor Monaten vorgeschlagen, die Tarifmargen des grenzüberschreitenden Straßenverkehrs von plus/minus 15 Prozent in die nationalen Tarife, wo nur 8,5 Prozent zulässig sind, zu übernehmen. Überdies sollte der Abschluß von Sondervereinbarungen im Straßengüterverkehr und in der Binnenschiffahrt zugelassen werden. Für dieses freie Aushandeln der Preise, wogegen das Gewerbe und die Binnenschiffer Sturm laufen, wären Gesetzesänderungen notwendig. Die Bundesbahn wurde bereits für zunächst ein Jahr von der Einzeltarifgenehmigungspflicht freigestellt. Gravierend auswirken kann sich dieses aber erst dann, wenn auch die Wettbewerber mit den Preisen reagieren.

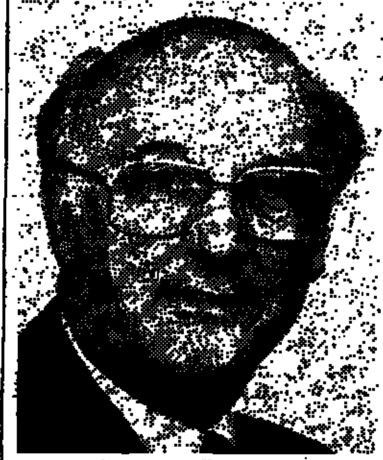
Der Verkehrsminister hat zunächst das Gewerbe zu Vorschlägen ermuntert, um so um Gesetzesänderungen herumzukommen. Die Zugeständnisse des Gewerbes werden zwar als beachtlich bezeichnet, aber auch nicht als ausreichend. Gleichwohl gelten die Maximalforderungen der Seehäfen als gegenwärtig nicht realisierbar.

Hinausschieben läßt sich das Problem nicht mehr. Es muß ein Kompromiß gefunden werden. Wenn dem Gewerbe und der Binnenschiffahrt weitere Zugeständnisse abgerungen werden, dann ist allenfalls etwas Zeit gewonnen. Über kurz oder lang muß diese Frage auch einmal grundsätzlich angegangen werden.

Schwierigkeiten gibt es nicht nur bei den Seehäfen, wo sich die Lage zugespitzt hat, sondern überall dort, wo grenzüberschreitende Verkehre im Wettbewerb zu nationalen stehen. Dieses hat zur Folge, daß bei Gütern, bei denen die Transportkosten für die Preisbildung eine erhebliche Rolle spielen, ein deutscher Abnehmer möglicherweise jenseits der Grenze billiger kauft als hier, obwohl dort nicht günstiger produziert wird.

Daher wird seit langem die Ansicht vertreten, daß der Ordnungsrahmen im Verkehr von der EG her in Frage gestellt wird, weil die Verhältnisse auf Dauer gesamtwirtschaftlich nicht hinnehmbar sind. Wenn in der EG die Bedingungen von den Steuern bis hin zu den Maßen und Gewichten harmonisiert wären, ginge alles leichter. Aber darauf können die Seehäfen schon jetzt nicht mehr warten.

AUF EIN WORT



„Bei immer ähnlicheren Produkten entscheidet sich der Wettbewerb heute nicht erst auf dem Markt, sondern bereits im Vorfeld, bei der Auswahl der besseren Führungskräfte. So gesehen wird die wettbewerbsüberlegene Personalpolitik zum zukunftsentscheidenden Wettbewerbsinstrument.“

Hanns Schulz, Unternehmensberater, Hamburg. FOTO: DIE WELT

Schneider: Weiter genug Bauaufgaben

AP, **Berlin**

Die Bauwirtschaft in der Bundesrepublik muß nach Ansicht von Bundesbauminister Oscar Schneider in den kommenden Jahren „erhebliche Strukturveränderungen“ bewältigen. Anlaß für einen „überzogenen Pessimismus“ gebe es jedoch nicht, sagte Schneider anläßlich seines Besuches auf der Baumesse „bautec 84“. Es sei falsch anzunehmen, daß die Bauleistungen zwangsläufig zurückgehen müßten. Nach wie vor gebe es genug Bauaufgaben, zum Beispiel in den Bereichen Stadterneuerung, Wohnungsmodernisierung und Wohnumfeldverbesserung. Daneben erwarte er mittelfristig den Neubau von „mindestens“ 300 000 Wohnungseinheiten jährlich.

EUROPÄISCHES WÄHRUNGSSYSTEM

Finanzminister beschlossen einen neuen Währungskorb

dpa, **Dromoland**

Die Finanzminister der Europäischen Gemeinschaft und die Gouverneure der zehn Notenbanken haben am Wochenende hinter Schloßmauern in Dromoland (Westirland) über die Stärkung des europäischen Währungssystems EWS beraten. Für die Bundesrepublik nahmen Finanzminister Gerhard Stoltenberg, Staatssekretär Hans Tietmeyer sowie Bundesbankpräsident Karl-Otto Pöhl an der Konferenz teil.

Der Gastgeber, Irlands Finanzminister Allan Dukes, hat seine Kollegen an diesen *traditionsreichen Ort* gerufen, um mit ihnen die europäische Position bei den bevorstehenden Verhandlungen des Internationalen Währungsfonds in Washington abzuklären. „Ich glaube nicht, daß wir in unseren internen Beratungen schon so weit sind“, sagte Belgiens Finanzminister Willy de Clerq.

Die Minister stimmten einem Vorschlag ihres Wirtschafts- und Währungsausschusses zu, den „Währungskorb“ zur Berechnung des europäischen Kunstgeldes ECU neu zusammenzustellen. Sie wollen mit dieser Entscheidung den wirtschaftlichen Gegebenheiten der Länder Rechnung tragen, weil seit der letzten Aufteilung der Anteile im ECU-Währungskorb fast neun Jahre vergangen sind. Sie beschlossen, den Anteil der Mark und des niederländischen Gulden im ECU-„Währungskorb“ geringer zu halten, *dafür aber die Anteile* der Länder mit schwachen Währungen wie der französische Franc und die italienische Lira höher zu bewerten. Zum ersten Mal ist auch die griechische Drachme Bestandteil des ECU-„Währungskorbes“.

EUROPÄISCHE GEMEINSCHAFT

Außenminister wollen auch über Stahleinfuhren reden

dpa, **Brüssel**

Die EG-Kommission will sich heute bei einer Ratssitzung der Außenminister für eine Lockerung der gegenüber 15 Drittländern bestehenden Einfuhrbeschränkungen bei Stahlerzeugnissen aussprechen. Nach Angaben aus der Brüsseler Behörde plädiert sie für eine „leichte Anhebung“ der Liefermengen im Vergleich zu 1983. Einen genauen Prozentsatz hat die Kommission aber noch nicht genannt.

Zur Begründung hieß es, den internationalen Verpflichtungen entsprechend müsse die EG die Drittländer an der Besserung der internen Stahlnachfrage teilhaben lassen. Im vergangenen Jahr waren die Liefermöglichkeiten der 15 Drittländer im Vergleich zum Referenzjahr 1980 um 12,5 Prozent gekürzt worden, was dem Status quo gegenüber 1982 entsprach.

Die 15 Länder, deren Stahlausfuhren nach der EG seit 1978 bilateralen Selbstbeschränkungsabkommen unterliegen, sind Spanien, Australien, Südkorea, Japan, Brasilien (nur Roheisen), Südafrika, Österreich, CSSR, Polen, Ungarn, Rumänien, Bulgarien, Schweden, Norwegen und Finnland. Die in den Abkommen enthaltenen Liefermengen werden von der Kommission jedes Jahr auf der Basis eines Verhandlungsmandats des Ministerrats neu festgesetzt.

Nach Angaben der Kommission deuten die bisher vorliegenden statistischen Zahlen darauf hin, daß keines der Lieferländer die für das laufende Jahr vereinbarten Mengen überschreiten wird. Im vergangenen Jahr hatte Spanien als einziges Abkommensland sein Kontingent erheblich überzogen.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

China verärgert über neue US-Bestimmungen

Peking (AFP) – China hat die neuen Einfuhrbeschränkungen der Vereinigten Staaten für Textilien scharf mißbilligt und „angemessenen Ausgleich“ für der chinesischen Wirtschaft dadurch entstehende Verluste gefordert. Wie die Nachrichtenagentur Neues China meldet, hat das chinesische Außenministerium dem amerikanischen Botschafter in Peking mitgeteilt, daß die neuen Bestimmungen gegen die chinesisch-amerikanischen Textilabkommen verstießen und negative Auswirkungen auf den gesamten Handelsaustausch zwischen den beiden Ländern haben könnten. Durch die neuen Vorschriften kann der amerikanische Zoll die Herkunftsländer von Textilien kontrollieren und den Import von Kleidungsstücken verbieten, die in Drittländern genäht oder fertiggestellt worden sind.

Initiative begrüßt

Bielefeld (rtr) – Zur Verstetigung der Investitionstätigkeit muß nach Ansicht von Bundeswirtschaftsminister Martin Bangemann die Verwendung von Investitionskapital steuerlich erleichtert werden. Neue Wege zur Finanzierung von Unternehmen müßten aber auch aus dem privaten Bereich kommen. Bangemann begrüßte dabei ausdrücklich die Initiative der Versicherungswirtschaft, in größerem Umfang Risiko-Kapital für junge Unternehmen zur Verfügung zu stellen.

Polen-Umschuldung

Paris (rtr) – Die Umschuldungsgespräche zwischen Polen und Vertretern der westlichen Gläubigerstaaten sind am Freitag abend in Paris vorläufig zu Ende gegangen und sollen in der zweiten Oktoberhälfte wieder aufgenommen werden. Über den Ausgang der Gespräche wurde offiziell nichts mitgeteilt, es hieß jedoch, den Vertretern der im Pariser Club zusammengeschlossenen Länder habe ein Bericht über die wirtschaftliche Lage Polens in diesem Jahr und die Prognose für das nächste Jahr vorgelegen. Es sei vorwiegend darum gegangen, sich über die Fakten zu verständigen und so die Grundlage für die eigentlichen Umschuldungsverhandlungen im Laufe des Jahres zu schaffen.

Gespräche über Energie

Bonn (rtr) – Von heute bis zum 21. September wird in München die deutsch-sowjetische Fachgruppe Energie, eine Untergruppe der deutsch-sowjetischen Wirtschaftskommission, tagen. Nach Angaben des Bundeswirtschaftsministeriums wird sich die Fachgruppe um eine Intensivierung der Zusammenarbeit bemühen. Die Gespräche sollen sich auch auf das Thema „Energie und Umwelt“ konzentrieren, wobei Möglichkeiten der Reduzierung von Schadstoffemissionen besonders bei Kraftwerken diskutiert werden.

Titanproduktion wächst

München (dpa/VWD) – Die Produktion des insbesondere zur Härtung anderer Metalle verwendeten Titan ist in den vergangenen 30 Jahren stetig auf derzeit etwa 120 000 Tonnen jährlich angewachsen. Sie werde sich auch künftig weiter ausweiten, erklärte Professor Gerd Lütjering zum Abschluß der 5. Internationalen Titan-Konferenz in München. Das Material wird in Europa überwiegend in der Luftfahrt- und Chemieindustrie verarbeitet.

Weg der Kurse

	14.9.84	7.9.84
Boeing	55,875	53,50
Chrysler	31,625	29,25
Citicorp	38	34,625
Coca-Cola	62,625	61,75
Exxon	44,75	43,50
Ford Motors	45,375	43,125
IBM	126,75	121,625
PanAm	4,75	4,875
US Steel	25	24,50
Woolworth	37,50	36,75

TEXTILINDUSTRIE

Der Auftragseingang zeigt deutliche Zuwachsraten

dpa, **Frankfurt**

Die deutsche Textilindustrie verzeichnete im Juli wieder deutliche Zuwachsraten. Nach dem neuesten Lagebericht von Gesamttextil war der Auftragseingang im Juli 1984 dem Wert nach um sechs, der Menge nach um drei Prozent höher als ein Jahr zuvor.

Der Bestelleingang in den ersten sieben Monaten 1984 lag damit um sechs Prozent über Vorjahresniveau; bei um vier Prozent gestiegenen Erzeugerpreisen entspricht dies einer realen Zunahme um zwei Prozent. Der Auftragszuwachs aus dem Ausland war dabei mit 15 Prozent deutlich stärker als im Inlandsgeschäft (drei Prozent). Die Inlandsschwäche führt der Verband vor allem auf den im Textileinzelhandel eingetretenen Absatzrückgang (real minus ein Prozent) zurück.

Die Textilproduktion ist im Sieben-Monats-Vergleich um 5,5 Prozent gestiegen. Im Textilaußenhandel zeigte der Export Zunahmen um 17 Prozent auf 13,2 Milliarden DM in den ersten sieben Monaten. In der gleichen Zeit stiegen aber auch die Importe um 17 Prozent auf 18,5 Milliarden DM.

Im Textilhandel mit der „DDR“ sind die Lieferungen der Bundesrepublik im 1. Halbjahr 1984 um knapp zwölf Prozent auf 120 Millionen DM gestiegen. Noch stärker war mit 16 Prozent auf 247 Millionen DM die Zunahme der Bezüge aus der „DDR“. Bei Bekleidung wuchsen die Bezüge aus der „DDR“ um elf Prozent auf 231 Millionen DM, während die Lieferungen der Bundesrepublik mit zehn Millionen DM trotz einer Zunahme von 56 Prozent noch bescheiden sind.

SCHULDENKONFERENZ / Gläubiger zu politischem Dialog aufgefordert

Südamerika will „realistische Zinsen“

W. THOMAS, **Mar del Plata**

Die lateinamerikanische Schuldnerkonferenz in dem argentinischen Badeort Mar del Plata ist am vergangenen Wochenende mit einer Einladung an die westlichen Industrienationen zu einem „politischen Dialog“ zu Ende gegangen. Der Meinungsaustausch soll wahrscheinlich in der ersten Hälfte des kommenden Jahres an einem noch nicht bekannten Ort stattfinden. Die Länder verbanden ihre Forderung mit der Warnung vor einer Zerrüttung des internationalen Finanzsystems, die unvermeidbar sei, wenn es keine Lösung des Schuldenproblems gebe.

In der zehn Punkte umfassenden „Erklärung von Mar del Plata“ wurde weiter die Sorge darüber geäußert, daß die Schuldenkrise den bisherigen Dringlichkeitscharakter verloren habe, obgleich die Situation nach wie vor „ernst“ sei. Die Tagungsteilnehmer kritisierten die „protektionistischen Tendenzen“ und die „politischen Restriktionen auf den Gebieten des Handels und der Finanzen“ der westlichen Industrienationen. Sie wünschen von diesen Staaten „realistische Zinsen“.

Die Konferenz, an der die Außen- und Finanzminister der elf Cartagena-Länder teilnahmen, ist in einer konzilianten Atmosphäre verlaufen. Die Stimmung war besser als Ende Juni, als sich dieselbe Gruppe zum ersten Mal in der kolumbianischen Hafenstadt Cartagena getroffen hatte, um ihre Probleme – sie schulden insgesamt 330 Millionen Dollar – zu erörtern.

Selbst die argentinischen Gastgeber, die sich in der schlimmsten Lage befinden, weil sie nach wie vor keine Einigung mit dem Internationalen Währungsfonds (IWF) über ein Stabilisierungsprogramm erzielen konnten, fordern heute kein Schuldnerkartell mehr, schon gar nicht einseitige Moratorien.

Das gerade erzielte Umschuldungsabkommen Mexikos, das mehr als die Hälfte der Verbindlichkeiten erfaßt und ähnliche Aussichten für Brasilien, den größten Schulder Lateinamerikas, haben das Krisenklima entschärft. Wenn die Argentinier (45 Milliarden Dollar Schulden) bald ihre Probleme lösen, ist die Situation vorerst unter Kontrolle.

Die Cartagena-Gruppe trifft sich Anfang nächsten Jahres wieder in der Dominikanischen Repubik. Wenn es zu dem Dialog mit den Industrienationen kommt, wird dieses Thema im Mittelpunkt der Gespräche stehen. Die elf Länder wollen jetzt ihr Zehn-Punkte-Programm den Jahrestagungen des Währungsfonds und der Weltbank vorlegen, die am Donnerstag dieser Woche (20. September) in Washington beginnen. (SAD)

FRANKREICH

Fortschritt bei Sanierung

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Die im Rahmen des *französischen* Austerity-Plans eingeleitete Sanierung der gesetzlichen Sozialversicherung (Krankheit, Familienzulagen, Altersrenten) hat bisher bessere Ergebnisse gebracht als erwartet worden war. Nachdem bereits im letztem Jahr der bis dahin stark defizitäre Haushalt der „Securité Sociale" ausgeglichen werden konnte, ist nach neuesten Schätzungen des Sozialministeriums für dieses Jahr ein Überschuß von 18 bis 20 Mrd. Franc zu erwarten gegenüber geplanten 13,1 Mrd. Franc.

Diese positive Entwicklung ist vor allem der für 1983 und 1984 zu Gunsten der „Securité Sociale" erhobenen Sonderabgabe von einem Prozent auf alle steuerpflichtigen Einkommen zu verdanken. Andererseits waren verschiedene Sparmaßnahmen ergriffen worden. So wurden insbesondere die Investitionen der Krankenhäuser begrenzt. Außerdem wurde eine pauschale Selbstbeteiligung der Patienten an der Krankenhausverpflegung eingeführt.

Trotzdem hatte die Regierung den Ausgabenetat der Krankenversiche*rung für 1984 um 11,9 Prozent erhöht*, was einem realen Zuwachs von etwa vier Prozent entspricht, während er im letzten Jahr nur zwei Prozent erreichte. Durch diese Überbewertung sollte offensichtlich die Verlängerung der Sonderabgabe um ein weiteres Jahr gerechtfertigt werden.

In den letzten Monaten war jedenfalls der Krankheitspegel verhältnismäßig niedrig gewesen. Gleichwohl nimmt man an, daß dank der bisherigen Überschüsse die „Securité Sociale" jedenfalls im kommenden Jahr noch nicht wieder in die roten Zahlen gerät, obwohl die Sonderabgabe für Ende 1984 abgeschafft wird. Der frühere Sozialminister Beregovoy kann mit seiner Sanierungsaktion insoweit zufrieden sein.

In seinem neuen Amt als Wirtschafts- und Finanzminister hat er es schwieriger. Der von ihm vorgelegte Haushalt für 1985 schließt mit dem Defizit von 139 Mrd. Franc ab gegenüber 126 Mrd. Franc in 1984. Die Differenz entspricht in etwa dem Zuwachs des Schuldendienstes, der um 20 Prozent auf 84 Mrd. Franc steigt und damit nicht weniger als 9,8 Prozent der gesamten Staatseinnahmen beansprucht, gegenüber 5,2 Prozent in 1980.

CONRAD SCHOLTZ / Mit neuen Programm-Schwerpunkten wird auf nachhaltige Ertragsstärkung gesetzt

Das Konzept greift schon im laufenden Jahr

JAN BRECH, Hamburg

Die Conrad Scholtz AG, Hamburg, *Spezialist für Fördergurte- und Systeme*, hat die Flucht nach vorn ergriffen. Nachdem jahrelang Risiken vor allem im Ausland mit dem Mantel der Nächstenliebe zugedeckt worden sind und eine Unternehmensstruktur vorgehalten worden ist, die den Anforderungen des Marktes nicht entsprach, ist Mitte vergangenen Jahres eine radikale Wende eingeleitet worden. An der Wendemarke über Bord gegangen ist dabei das für den Vertrieb zuständige Vorstandsmitglied Richard Preußer, der per Ende Oktober 1984 endgültig aus dem Unternehmen ausscheidet.

Die Realisation des neuen Konzepts ruht auf den Schultern des verbliebenen und seit Oktober 1983 alleinvertretungsberechtigten Vorstandsmitglieds Thomas Müller. Unterstützung erhält er von dem Aufsichtsratsmitglied Rainer Bartram, der in früheren Jahren die Hamburger Unternehmensgruppe Jungheinrich leitete und noch immer die zahlreichen industriellen Interessen der Familie Jungheinrich vertritt.

Die Weichenstellungen sind, so betont Müller, inzwischen vollzogen *und das Ziel in greifbare Nähe* gerückt, ab 1985 wieder als nachhaltig ertragsstarkes Unternehmen am Markt zu operieren. Den Hebel hat Scholtz dabei in drei Bereichen angesetzt. Erstens sind eklatante Schwächen in der Vertriebsorganisation ausgemerzt worden. Zum anderen setzte Scholtz neue Schwerpunkte im Programm. In der Sparte textile Gurte wird sich Scholtz nur noch auf Spezialtypen konzentrieren.

Neu strukturiert wurden ferner die Aktivitäten in der Sparte Flexowell-Technik. Die jeweilig zwei am Markt befindlichen Gesellschaften sind unter einer Führung zusammengefaßt worden. In der erfolgversprechenden Sparte Senkrechtfördersysteme verzichtet Scholtz künftig auf den Anlagenbau in eigener Regie. Schließlich hat Scholtz den Fixkostenblock drastisch abgebaut. Das betrifft vor allem den Personalbereich.

Allein in der AG wird der Bestand, der im Herbst 1983 noch 607 Mitarbeiter erreichte, bis Mitte 1985 auf weniger als 350 abgeschmolzen, in der Gruppe von 700 auf weniger als 600 Mann. Der Aufwand für diese perso*nellen Maßnahmen, die Müller mit* 5 bis 6 Mill. DM angibt, ist eine der Einflußgrößen, die den Abschluß der Conrad Scholtz AG für das Jahr 1983 maßgeblich bestimmen. Zwischen dem Zahlenwerk von 1982 und dem des Berichtsjahres liegen Welten. Hatte Scholtz für 1982 bei einem Umsatz von 131 Mill. DM noch 1,04 Mill. DM Gewinn ausgewiesen und davon 10 Prozent Dividende gezahlt, schließt das Rechenwerk für 1983 bei 125 Mill. DM Umsatz mit einem Verlust von 9,9 Mill. DM. Er wird durch die Auflösung aller Rücklagen getilgt.

Den Purzelbaum, den Scholtz in der Bilanzierungspolitik geschlagen hat, verdeutlicht Müller damit, daß es 1983 trotz eines Betriebsverlustes von 4 bis 5 Mill. DM aufgrund außerordentlicher Erträge möglich gewesen wäre, wieder einen Überschuß zu präsentieren. Die kritische Beurteilung und Bewertung aller Risiken hat Scholtz jedoch aus dem Gewinn-Paradies vertrieben. Darlehen der AG an die Tochterfirmen wurden mit 3,8 Mill. DM wertberichtigt, die Beteiligungen an den drei Flexowellsystemgesellschaften auf 1 DM abgeschrieben (*Gesamtaufwand 3,5 Mill. DM*). Für drohende Verluste aus dem bislang selbst betriebenen Anlagenbau wurden 2,2 Mill. DM vorsorglich bei der AG zurückgestellt, die Sozialpläne erforderten 2,5 Mill. DM.

Der Kraftakt ist inzwischen, wie Müller meint, überstanden. Die Entwicklung in diesem Jahr zeige, daß das Konzept greift. Bei einem Umsatzrückgang von 8 bis 10 Prozent werde das Betriebsergebnis knapp ausgeglichen, das Gesamtergebnis jedoch noch durch Einmal-Aufwendungen belastet sein.

Daß das Unternehmen mit nur noch 7,5 Mill. DM Grundkapital unterkapitalisiert ist, räumt Müller unumwunden ein. Die Gesellschafter haben aber offenbar signalisiert, daß sie bei nachhaltig erkennbarer Gesundung neue Mittel zuschießen werden. Beteiligt sind mit Mehrheit die Vereins- und Westbank, 12 bis 14 Prozent hält die Gründerfamilie, 7 bis 8 Prozent eine Stiftung und rund 25 Prozent gehören gepoolt zum Interessenbereich der Familie Jungheinrich.

PORTUGAL / Werftindustrie stark angeschlagen

Subventionen erforderlich

AFP, Lissabon

Die portugiesische Werftindustrie wurde von der seit Ende der siebziger Jahre anhaltenden Schiffsbaukrise – wie alle europäischen Unternehmen der Branche – stark in Mitleidenschaft gezogen. Die Lage hat sich in den letzten Monaten dramatisch zugespitzt. Die beiden Großwerften Lisnave und Setenave an der Tejo-Mündung sind inzwischen vom finanziellen Zusammenbruch bedroht, der praktisch nur noch durch weitere hohe Zuschüsse aus der Staatskasse aufgehalten werden kann.

Die auf Schiffsreparaturen spezialisierte *Lisnave, die 6100 Arbeitskräfte* beschäftigt, konnte seit drei Monaten keine Löhne mehr auszahlen. Der Verwaltungsrat des Unternehmens, an dem der Staat mit 24 Prozent beteiligt ist, forderte jetzt Dringlichkeitshilfe in Höhe von einer Mrd. Escudos. Sie würde gerade ausreichen, die Lohnzahlungen bis Ende des Jahres sicherzustellen. Selbst wenn die Regierung diese Forderung erfüllen sollte, bleiben die Grundprobleme ungelöst. Die Lisnave ist bei den Banken mit 20 Mrd. Escudos verschuldet. Der Schuldendienst beträgt 1984 allein acht Mrd. und liegt damit höher als die gesamte Lohnmasse. Die Verluste haben seit Beginn der achtziger Jahre stark zugenommen. Sie stiegen von 4,7 Mrd. in 1981 auf 5,8 Mrd. Escudos im vergangenen Jahr. Im ersten Halbjahr 1984 wurde bereits ein Defizit von 3,2 Mrd. Escudos ausgewiesen.

Von der Regierung wurde inzwischen ein Restrukturierungsplan ausgearbeitet, der einen weiteren Personalabbau auf 4000 Personen vorsieht. Auch die Möglichkeit einer Umschuldung wird ins Auge gefaßt, wobei der Staat über die staatseigenen Gläubigerbanken die Kapitalmehrheit übernehmen könnte. Der Auftragsbestand der Werften ist gleich Null. Nach Ansicht portugiesischer Wirtschaftskreise hat das Unternehmen keine Zukunft und ist langfristig nicht mehr lebensfähig. Die Regierung versucht jedoch, die Schließung zu verhindern. So forderte Regierungschef Mario Soares erst kürzlich die amerikanische Regierung auf, die Einheiten der sechsten US-Flotte in den Lisnave-Werften reparieren zu lassen.

Die Werften der Setenave in Setubal südlich von Lissabon, die 4800 Personen beschäftigen und sich seit 1976 in Staatsbesitz befinden, setzen ebenfalls auf Regierungshilfe. Hier kam es zu harten sozialen Konflikten.

So konnte unter anderem ein Supertanker von 315 000 BRT nicht innerhalb der zugesagten Fristen geliefert werden. Er wurde aufgrund der Verspätung nicht abgenommen. Auch eine Versteigerung brachte keinen Käufer. Diese Affäre verursachte Milliardenverluste. Die Setenave verzeichnete 1982 ein Devizit von 17,6 Mrd. Escudos, nachdem die zwischen 1977 und 1981 aufgelaufenen Verluste fast 19 Mrd. betragen hatten.

Die Regierung kann es sich jedoch nicht erlauben, die Werften einfach stillzulegen, da Tausende von Zulieferanten der Region Setubal davon abhängen. Eine kürzlich vom Ministerrat geprüfte offizielle Studie schlägt für die portugiesischen Werften ein umfangreiches Schiffsbauprogramm zur Erneuerung der veralteten Handelsflotte vor.

BÜCHER DER WIRTSCHAFT

Peter F. Drucker: Weltwirtschaftswende, Wirtschaftsverlag Langen-Müller/Herbig, München 1984, 260 S., 32 Mark

Der Management-Experte Peter F. Drucker kommt im vorliegenden Buch zu unkonventionellen und unbequemen Ergebnissen. Aus der grundsätzlichen Diskrepanz zwischen nationalistisch-protektionistischen Tendenzen im politischen Bereich und dem Zwang zu multinationaler Interaktion auf allen Wirtschaftssektoren ergibt sich das Bild einer umwälzenden Wende in der Weltwirtschaft, die neuer Denkanstöße und den veränderten Bedingungen angepaßte Problemlösungen dringend bedarf.

Kitterer: Das neue Export-Handbuch. Der Berater für Anbahnung, Aufbau und Abwicklung von erfolgreichen Auslandsgeschäften, 1984, rd. 900 Seiten im Sammelordner, 65 Mark bis 30. 9., dann 75 Mark.

Dieses Handbuch informiert umfassend, aktuell und praxisbezogen über Exportvorbereitung bis zur Exportversicherung. Schwerpunkte sind Anbahnung, Vertragsabschluß, Abwicklung und Finanzierung. Mittelständische Unternehmer sollen einen Leitfaden an die Hand bekommen, der sowohl die länder- und branchenbezogene Informationsquellen auswertet als auch für alle Phasen des Exportgeschäfts die jeweiligen Bereiche aufschließen soll. Viermal jährlich erscheinen Ergänzungslieferungen.

Dr. Volker Petersen: Die Finanzierung der gemeinsamen Agrarpolitik, Verlag Alfred Strothe; 1984, 270 Seiten; kartoniert, 44,50 Mark.

Die Untersuchung alternativer agrarpolitischer Finanzierungsmodelle bei Einnahmen und Ausgaben macht deutlich, daß es – abgesehen von der Reduzierung des Protektionsniveaus – im Rahmen der betrachteten Möglichkeiten kaum Wege gibt, die Finanzierung der gemeinsamen Agrarpolitik den Erfordernissen der Integration anzupassen. Dieses gibt Anlaß, die weitergehende Frage nach der Struktur der politischen Aufgabenverteilung im agrarpolitischen Bereich zwischen der Gemeinschaft und den Mitgliedstaaten zu stellen.

Armand Clesse, Wolfgang Maßberg (Hrsg.): Technologietransfer, Universitas Verlag, München 1984, 166 S., 19,80 Mark

Schadet der Export von Hochtechnologie den nationalen Interessen der exportierenden Länder oder sichert er die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Ost und West und trägt zu mehr Gerechtigkeit auf wirtschaftlichem Gebiet gegenüber den Ländern der Dritten Welt bei? Diese unterschiedlichen Auffassungen werden von sieben Fachleuten in den Beiträgen dieses Sammelbandes diskutiert. Gerade die Debatte um das europäisch-sowjetische Erdgas-Röhrengeschäft hat Fragen aufgeworfen, die über die technologischen Aspekte der internationalen Beziehungen hinausgehen. Gefahren und Grenzen des Technologietransfers, der in der Regel Auswirkungen auf den Rüstungssektor, aber auch die nukleare Forschung haben kann, werden ebenso deutlich gemacht wie Chancen und Zukunftsaussichten.

Mehr Erfolg gegen Ladendiebe

Py, Düsseldorf

Erstmals seit vielen Jahren ist 1983 die Zahl der *Ladendiebstähle* mit 342 880 registrierten Fällen kaum gestiegen (plus 0,4 Prozent). Die Bundesarbeitsgemeinschaft der Mittel- und Großbetriebe des Einzelhandels (BAG) führt das vor allem auf vorbeugende Maßnahmen zurück. Dazu gehören die Mitarbeiterschulung ebenso wie elektronische Sicherungsanlagen und der verstärkte Einsatz von *Hausdetektiven*.

Aber immer noch war 1983 jede zwölfte Straftat ein Ladendiebstahl. Trotzdem glauben Experten, daß die Schäden in Milliardenhöhe nur die „Spitze eines Eisbergs" sind. Die Dunkelziffer wird auf 90 Prozent geschätzt.

Großstädte sind die „Hochburgen" des Ladendiebstahls. Während hier jedoch dieses Delikt rückläufig ist, steigt dessen Zahl in Klein- und Mittelstädten sowie Landgemeinden. Bevorzugt werden höherwertige Waren (durchschnittlicher Wert je Ladendiebstahl 126 bzw. 111) DM. Besonders gefragt sind Nahrungs- und Genußmittel, Textilien sowie Möbel und Hausrat.

Gardena: Das Ziel erreicht

dpa/VWD, Ulm

Die Gardena Kress + Kastner GmbH, Ulm, einer der führenden deutschen Hersteller von Gartengeräten, wird im jetzt ablaufenden Geschäftsjahr 1983/84 (30. September) ihr Umsatzziel von über 140 (Vorjahr: über 120) Millionen DM erreichen. Großen Anteil am Wachstum hatte, wie das Unternehmen mitteilte, wiederum eine Reihe von Neuheiten.

Das Geschäft in der zurückliegenden Gartensaison sei aber durch regnerisches Wetter, hohe Arbeitslosenquote und Arbeitskampfauswirkungen bei den Verbrauchern erschwert gewesen. Gardena kam jedoch andererseits zugute, daß nach dem „Jahrhundertsommer" 1983 die Lager des Handels zu Beginn des Geschäftsjahres 1983/84 weitgehend geräumt waren.

Der Exportanteil am Umsatz lag wieder bei 40 Prozent und soll künftig ausgebaut werden. Zur Zeit ist Gardena in 40 Ländern vertreten. Es werden über 1000 Mitarbeiter in der Ulmer Zentrale und in den Werken Niederstotzingen (Metall- und Motorenfertigung) sowie Heuchlingen (Kunststoffertigung) beschäftigt.

RENTENMARKT / Hoher Dollarkurs stört nicht

Ausländer kaufen verstärkt

Der in der letzten Woche erstmals seit Anfang 1973 auf über 3 DM gestiegene Dollarkurs hat seinen Schrecken für den deutschen Rentenmarkt verloren, obwohl ein Fortgang der Dollarhausee nicht ausgeschlossen wird. Im Gegenteil. Die Höhe des Dollarkurses ist zu einem Stimulanz für den Markt geworden. Denn auf diesem Niveau wächst die Zahl derer, vor allem im Ausland, die unsere Währung für sehr preiswert halten und davon überzeugt sind, daß mit Engagements in deutschen festverzinslichen Papieren eines Tages auch schöne Aufwertungsgewinne eingefahren werden könnn. Die Auslandsnachfrage am Rentenmarkt hat sich daher fühlbar verstärkt. Zudem erhielt die Abwärtsbewegung der Zinsen auch kräftige Impulse durch den letztwöchigen Zinsrückgang in den USA, der noch viel ausgeprägter war als der in der Bundesrepublik. Treibende Kraft der Zinssenkung bei uns ist nach wie vor vor allem die seit einiger Zeit annähernd erreichte Preisstabilität. (cd)

Emissionen	14.9. 84	7.9. 84	29.12. 83	30.12. 82	30.12. 81
Anleihen von Bund, Bahn und Post	7,18	7,31	7,88	7,45	10,06
Anleihen der Städte, Länder und Kommunalverbände	7,24	7,36	7,72	7,94	10,55
Schuldverschreibungen von Sonderinstituten	7,27	7,43	7,83	7,61	10,26
Schuldverschreibungen der Industrie	7,61	7,73	8,29	8,24	11,52
Schuldverschreibungen öfftl.-rechtl. Kreditanstalten u. Körperschaften	7,26	7,40	7,90	7,65	10,12
Titel bis 4 Jahre rechnerische bzw. Restlaufzeit	6,98	7,14	7,64	7,43	10,50
Titel über 4 Jahre rechnerische bzw. Restlaufzeit	7,80	7,90	8,30	7,94	9,75
Inländische Emittenten insgesamt	7,26	7,40	7,89	7,63	10,19
DM-Auslandsanleihen	7,73	7,79	8,08	8,45	10,32

KAPITALANLAGE / Schweizer Großbank bietet zum ersten Mal Geldmarktfonds an

Ein in den USA bewährtes Konzept

LEO FISCHER, Bonn

Wo der Staat allzu sehr reglementiert, werden Umgehungs- und Ausweichmanöver geradezu herausgefordert. So war es auch mit der Regulation Q in den USA, die bestimmt, daß auf Sparkonten in den Vereinigten Staaten nicht mehr als 5,5 Prozent Zinsen gezahlt werden dürfen. Bei Geldmarktzinsen von zeitweise zwölf Prozent mußten findige Finanzmanager auf die Idee kommen, mit Geldmarktfonds den Banken *Paroli zu bieten. Die* ersten Fonds dieser Art wurden Mitte der 70er Jahre gegründet, heute verwalten sie ein Vermögen von rund 180 Mrd. Dollar.

In der Bundesrepublik gibt es schon lange keine Zinsbindung mehr. Deshalb hat es gewiß so lange gedauert, bis die Idee auch nach Deutschland kam. Jetzt versucht die Schweizer Kreditanstalt, die Nummer drei unter den Schweizer Großbanken, mit zwei Geldmarktfonds auch bei deutschen Anlegern Geld locker zu machen. Von heute an werden der CS Money Market Fund US-Dollar und der CS Money Market Fund DM angeboten. Die in Aussicht gestellte Rendite: elf und sechs Prozent. Nach den Erfahrungen in den USA sind das realistische Annahmen.

Beide Fonds unterliegen luxemburgischem Recht, eine Registrierung beim Bundesaufsichtsamt für das Kreditwesen ist nicht geplant. Gleichwohl dürfen die Fonds in der Bundesrepublik vertrieben werden. Unsicher bleibt aber die steuerliche Behandlung der Erträge. Darüber konnte die SKA auch keine präzisen Angaben machen.

Angelegt wird in der Bundesrepublik unter anderem in Festgeld, Unverzinsliche Schatzanweisungen, Schuldscheine und festverzinsliche Wertpapiere guter Qualität mit kurzer Restlaufzeit. Der Dollarfonds erwirbt Schatzwechsel, Commercial Papers und Certificates of Deposit. Je nach Höhe der Einlage fällt eine einmalige Vermittlungsgebühr von null bis fünf Promille an; außerdem ist eine Verwaltungsgebühr von sechs Promille zu zahlen.

Allerdings wenden sich die Schweizer Banker nicht gerade an die Kleinanleger. Die Mindestanlage beträgt *bis Ende* September 50 000 Dollar (Dollar-Fonds) und 100 000 Mark (D-Mark-Fonds). Von Anfang Oktober an gelten 5000 Dollar und 10 000 Mark. Die Zielgruppe bilden institutionelle Investoren und der anspruchsvolle Privatanleger. Ihre Vorteile: Bei der direkten Anlage am Geldmarkt wären meist höhere Beträge notwendig, außerdem sind wegen der kurzen Laufzeit der Geldmarktpaiere oft Umdispositionen nötig, die vom Fondsmanagement übernommen werden. Der besondere Pfiff dieser Fonds: Von einem Tag auf den anderen kann vom Dollar- in den D-Mark-Fonds und umgekehrt kostenlos getauscht werden kann. Das kann interessant sein, wenn das Dollarrisiko allzu groß erscheint.

Die Schweizer sind allerdings nicht die ersten Geldmarktfonds auf dem deutschen Markt. Schon heute bieten deutsche Niederlassungen von US-Brokerhäusern Geldmarktfonds an, die von der Börsenaufsichtsbehörde SEC kontrolliert werden. So vertreibt das Frankfurter Haus Hornblower und Fischer den Dreyfus International Fund, der zu einer auch im Aktienwesen bekannte Fonds-Gruppe zählt. Allerdings ist auch dieser Fonds – wie alle anderen US-Geldmarkt-Fonds – nicht in Berlin registriert. Er bietet aber im Gegensatz zu den Schweizer Fonds den Vorteil, daß per Scheck oder Kreditkarte über die Anlage verfügt werden kann.

BARESEL / Außerordentliche Hauptversammlung

Streit um Gewinnverwendung

WERNER NEITZEL, **Stuttgart**

Unter den Aktionären des Stuttgarter Bauunternehmens C. Baresel AG ist es zum Streit über die Politik der Gewinnverwendung gekommen. In der Hauptversammlung des Unternehmens vom Ende August war mehrheitlich beschlossen worden, aus dem aus dem Vorjahr vorgetragenen Bilanzgewinn von 1,4 Mill. DM 0,95 Mill. DM zur Aufstockung der freien Rücklage zu verwenden und den Rest erneut vorzutragen.

Eine Aktionärsminderheit, die für eine Dividendenausschüttung plädierte, hat für den 12. Oktober eine außerordentliche Hauptversammlung einberufen. Als einziger Tagesordnungspunkt wird beantragt, eine aktienrechtliche Sonderprüfung des Abschlusses 1983 durchzuführen, wobei als Begründung angegeben wird, es werde vermutet, daß 1983 verbotene „Willkürreserven" gebildet worden seien. Wer den Antrag gestellt hat, war nicht zu erfahren. Vom 10 Mill. DM betragenden Grundkapital halten die Familien Baresel-Bofinger 40,6 Prozent, Steidle-Sailer 23,6 Prozent und Staudenmaier-Todenhöfer 20,9 Prozent. Ferner ist die Hofkammer des Hauses Württemberg mit 14,8 Prozent beteiligt.

Im Geschäftsjahr 1983, das mit einem ausgeglichenen Ergebnis abgeschlossen wurde, hatte das Stammhaus seine Bauleistung um 15,4 Prozent auf 236 Mill. DM gesteigert. Im Konzern verringerte sich die Bauleistung leicht um 1,3 Prozent auf 297 Mill. DM. Auf das Ausland entfallen 61 (71) Mill. DM Bauleistung.

Für 1984 wird eine Konzernbauleistung von 280 Mill. DM (minus 5,7 Prozent) und ein ausgeglichenes Bilanzergebnis erwartet. Vorrangiges Ziel sei, die Substanz des Unternehmens und damit die Arbeitsplätze zu sichern.

TRANSPORTVERSICHERUNG

Prämienvorteil schmilzt

HARALD POSNY, **Düsseldorf**

Der deutsche Transportversicherungsmarkt sieht sich nach der Ankündigung von Lloyd's und der Londoner Versicherungsunternehmen, die Schiffsversicherungs-Prämien (Kasko) erheblich zu erhöhen, in seiner Haltung gegenüber dem britischen Markt bestätigt. „Es ist seit Jahren die Politik mancher ausländischer Versicherer, insbesondere auch von Lloyd's gewesen, Seekaskoversicherungen aus anderen Ländern durch Prämienunterbietungen an sich zu ziehen. Dies war nur möglich, weil in den meisten Fällen die Vorschäden der betroffenen Reedereien bei der Kalkulation der Prämien unberücksichtigt geblieben sind", stellt der Vorsitzende des Deutschen Transportversicherungs-Verbandes (DTV), Claas Kleyboldt, gegenüber der WELT fest.

Die niedrigeren Prämien hätten für die ausländischen Versicherer zwangsläufig zu einem ungünstigen Verhältnis zwischen Prämien und Schäden geführt. Daraus habe sich auch die Notwendigkeit ergeben, bei schlechtem Schadenverlauf die Prämien in stärkerem Maße anzuheben. Kleyboldt: „Das mußte im Londoner Markt in den letzten Jahren wiederholt geschehen. Dabei wirken sich die Prämienerhöhungen besonders auf kleinere und mittlere Reedereien aus."

Nach Ansicht des DTV-Vorsitzenden werden deutsche Reeder, die wegen des internationalen Wettbewerbs in der Seekaskoversicherung vom deutschen Markt abgewandert sind ebenfalls von dieser Entwicklung erneut betroffen, so daß die kurzfristigen finanziellen Vorteile wieder verschwinden. Kleyboldt: „Wir rechnen damit, daß sich der bereits sichtbare Rückkehr-Trend deutscher Flotten auf den deutschen Markt verstärkt."

LEHNKERING MONTAN TRANSPORT / Metallgesellschaft hält über 95 Prozent

Nach Fusion fünftes MG-Profitcenter

ERWIN SCHNEIDER, **Duisburg**

Bei der Metallgesellschaft (MG) AG, Frankfurt, sind die Weichen im Bereich Transport für die Zukunft gestellt worden. Am Freitag hat eine außerordentliche Hauptversammlung der Lehnkering AG, Duisburg, die Fusion mit der 100prozentigen MG-Tochter Montan-Transport-Gesellschaft mbh, Hamburg, und die Namensänderung in Lehnkering Montan Transport (LMT) AG, Duisburg, zum 1. Oktober gebilligt.

Dann wird die Metallgesellschaft 95,75 (bisher 66) Prozent des Grundkapitals halten, nachdem die Rhenus-WTAG AG, Dortmund, die über Stinnes zum Veba-Konzern gehört, ihre Sperrminorität von 27,6 Prozent für einen nicht genannten Kaufpreis an MG abgegeben hatte. Das neue Unternehmen wird das kleinste von fünf MG-Profitcenters sein.

Für das Geschäftsjahr 1983/84 (30. 9.) rechnet Hubert Buss, Generalbevollmächtigter der Metallgesellschaft für diesen Bereich, zu dem neben Lehnkering und der Montantransport GmbH noch als 100prozentige Beteiligung die Unterweser Reederei GmbH, Bremen, gehört, mit einem Umsatz von knapp 500 Mill. DM. Beschäftigt werden 1800 Mitarbeiter, davon 1500 in der Bundesrepublik. Zur Gewinnsituation verwies Buss auf die Lehnkering-Dividende für 1982/83 von 14 Prozent.

Der alte und neue Lehnkering-Vorstandssprecher Heribert Becker ist auch mit dem Geschäftsverlauf des jetzt zu Ende gehenden Geschäftsjahres sehr zufrieden. Bis Ende Juli war der Umsatz um 15 Prozent gestiegen, für das ganze Jahr erwartet er 180 (160) Mill. DM. Der Rohertrag habe allerdings mit diesem Wachstum nicht Schritt halten können, außerdem sei das Betriebsergebnis durch Kostensteigerungen im Personalbereich und durch Havarieschäden stark belastet worden.

Die Montan Transport GmbH, der Buss bescheinigte, daß sie der Mutter in den letzten Jahren immer eine angemessene Verzinsung gebracht hat, setzte sich aus drei Sparten zusammen: Der Schiffsmaklerei für Massengut-Seetransporte, die jetzt allerdings ausgegliedert wird und als selbständiges Unternehmen in Hamburg verbleibt, die Spedition und der Güterkraftverkehr mit 68 eigenen Fahrzeugen und 27 Konzessionen für Fernverkehr. Der Umsatz im Geschäftsjahr 1983/84 beträgt rund 130 Mill. DM.

Für die neue LMT, die, so Becker, über eine für die deutsche Verkehrsbranche beachtliche Größe verfügen wird, erwartet er im ersten Geschäftsjahr einen Umsatz von 350 Mill. DM und einen Rohertrag von 120 Mill. DM. Das Anlagevermögen beträgt 40 Mill. DM. In 20 Niederlassungen werden mehr als 900 Mitarbeiter beschäftigt. Das Unternehmen bietet ein breites und diversifiziertes Spektrum an Leistungen: Binnenschiffahrt, Küstenschiffahrt, Güterkraftverkehr, Umschlag und Lagerei, Getreidefachspedition mit eigenen Speichern, Spedition als Sammelgut (Anlagen-Bahn-Seehafen-Übersee) und internationale Spedition sowie Kies-, Sandbaggerei und Baustoffhandel. Vorteil der Fusion ist auch eine Harmonisierung der Beteiligungsgesellschaften (300 Mitarbeiter) in den Häfen Rotterdam und Antwerpen.

Mit der Übereignung der Montan Transport GmbH auf Lehnkering wurde auch das Grundkapital der LMT auf 12,1 (9,0) Mill. DM erhöht, wobei das Bezugsrecht der 62 000 neuen Aktien im Grundwert von 50 DM je Aktie auf MG beschränkt ist. Der Kurs der neuen Aktie wurde auf 192,50 DM festgesetzt und spiegelt, so Becker, die Ertragskraft Lehnkerings wider. Zuletzt hatte die Spekulation den Kurs auf weit über 200 DM gedrückt.

Becker betonte auch, daß die Metallgesellschaft kein Abfindungsangebot an die freien Aktionäre (4,25 Prozent) beabsichtige. LMT solle als Aktiengesellschaft weitergeführt werden. Bisher sei auch nicht daran gedacht, daß ein Beherrschungs- oder Ergebnisabführungsvertrag abgeschlossen werde.

HOLTZMANN-PAPIER / Weitere Nachfragebelebung

Unverändert hohe Kosten

VWD, **Weisenbachfabrik**

Die Holzstoff- und Papierfabriken E. Holtzmann & Cie AG, Weisenbachfabrik, spürte in den ersten vier Monaten des Geschäftsjahres 1984 eine weitere Erhöhung der Nachfrage nach Pressepapieren. Wie der Vorstand bei der Vorlage des Geschäftsberichtes 1983 darlegte, war dieser Trend bei Illustriertenpapieren noch deutlicher als bei Zeitungsdruckpapieren.

Auch die Exportmöglichkeiten für Holtzmann-Papiere hätten sich gebessert. Der Umsatz belief sich in den ersten vier Monaten 1984 auf 206,8 (189,7) Mill. DM. Das Ergebnis habe man auf Vorjahreshöhe halten können. 1983 stieg der Außenumsatz um 1,6 Prozent auf 583,3 (573,9) Mill. DM. Der Exportanteil erreichte 26,9 (25,8) Prozent. Die Werke im Murgtal, in Karlsruhe-Maxau und in Ettlingen erzeugten 1983 rund 518 700 (498 500) Tonnen Papier, Zellstoff und Verarbeitungsprodukte. In der zweiten Jahreshälfte verbesserte sich die Nachfrage so deutlich, daß die Produktion ausgefahren werden konnte und darüber hinaus noch Lagerbestände abgebaut wurden.

Bei Verkaufspreisen und Kosten haben sich den Angaben zufolge die seit 1980 bestehenden unbefriedigenden Verhältnisse nicht gebessert. Die Preise für Zeitungsdruck- und Illustriertenpapiere mußten erneut niedrigeren Wettbewerbsnotierungen angepaßt werden. Die angestrebte Fortsetzung der technischen und wirtschaftlichen Konsolidierung des Unternehmens konnte dennoch durch interne Maßnahmen in Verbindung mit der gegen Jahresende verbesserten Kapazitätsauslastung realisiert werden.

So wurde neben einem verbesserten Cash-flow ein auf 5,2 (2,5) Mill. DM gestiegener Jahresüberschuß erwirtschaftet. Daraus wurden 2 Mill. DM den Rücklagen zugeführt. Aus dem Bilanzgewinn wurden eine Dividende von wieder vier Prozent und ein Bonus zum 100jährigen Firmenjubiläum von zwei Prozent auf das Grundkapital von 52 Mill. DM gezahlt, das nach früheren Angaben zu rund 70 Prozent von den Gründerfamilien und zu 30 Prozent von der Vermögensholding der „Westdeutschen Allgemeinen Zeitung", Essen, gehalten wird.

Die Investitionen beliefen sich 1983 auf 30,3 (35,9) Mill. DM. Sie entfielen fast zur Hälfte auf die Altpapier-Aufbereitungsanlage. Im laufenden Geschäftsjahr 1984 wird Altpapier mit einem Anteil von 20 Prozent zur Deckung des Faserbedarfs für die Erzeugung von bis zu 300 000 t Zeitungsdruckpapier im Werk Maxau beitragen. Die Belegschaft hat sich nur geringfügig auf 1822 (1836) Mitarbeiter verringert.

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

Egon Heider 60 Jahre

Bonn (DW.) – Egon Heider, geschäftsführendes Präsidialmitglied des Deutschen Hotel- und Gaststättenverbandes (Dehoga), vollendet am 18. September sein 60. Lebensjahr. Heider, in Köln geboren, studierte Rechts- und Betriebswirtschaft an der Universität Köln und promovierte im Steuerrecht. Er volontierte dann bei der Deutschen Bank und einer Treuhandgesellschaft und trat 1955 als Prokurist in die Firma Hermann Brot ein, die er bis 1973 als geschäftsführender Gesellschafter leitete.

Auftrag für Krupp

Duisburg (dpa/VWD) – Die Krupp Industrietechnik GmbH und Krupp Stahltechnik GmbH, Duisburg, werden an die japanische Aichi Steel Work, Nagoya, eine Edelstahl-Knüppelstranggießmaschine und die dazugehörige Technologie liefern. Der Auftrag im Wert von mehreren Millionen DM wurde mit dem Handelshaus Nissho Iwai Corp., Tokio, abgeschlossen. Die Gießanlage, die Edelstähle für den Automobilbau produziert, soll im August 1985 in Betrieb gehen.

Töchter expandieren

Hamburg (JB.) – Starkes Umsatzwachstum verzeichnen die beiden norddeutschen Distributionsfirmen für Halbleiter-Bauelemente und Microcomputer-Systeme der englischen Unitech-Gruppe, die Alfred Neye Enatechnik GmbH und die Celdis-Enatechnik-Systemvertriebsgesellschaft mbH. Wie die Unternehmensleitung mitteilt, ist der Umsatz der Enatechnik im Geschäftsjahr 1983/84 (31. Mai) um 42 Prozent und der der CES um 50 Prozent gestiegen. Als Gesamtumsatz werden 102 Mill. DM genannt. Beide Firmen, so heißt es, hätten maßgeblich zum positiven Ergebnis der Unitech International Ltd., London, beigetragen, die den Umsatz von 478 auf 601 Mill. DM erhöhte. In diesem Geschäftsjahr wird ein Umsatz von 90 Mill. DM bei der Enatechnik und von 48 Mill. DM bei der CES erwartet.

Bierabsatz stagnierte

München (sz.) – Eine Stagnation beim Bierabsatz und ein um 11,3 Prozent geringerer Absatz bei alkoholfreien Getränken führten bei der Allgäuer Brauhaus AG, Kempten, 1983 zu einem Umsatzrückgang von 2,4 Prozent auf 43,95 (45,05) Mill. DM. Zurückzuführen ist dies nach Angaben des Vorstands vor allem darauf, daß entfernte Absatzgebiete aufgegeben wurden. Verbessert hat sich dadurch jedoch die Ertragslage; der Jahresüberschuß nahm um 34,1 Prozent auf 0,35 Mill. DM zu.

Mehr Reisebüros

Frankfurt (adh) – American Express hat die britische Reisebürogesellschaft P & O Travel Ltd. übernommen. Damit stockt die American Express-Reiseorganisation ihr Netz in Großbritannien um 30 auf 147 Reisebüros auf. Der P & O-Umsatz liegt bei rund 43 Mill. Pfund.

EUROPÄISCHE GEMEINSCHAFT

Überangebot bei Rindfleisch

H. HILDEBRANDT, **Bielefeld**

Die restriktive Milchmarktpolitik der EG zwingt die deutsche Landwirtschaft zu einer erheblichen Bestandsverminderung bei Milchkühen. Für die als Ausgleichszahlung vorgesehene Milchrente waren bis Anfang September ein Volumen von rund 780 000 Tonnen Milch angemeldet und 700 000 bewilligt worden, die aus dem Markt genommen werden. Dies entspricht bereits der Leistung von etwa 170 000 Kühen. Insgesamt wird damit gerechnet, daß bis Jahresende bis zu 270 000 Kühe aus der Milchproduktion zusätzlich zur Schlachtung angeboten werden.

Damit wird in den kommenden Wochen der saisonale Angebotsschwerpunkt während der Weideabtriebszeit erheblich verstärkt, denn dies bedeutet ein Angebotsplus von 22 Prozent. Das Bundesernährungsministerium schätzt das Mehrangebot an Schlachtkühen für die nächsten zwölf Monate sogar auf etwa eine halbe Million Tiere, um die der Bestand von derzeit rund 15 Millionen Stück Rindvieh reduziert werden muß.

Diese Entwicklung bleibt nicht ohne Auswirkungen auf die Preise, die bereits auf ganzer Front nachgeben. Zusätzlich drückt der Interventionsbestand eingelagerter Rindfleischmengen auf die Preise, in der Bundesrepublik zu Jahresbeginn immerhin fast 50 000 Tonnen, das Zweieinhalbfache des Vorjahres. Da jedoch die Schweinefleischpreise anziehen, sieht die Landwirtschaft durchaus gute Chancen, das Rindfleisch-Überangebot zu vermarkten. So ist die Verbrauchernachfrage hier bereits in den ersten fünf Monaten um 3,8 Prozent gestiegen, allen konjunkturellen Einflüssen zum Trotz.

Trotz des zusätzlichen Angebots ist jedoch nicht damit zu rechnen, daß die Rindfleischpreise allzu tief absinken. Dies bezieht sich vor allem auf die Verbraucherendpreise. Auf der einen Seite deckt sich derzeit die weiterverarbeitende Fleischwarenindustrie erheblich ein, auf der anderen Seite dürfte ein nicht unwesentlicher Teil des Mehrangebots in den Export abfließen. In den ersten fünf Monaten 1984 wurden bereits 175 830 Tonnen frisches und gefrorenes Rindfleisch exportiert, ein Plus von 36 Prozent gegenüber den Vorjahreszahlen.

Als Abnehmer spielten dabei sowohl Ägypten als auch die Sowjetunion eine wichtige Rolle, gleichzeitig stieg innerhalb der EG der Export nach Frankreich um 11 Prozent, nach Griechenland sogar um 25 Prozent. Nur die Ausfuhr nach Italien ist gesunken.

FUSSBALL / 1. FC Köln, Hamburg, Stuttgart – die Mannschaften mit den großen Stars stecken in einer tiefen Krise

ERGEBNISSE

Hamburg – Leverkusen 1:1 (0:1)
Frankfurt – K'lautern 1:1 (0:0)
Düsseldorf – Braunschweig 4:1 (1:1)
Mannheim – Bielefeld 0:0
Stuttgart – Bremen 1:3 (1:1)
Köln – Uerdingen 1:5 (1:2)
München – Dortmund 1:0 (0:0)
Gladbach – Bochum 4:3 (2:0)
Schalke – Karlsruhe 3:1 (1:0)

DIE SPIELE

München – Dortmund 1:0 (0:0)

München: Aumann – Augenthaler – Dürnberger, Eder, Pflügler – Dremmler, Matthäus (68. Beierlorzer), Nachtweih, Willner (46. Kögl) – Rummenigge, Wohlfarth. – **Dortmund:** Immel – Rüßmann – Egli, Koch – Lusch, Schüler (60. Simmes), Zorc, Raducanu, Anderbrügge – Wegmann (75. Michel), Klotz. – **Schiedsrichter:** Osmers (Bremen). – **Tor:** Matthäus (59.). – **Zuschauer:** 23 000. – **Gelbe Karte:** Dremmler (2).

Düsseldorf – Braunschweig 4:1 (1:1)

Düsseldorf: Greiner – Zewe – Bunte, Edvaldsson – Bockenfeld, Bommer, Fach, Kaiser, Weikl – Thiele, Holmquist (77. Demandt). – **Braunschweig:** Franke (46. Josef) – Gorski – Bruns, Pahl – Scheike (55. Lindner), Tripbacher, Lux, Ellmerich, Geiger – Plagge, Worm. – **Schiedsrichter:** Jupe (Darmstadt). – **Tore:** 1:1 Edvaldsson (27.), 1:1 Worm (38.), 2:1 Weikl (55.), 3:1 Thiele (58.), 4:1 Zewe (90.). – **Zuschauer:** 8000.

Frankfurt – K'lautern 1:1 (0:0)

Frankfurt: Pahl – Kroth – Sievers, Körbel, Kraaz – Mohr, Svensson, Falkenmayer, Trieb – Müller, Tobollik. – **K'lautern:** Ehrmann – Bold – Wolf, Dusek – Moser (82. Eilenfeldt), Geye, Brehme, Allofs – Trunk, Hübner, Kitzmann. – **Schiedsrichter:** Assenmacher (Fischenich). – **Tore:** Tobollik (76.), 1:1 Allofs (86.). – **Zuschauer:** 27 500.

Hamburg – Leverkusen 1:1 (0:1)

Hamburg: Stein – Jakobs – Kaltz, Schröder, Wehmeyer (24. Wuttke) – Rolff (58. Soler), Groh, von Heesen, Magath – McGhee, Milewski. – **Leverkusen:** Vollborn – Bast – Winklhofer, Gelsdorf, Geschlecht – Hörster (58. Hinterberger), Röber, Giske, Tscha – Schreier, Waas (73. Wojtowicz). – **Schiedsrichter:** Ermer (Weiden). – **Tore:** 0:1 Röber (2.), 1:1 Wuttke (90.). – **Zuschauer:** 13 000. – **Gelbe Karten:** Groh (2), Schreier, Hinterberger.

Köln – Uerdingen 1:5 (1:2)

Köln: Schumacher – Strack – Hartmann, Steiner – Lehnhoff, Mennie (28. Dickel), Hartwig, Engels, Hönerbach – Bein, Allofs. – **Uerdingen:** Vollack – Herget – Wöhrlin, van de Loo – W. Funkel, Klinger, Feilzer, Raschid, F. Funkel – Schäfer (80. Gudmundsson), Loontiens. – **Schiedsrichter:** Neuner (Leimen). – **Tore:** 0:1 Hartmann (12., Eigentor), 0:2 Herget (27.), 1:2 Engels (34.), 1:3 F. Funkel (73.), 1:4 Raschid (74.), 1:5 Herget (86.). – **Zuschauer:** 6000. – **Gelbe Karte:** Allofs.

Mannheim – Bielefeld 0:0

Mannheim: Zimmermann – Sebert – Kohler, Schlindwein – Knapp (76. Remark), Quaisser, Heck, Dickgießer (61. Schön) – Bührer, Rombach, Walter. – **Bielefeld:** Kneib – Wohlers – Schnier, Hupe, Dronia – Foda, Rautiainen, Kühlhorn, Pohl – Reich, Ozaki. – **Schiedsrichter:** Horeis (Buchholz). – **Zuschauer:** 10 000. – **Gelbe Karten:** Schlindwein, Bührer, Kühlhorn, Ozaki.

M'gladbach – Bochum 4:3 (2:0)

M'gladbach: Sude – Bruns – Herlovsen (46. Drehsen), Borowka – Krauss, Rahn, Hochstätter, Lienen, Frontzeck (75. Krisp) – Mill, Criens. – **Bochum:** Zumdick – Tenhagen – Zugcic, Kree – Bönighausen, Pickenäcker (58. Schreier), Lameck, Oswald, Schulz – Kuntz (58. Knäbel), Fischer. – **Schiedsrichter:** Walz (Waiblingen). – **Tore:** Rahn (2.), 2:0 Bruns (42., Foulelfmeter), 3:0 Rahn (51.), 4:0 Mill (54.), 4:1 Fischer (60.), 4:2 Fischer (71.), 4:3 Knäbel (90.). – **Zuschauer:** 15 000. – **Gelbe Karten:** Mill, Tenhagen (2), Schulz.

Schalke – Karlsruhe 3:1 (1:0)

Schalke: Junghans – Dietz – Kleppinger, Jakobs, Schipper – Opitz, Dierßen, Memering – Schatzschneider, Täuber. – **Karlsruhe:** Fuhr – Theiss – Boysen, Roth (80. Zahn) – Walz, Harforth, *Keim, Dittus, E. Becker – Günther,* Löw. – **Schiedsrichter:** Wiesel (Rottbergen). – **Tore:** 1:0 Thon (36.), 2:0 Opitz (47.), 3:0 Täuber (77.), 3:1 Keim (90.). – **Zuschauer:** 18 500. – **Gelbe Karte:** Memering.

Stuttgart – Bremen 1:3 (1:1)

Stuttgart: Roleder – Makan – Klinsmann (61. Wolff), Schäfer – Kempe, Ohlicher, Allgöwer, Sigurvinsson, B. Förster (46. Lorch) – Claesen, Reichert. – **Bremen:** Burdenski – Pezzey – Kutzop, Otten – Schaaf, Sidka, Möhlmann, Okudera, Meier (82. Lellek) – Neubarth, Ordenewitz (72. Hermann). – **Schiedsrichter:** Föckler (Weisenheim). – **Tore:** 1:0 Claesen (6. Foulelfmeter), 1:1 Sidka (36., Foulelfmeter), 1:2 Meier (72.), 1:3 Kutzop (90.). – **Zuschauer:** 25 000. – **Gelbe Karten:** Reichert (2), Schäfer, Makan – Okudera, Neubarth.

VORSCHAU

Freitag, 21. September, 20 Uhr
Braunschweig – Frankfurt (4:3)
K'lautern – Schalke (–:–)
Dortmund – Bochum (1:1)
Samstag, 22. September, 15.30 Uhr
Bremen – Mannheim (5:0)
Bielefeld – Düsseldorf 1:3)

Karlsruhe – Hamburg (–:–)
Leverkusen – M'gladbach (1:2)
Uerdingen – Stuttgart (3:2)
München – Köln (4:2)
In Klammern die Ergebnisse der letzten Vorrunde.



Sind seine Tage als Trainer des 1.FC Köln schon gezählt? Hannes Löhr sieht sich das Debakel seiner Mannschaft mit verbittertem Gesicht an. Noch zwei Niederlagen, so wird gemunkelt, und Löhr, vorher Manager des Klubs, werde nicht mehr Trainer sein. FOTO: PERENYI

Getuschel in Köln: Trainer Löhr ist nur noch eine Marionette seines exzentrischen Torwarts

Von ULRICH DOST

Wie immer blieb **Harald Schumacher** (30) vor den Gitterstäben stehen, hinter denen sich die Fans drängelten, um ein Autogramm zu bekommen. „Kopf hoch, Toni," sagte einer von hinten, der Trost spenden wollte, „in München nächste Woche wird es wieder besser." Schumacher konnte nur verlegen lächeln, dann deutete er mit seinem Daumen über die Schulter und murmelte: „Mit denen aber nicht." Hinter Schumachers Rücken stand der Mannschaftsbus des 1. FC Köln, in dem schon die meisten Spieler saßen. Die herbe 1:5-Niederlage der Kölner gegen Bayer 05 Uerdingen war gerade erst eine halbe Stunde alt. Schumacher, der geborene Optimist, hat seine Zuversicht verloren: 2:6 in Bremen, nun 1:5 gegen Uerdingen, dazwischen lag noch das 1:3 mit der Nationalmannschaft in Düsseldorf gegen Argentinien. In einer Woche 14 Gegentreffer, von denen ihm keines anzukreiden ist, das schafft auch einen Nationaltorwart, der zur Weltspitze zählt.

Die Kölner haben sich wieder einmal kräftig blamiert und dem klischeehaften Bild der launischen Diva entsprochen. Niemand weiß, wonach den Kölnern der Sinn steht – nach Sekt oder Selters. Diesmal war es noch nicht einmal Selters, gegen Uerdingen kam sogar ein ungenießbares Getränk dabei heraus, zusammengesetzt aus Unvermögen, Dummheit und mangelhafter Berufsausfassung.

Nach solch kräftigen Rückschlägen gerät meistens der Trainer in die Schußlinie der Kritik und dann wird die Einkaufspolitik des Klubs verdammt. In Köln war es am Samstag nicht anders. Hinter vorgehaltener tuscheln sie schon, daß der Trainer bei zwei weiteren Niederlagen nicht mehr **Hannes Löhr** (42) heißen wird. Eine zu lasche Führung wird ihm vorgeworfen, Löhr, der unterhaltsame Rheinländer, könne bei seinen Pappenheimern nicht kräftig genug mit der Faust auf den Tisch hauen. Er sei ohnehin nur eine Marionette des exzentrischen und ehrgeizigen Torwarts Harald Schumacher. Dadurch habe er bei den Spielern allen Respekt verloren. Was er sagt, geht zum einen Ohr rein, zum anderen Ohr wieder raus – nichts davon bleibt hängen, alles ist in den Wind gesprochen.

*

Vielleicht spürt auch der Trainer Hannes Löhr insgeheim, daß seine Tage in Köln gezählt sind. Mannschaftsführer **Klaus Allofs** (27) macht sich zwar für seinen Trainer stark, sagt, daß es an ihm ganz bestimmt nicht liegen würde. Doch noch nie nach einer Niederlage dachte Löhr so laut darüber nach, was ist, wenn man ihn vorzeitig aus seinem bis 30. 6. 1985 datierten Vertrag entlassen sollte. Löhr: „Ich habe 20 Jahre als Spieler, Manager und Trainer in diesem Job geschuftet. In dieser Zeit habe ich mir einiges zurückgelegt. Ich lasse mich von niemandem gängeln, auch nicht von einem Präsidenten." Noch beim Länderspiel in Düsseldorf habe ein Kollege zu ihm gesagt: „Hannes, du hast es gut, du hast jahrelang gut verdient. Ich bin aber als Trainer von irgendwelchen Präsidenten abhängig. Ich muß dahin gehen, wo ich einen Verein finde." Da ist der Kölner Trainer tatsächlich in einer besseren Lage.

Fußball-Kulisse
Zahlen, Fakten, Hintergründe aus der Bundesliga

Das Beispiel **Ernst Happel** (58), so Löhr, habe ihm sehr zu denken gegeben. An dessen Qualitäten wird derzeit gezweifelt. Löhr: „Das ist doch ein Unding. Happel, der für mich einer der weltbesten Trainer ist und der viele Erfolge hatte, soll plötzlich nicht mehr wissen, wo es langgeht? Da sollen sich lieber mal einige Spieler an die eigene Nase packen." Der Kölner Trainer glaubt, daß er sich selbst nichts vorzuwerfen habe: „Man arbeitet und tut und macht, aber nichts kommt dabei herum."

Hannes Löhr glaubt, erkannt zu haben, daß die jüngeren Spieler längst nicht mehr diesen Biß haben, wie es noch vor zehn Jahren der Fall war. Am Freitag hat er die jungen Spieler morgens um sieben Uhr zum Training bestellt, um ihnen zu zeigen, daß zu dieser Zeit die meisten Menschen nicht mehr im Bett liegen. Er wollte sie an der Einstellung packen, sie zum Nachdenken bringen, was sie doch für ein verdammt gutes Leben hätten. Doch nichts kam dabei herum. Der „Kölner Express" gab dem Schotten **Vincent Mennie** (20) die Note sechs. Mennie sah die Benotung und sagte: „Vollkommen richtig. Mann, und ich dachte, ich mache heute ein tolles Spiel. Nun bin ich erst einmal weg vom Fenster." Kein Aufbäumen, keine Wut, die Blamage jetzt im Training vergessen zu machen.

Die jüngeren Spieler wie Mennie können es sich in Köln erlauben, trotz dieses Debakels mit frohem Gesichtsausdruck herumzulaufen. Acht Spieler will Hannes Löhr von seinem überzogenen 26 Mann Kader verkaufen, doch er bekommt keinen los. Zudem haben die Kölner auch nicht gerade neue Spitzenleute eingekauft, zu denen man voller Achtung aufschauen muß.

„Wir sind einfach noch keine Mannschaft," hat Klaus Allofs festgestellt. 1,5 Millionen gaben die Kölner für Spieler aus wie **Jimmy Hartwig** (29), **Uwe Bein** (23) und **Karl-Heinz Geils** (29). Hartwig hat noch nicht gehalten, was er versprochen hat. Um Bein bislang als Fehleinkauf zu bezeichnen, gehört nicht einmal viel Fußball-Sachverstand, und Geils plagt sich mit einer Verletzung herum, er hat noch kein Bundesligaspiel für die Kölner bestritten.

Der Trainer spekuliert dennoch mit einem UEFA-Pokalplatz am Ende der Saison. Dennoch müssen sie sich etwas einfallen lassen, denn diesen 1. FC Köln wollen die Kölner nicht sehen. 6000 waren es gegen Uerdingen, die nur 70 000 Mark in die Kasse brachten – die schlechteste Einnahme seit der Bundesliga-Zugehörigkeit. Wenn es da im Klub nicht klingelt.

*

Was hatten sich die Dortmunder nicht alles von ihrem neuen Trainer **Timo Konietzka** (46) nicht alles versprochen: Ein volles Stadion und tolle Erfolge. Bisher aber sieht es so aus: Leere Kassen, Fehlinvestitionen in Millionenhöhe und Mißerfolg. Mit 0:8-Punkten steht die Mannschaft am Tabellenende.

Rund fünf Millionen Mark haben sie in den letzten beiden Jahren für neue Spieler ausgegeben. Bei der 0:1-Niederlage in München standen mit **Eike Immel** (23), **Michael Zorc** (22), **Thomas Anderbrügge** (20), **Michael Lusch** (20) und **Peter Simmes** (20) fünf Spieler aus dem eigenen Nachwuchs auf dem Rasen. Von denen, die teuer waren, aber war nur noch der Schweizer **Andre Egli** (26) dabei, für den die Dortmunder 1,2 Millionen Mark ausgaben. **Wolfgang Schüler** (26), für den Karlsruhe 600 000 Mark *erhielt, war ebenso wenig noch auf* dem Platz wie **Jürgen Wegmann** (20), für den an Essen eine Million bezahlt wurde. Für **Frank Pagelsdorf** (26) und **Uli Bittcher** (27) gaben die Dortmunder auch noch einmal 1,5 Millionen Mark aus – beide machten die Reise nicht einmal mit nach München. Für **Werner Dressel** (26), für 650 000 Mark vom 1. FC Nürnberg geholt, haben sie überhaupt keine Verwendung mehr.

Viel Geld hat der Klub ausgegeben in diesen zwei Jahren und sehr wenig dafür bekommen. Schon andere Teams hatten versucht, sportliche Erfolge durch hohe Investitionen zu erkaufen und sind gescheitert. In Dortmund sieht es derzeit nicht viel besser aus. Die Mannschaft wird wohl gegen den Abstieg kämpfen müssen. Daran ändert auch ein Trainer wie Konietzka nichts, der noch in der letzten Saison mit Uerdingen für eine Belebung der Bundesliga-Szene gesorgt hatte.



Am Boden zerstört: Nationaltorwart Harald Schumacher, der innerhalb von acht Tagen 14 Gegentore kassieren mußte. FOTO: GEBEL

Trainer Ernst Happel über seine Mannschaft: „Ein Hühnerhaufen"

BERND WEBER, Hamburg

Am Samstagabend konnte man durch Werder Bremens Trainer Otto Rehhagel im ZDF-Sportstudio erfahren, daß es Krisen im Fußball gar nicht gibt, sondern das die stets nur in der Vorstellung der Medien und der Öffentlichkeit existieren. „Eine Krise besteht dann", hat Rehhagel gesagt, „wenn ein Mensch auf der Intensivstation liegt und um sein Leben kämpfen muß". *Diese Interpretation* wird in Rehhagels Branche gewiß viel Beifall gefunden haben. Beispielsweise auch in Hamburg, wo der HSV zwar immer noch die gleichen Trikots wie in den glorreichen vergangenen Jahren mit dem Höhepunkt eines strahlenden Europapokal-Finalsieges über Juventus Turin spazieren führt, wo aber ansonsten kaum noch Ähnlichkeiten mit dem mehr auszumachen sind, was ganz Fußball-Deutschland und speziell die HSV-Fans seinerzeit in geradezu wohlige Verzückung versetzt hatte. Die Hamburger präsentieren, obwohl noch ungeschlagen in dieser Meisterschaftsrunde, zur Zeit allenfalls Mittelmaß.

Symbolisiert wurde es einmal mehr durch das enttäuschende 1:1 vor 15 000 Zuschauern gegen Bayer Leverkusen. Wobei die Gastgeber nur haarscharf am totalen Desaster vorbeischrammten, denn erst Sekunden vor dem Abpfiff rettete ausgerechnet der ungeliebte Wolfram Wuttke seiner Mannschaft durch einen 18-m-Treffer wenigstens den einen Punkt.

Doch die Laune des ohnehin meist muffligen Wiener Trainers Ernst Happel war damit wohl auch nicht mehr zu heben. Er redete sich in der Pressekonferenz nach dem Spiel seinen Frust von der Seele. Er redete so viel wie noch nie, nämlich genau sieben Sätze, wie Statistiker vermerkten. Und das Wort, daß bei seinem ungewohnten Redeschwall am meisten vorkam, hieß „Hühnerhaufen". Wie ein solcher sei seine Truppe über das Spielfeld gelaufen – nämlich ungeordnet und ängstlich. Happel beendete seinen Kolleg mit einer handfesten Drohung in Richtung einiger Spieler: Wer nicht auf der Stelle kapiere, daß er dynamischer, gradliniger zu Werke zu gehen habe, für den werde es „Konsequenzen" geben.

Welcher Spieler sich denn da in erster Linie angesprochen fühlen müsse, wurde Happel gefragt. Doch die Antwort behielt der Trainer für sich. In der Sonntagszeitung „WELT am SONNTAG" wurde er mit einer seinem Kölner Kollegen Hannes Löhr gegenüber geäußerten Wehklage über Ex-Nationalverteidiger Manfred Kaltz zitiert. So: „Der ist der Faulste, hat alles in der Hand und macht Stimmung gegen mich."

HSV-Manager Günter Netzer wiegelte gestern in einem Gespräch mit der WELT ab: „In der Form hat Happel das nie gesagt. Richtig ist aber ganz sicherlich, daß unser Trainer, und dem schließe ich mich voll an, mit den Leistungen von Kaltz absolut unzufrieden ist. Der bezieht ein Gehalt, das ihn ganz klar als einer der entscheidenden Leistungsträger ausweist. Also muß man auch verlangen, daß Kaltz sich als solcher darstellt." Daß der Verteidiger vielleicht deshalb gefrustet durch die Gegend trabe, weil Happel ihn kürzlich vom Dienst suspendiert und sein Privatleben in die Öffentlichkeit gezerrt habe, *(„Ordnen Sie das gefälligst")* will Netzer auf keinen Fall gelten lassen. Und gegen die in Hamburg immer wieder zu hörende Meinung, Happel würde seinen Dienst nur noch halbherzig versehen, weil er sich innerlich bereits vom HSV abgesetzt habe, zieht der Manager noch vehementer zu Felde. Netzer: „Das Gegenteil ist richtig. Ich habe den Trainer noch nie so engagiert gesehen wie in diesen Tagen. Um es noch deutlicher zu formulieren, ich finde ihn in seinem Bemühen, der Mannschaft wieder ein Gesicht und Format zu geben, sogar noch besser als in unseren glanzvollen Europapokaljahren. Nach zwei, drei Jahren, in denen wir Supererfolge hatten, befinden wir uns nun seit einiger Zeit in einem Wellental. Die Öffentlichkeit sollte akzeptieren, daß dies ein durchaus normaler Vorgang ist."

Netzers Ansicht in Ehren, es bleiben trotzdem ein paar Ungereimtheiten. So entstand unterhalb der Woche heftige Aufregung durch eine Äußerung von Uwe Seeler, in Hamburg eine Art Denkmal, der auf der Sportartikelmesse in München gesagt haben soll – und mehrere Ohrenzeugen sind bereit, Stein und Bein zu schwören, daß er es so gesagt hat –: „Happel hat die Mannschaft falsch trainiert." Der Wiener nahm dazu am Samstag nur kurz Stellung. Über einen solchen Vorwurf könne er „nur lachen". Seeler selbst bestreitet inzwischen entschieden, den Trainer in der Form attackiert zu haben. In einem Gespräch mit der WELT lobte der frühere Mittelstürmer des HSV und der Nationalmannschaft den Wiener Trainer mehrfach mit Nachdruck: „Happel gehört zu denen in der Bundesliga, die wirklich noch das 'Fußballspielen' lehren. Dafür muß man ihm dankbar sein. Aber man sollte die gnadenlos streng ins Gebet nehmen, die meinen, das Ganze ginge sie nichts an." Er, Seeler, sei froh, daß der HSV Dieter Schatzschneider habe nach Schalke ziehen lassen. Und wenn der gleiche Schnitt bei Wuttke gemacht würde, könne das nur weitere Vorteile bringen. Da schwingt, wenn auch unausgesprochen, ein Vorwurf gegen Netzers Einkaufspolitik mit. Der Manager war auch in dieser Saison wieder ins Kreuzfeuer der Kritik geraten, weil seine Schotten-Neuerwerbung, Mittelstürmer Mark McGhee, mehr schlecht als recht über die Bundesligafelder stolperte. Gegen Leverkusen spielte McGhee zum erstenmal stark. Das ist, zwei Tage vor dem schweren Europapokalspiel beim FC Southampton, immerhin ein Lichtblick.

*

Auch Hamburgs UEFA-Cup-Gegner macht sich große Sorgen trotz eines sehr knappen 2:1-Erfolges gegen Norwich City. Southampton bot bei der Generalprobe für das Spiel gegen Hamburg eine schwache Leistung. Fußball-Kritiker Graham Russell von der großen Sonntagszeitung „Sunday People" schrieb: „Southampton gewann – gerade eben noch."

Glück für die Engländer: Joe Jordan, aus Italien zurückgekehrt, schoß das entscheidende Tor. Torwart Peter Shilton ließ sich beim Gegentreffer von Norwich durch einen Treffer aus 30 Meter schlagen. Für Southampton, im letzten Jahr hinter Meister Liverpool Zweiter, war das 2:1 der erste Sieg in dieser Saison.



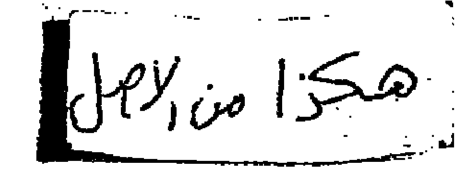
Das Spiegelbild der spielerischen Krise des Hamburger SV: [illegible] langweilen sich nur einige wenige Zuschauer [illegible]

Bayern München stellte den eigenen Startrekord ein

							Heim		Auswärts	
1. München	5	5	0	0.	14:5	10:0	5:2	4:0	9:3	6:0
2. M'gladbach	4	3	1	0	11:7	7:1	7:4	4:0	4:3	3:1
3. Bremen	4	3	0	1	12:7	6:2	7:2	4:0	5:5	2:2
4. K'lautern	4	2	2	0	7:4	6:2	5:2	4:0	2:2	2:2
5. Frankfurt	4	1	3	0	8:5	3:3	1:3	1:0	5:5	2:2
6. Hamburg	4	1	3	0	4:3	5:3	2:2	2:1	2:1	3:1
7. Uerdingen	4	2	0	2	8:6	4:4	3:4	2:2	5:2	2:2
8. Bochum	4	1	2	1	9:9	4:4	3:3	2:2	6:6	2:2
9. Mannheim	4	1	2	1	4:4	4:4	1:1	2:2	3:3	2:2
10. Karlsruhe	4	1	2	1	8:9	4:4	5:4	3:1	3:5	1:3
11. Leverkusen	4	1	2	1	7:8	4:4	6:5	3:1	1:3	1:3
12. Stuttgart	5	2	0	3	16:11	4:6	8:7	2:4	8:4	2:2
13. Düsseldorf	4	1	1	2	10:10	3:5	6:3	3:1	4:7	0:4
14. Schalke 04	4	1	1	2	8:9	3:5	5:4	2:2	3:5	1:3
15. Köln	4	1	1	2	7:13	3:5	2:6	1:3	5:7	2:2
16. Bielefeld	4	0	2	2	4:11	2:6	3:10	0:4	1:1	2:2
17. Dortmund	4	0	0	4	4:8	0:8	3:5	0:4	1:3	0:4
18. Braunschweig	4	0	0	4	3:14	0:8	1:4	0:4	2:10	0:4

● Karl-Heinz Rummenigge ist nicht mehr da, aber der FC Bayern München erscheint stärker denn je. Mit 10:0 Punkten nach fünf Spielen stellte die Mannschaft den Startrekord in der Bundesliga ein. Bisher gelang das nur einmal den Münchnern selbst im Jahre 1981. Und es folgen noch zwei Heimspiele hintereinander (gegen Köln und Mannheim). Die Kölner erlitten beim 1:5 gegen Uerdingen ihre höchste Heimniederlage seit Gründung der Bundesliga im Jahre 1963. Mönchengladbach blieb beim 4:3 über Bochum zum 25. Mal hintereinander auf eigenem Platz unbesiegt (zuletzt gegen Werder Bremen).

● Der Mönchengladbacher Frank Mill führt die Torschützenliste mit sechs Treffern an. Ihm folgen Klaus Fischer (Bochum) und Karl Allgöwer (Stuttgart) mit fünf Toren. Das Schalker Talent Olaf Thon erzielte seinen ersten Treffer in der höchsten deutschen Spielklasse. Nur 149 000 Zuschauer erlebten den vierten Spieltag. Das ist der schwächste Besuch der Saison (Schnitt: 16 555). Einen Minusrekord meldete der 1. FC Köln, nur 6000 kamen zum Spiel gegen Uerdingen. Das muntere Toreschießen geht weiter. 31 Treffer gab es diesmal, davon ein Eigentor des Kölner Hartmanns.



Ali und der Sturz beim Fußball

Muhammad Ali, in Deutschland unterwegs als Aufsichtsrats-Vorsitzender und Zugpferd der 1983 gegründeten „Championship Sports", einer Gesellschaft zur Talent-Entdeckung und -Förderung („nachdem ich der größte Boxer aller Zeiten war, will ich auch größter Promotor aller Zeiten werden"), zeigte sich in Düsseldorf beim Bundesliga-Fußball. In der Pause des Spiels gegen Braunschweig versuchte er sich als Schütze auf die Torwand. Daß er nicht traf, sagt gar nichts. Aber als er dann ausrutschte, hinfiel und nur mit Hilfe seines ehemaligen deutschen Gegners Karl Mildenberger wieder aufstehen konnte, wurde wieder deutlich, daß selbst Ali das Boxen nicht ohne Schäden überstanden hat. Abends, beim Boxen in Dortmund (siehe untenstehenden Bericht), war er ebenfalls Gast. Er wirkte wie in Trance, als ihn Mitveranstalter Egon Kanderka an der Hand die drei Stufen in den Ring führte. René Weller: „Ich bekam eine Gänsehaut." Der ehemalige Europameister Erich Schöppner: „Der nimmt doch gar nichts mehr wahr."



FOTOS: L[illegible] PERENYI/WEREK

2. Liga

dpa, Hannover

Hannovers Fußball-Fans jubeln. Jahrelang standen sie und ihre Mannschaft im Abseits. Und nun Spitzenreiter der Zweiten Liga nach fünf Siegen in sechs Spielen mit 15:8 Toren und 11:1 Punkten – ein ganz neues Gefühl. Auf dem Weg zum 2:1 gegen die Stuttgarter Kickers brandeten immer wieder Beifallswogen durch das viele Monate lang leere Niedersachsenstadion. Selbst Trainer Werner Biskup klatschte Beifall, wenn seine Talente Maximilian Heidenreich (17), Martin Giesel (20), B[illegible]ian Hellberg (21), Oliver Stoeckin[illegible] (17), Frank Hartmann (24), Carsten Surmann (24), Michael Gue (21) und Mathias Kuhlmey (18) mit dem Ball jonglierten, in fließenden Kombinationen den Gegner ausspielten. Stuttgarts Trainer Horst Buhtz, von 19[illegible] bis 1968 in Hannover unter Vertrag, spendete Lob: „Ich kann Hannover 96 zu dieser Mannschaft nur gratulieren. Sie hat eine großartige erste Halbzeit gezeigt. Allein dieser Heidenreich verkörpert schon enorme Klasse."

DIE ERGEBNISSE

Spiel	Ergebnis	Halbzeit
Hertha – Saarbrücken	4:3	(1:1)
Duisburg – Freiburg	2:1	(2:1)
Hannover – Stuttgart	2:1	(2:0)
Darmstadt – BW Berlin	4:1	(2:0)
Ulm – Aachen	3:1	(1:0)
Kassel – Offenbach	2:0	(2:0)
Homburg – St. Pauli	3:1	(2:0)
Nürnberg – Köln	6:0	(3:0)
Solingen – Oberhausen	4:1	(2:0)
Wattenscheid – Bürstadt	3:2	(0:2)

DIE TABELLE

Verein					Tore	Punkte
1.Hannover	6	5	[illegible]	0	15:8	11:1
2.Ulm	7	4	[illegible]	2	15:13	9:5
3.Solingen	6	4	[illegible]	2	16:12	8:4
4.Kassel	6	3	[illegible]	1	11:9	8:4
5.Hertha BSC	6	3	[illegible]	1	12:11	8:4
6.Wattenscheid	6	3	[illegible]	1	8:8	8:4
7.Aachen	6	3	[illegible]	1	12:11	8:4
8.Homburg	6	3	[illegible]	2	9:7	7:5
9.Bürstadt	7	3	[illegible]	3	15:9	7:7
10.Nürnberg	7	3	[illegible]	3	13:10	7:7
11.Saarbrücken	6	2	2	2	10:9	6:6
12.Offenbach	7	2	2	3	9:9	6:8
13.Stuttgart	6	2	[illegible]	3	11:11	5:7
14.Darmstadt	6	1	[illegible]	2	10:10	5:7
15.Freiburg	6	2	[illegible]	3	7:7	5:7
16.BW Berlin	6	2	0	4	11:15	4:8
17.Köln	6	1	2	3	8:14	4:8
18.Oberhausen	6	1	[illegible]	4	8:14	3:9
19.Duisburg	6	1	[illegible]	4	11:18	3:9
20.St. Pauli	6	1	[illegible]	4	5:14	3:9

DIE VORSCHAU

Freitag, 21. September, 20 Uhr: Offenbach – Hertha BSC, Oberhausen – Homburg, Aachen – Solingen. – Samstag, 22. September, 15.30 Uhr: St. Pauli – Darmstadt, Stuttgart – Nürnberg, Köln – Duisburg, Wattenscheid – Ulm, Bürstadt – Freiburg. – Sonntag, 23. September, 15.00 Uhr: BW Berlin – Kassel, Saarbrücken – Hannover.

EUROPAPOKAL / Stuttgarts Team hat mit dem Meister nichts mehr zu tun

Präsident klagt: „Alles hat sich gegen uns verschworen. Nur ein Lazarett"

MARTIN HÄGELE, Stuttgart

Er wünsche dem VfB Stuttgart nur, daß er es schaffe, den deutschen Fußball auf der internationalen Ebene würdig zu vertreten, hat Otto Rehhagel beim Abschied aus dem Neckarstadion gesagt. Seine Truppe, der SV Werder Bremen, hatte an dieser Stelle gerade 3:1 gewonnen. Rehhagel hätte sich also feiern lassen können. Schließlich will er ja auch einmal Meister werden. Und was gibt es in der Bundesliga schöneres, als ausgerechnet in der Arena des Titelträgers zwei Punkte zu holen. Aber beim Bremer Trainer überwog das Mitleid mit dem Verlierer und die Sorge ums Ansehen der Bundesliga.

Ein paar Meter weiter debattierte der Präsident des VfB Stuttgart über Sinn und Unsinn von Neuverpflichtungen. Im Europapokal dürfe man einen neuen Mann sowieso nicht einsetzen, entschied Gerhard Mayer-Vorfelder zu diesem Thema. Deshalb gebe es keine Neueinkäufe: „Alles hat sich gegen uns verschworen. Alles. In unserer Kabine sieht es aus wie in einem Lazarett." Aber da müsse man halt mit den letzten Kräften durch.

Am 26. Mai hatte sich der VfB Stuttgart als deutscher Meister feiern lassen. Von jenen, die damals den Silberteller erkämpften, liefen am Samstag noch Helmut Roleder, Günter Schäfer, Karl Allgöwer, Peter Reichert, Asgeir Sirgurvinsson und Hermann Ohlicher vom Platz: fünfeinhalb Mann, eine halbe *Elf*, Routinier Ohlicher konnte nämlich nur noch humpeln. Er war während des Spiels zwölf Minuten lang in der Kabine behandelt worden. Aber weil der VfB schon zwei Spieler ausgewechselt hatte, war Ohlicher trotz großer *Schmerzen zurückgekehrt* aufs Spielfeld.

Die Stuttgarter Elf, die am Mittwoch bei Levski Spartak Sofia im Europapokal der Landesmeister antreten wird, hat mit dem deutschen Meister noch weniger zu tun. Asgeir Sigurvinsson ist für diese Partie ebenso wie Karl-Heinz Förster gesperrt. Zu den Langzeitpatienten Guido Buchwald, Kurt Niedermayer und Rainer Zietsch, hat sich am Samstag auch noch Bernd Förster (Muskelfaserriß, sechs Wochen Pause) gesellt.

Ob Andreas Müller in Bulgarien eingesetzt werden kann, entscheidet erst ein Röntgenbild, und hinter Hermann *Ohlichers Namen steht ein Fragezeichens*. Ein ganz dickes.

Falls der Senior passen muß, wird Karl Allgöwer als Routinier und Libero versuchen, den Haufen der Talente, der angeschlagenen und Amateure, um sich zu scharen und ein Debakel zu verhindern. Den deutschen Meister werden in Sofia Spieler wie Jürgen Klinsmann (20), Jörg Wolff (21), Rudi Lorch (18), die Amateure Herbert Brem (27) und Achim Feyl (24) vertreten. Für zwei weitere Nachwuchsleute, Heribert Stadler (20) und Jürgen Schäfer (20), liegen Visa bereit.

„Wenn es nicht so ernst wäre, wäre es zum Lachen", sagt Trainer Benthaus. Oder: „Ich habe am Dienstag und am Mittwochmorgen Angst, die Mannschaft zu trainieren. Es könnte ja einer in ein Loch treten." Diese Zitate sagen alles.

Vor ein paar Wochen noch haben sich Spieler vom VfB Stuttgart beschwert, die Kommunikation mit dem Trainer sei gleich Null, er rede kaum mit ihnen. Nun, in der Not, hat man einander wieder mehr mitzuteilen. Benthaus: „Ich muß die jungen Leute jetzt aufbauen, aufbauen, aufbauen und Streicheleinheiten verteilen."

Aus diesem Grund fliegt auch der gesperrte Spielmacher Asgeir Sigurvinsson mit. Er soll den Kollegen Mut machen, die Moral stärken. Karl-Heinz Förster hat diesen Job abgelehnt. Er brauche jetzt endgültig Aufklärung über das wahre Ausmaß seiner Verletzung. Der Stuttgarter Kapitän fährt stattdessen nach Freiburg, läßt in der Klinik von Professor Klümper eine *Computer-Tomographie* machen. Der eisenharte Stopper tut dies nicht ohne Angst. Förster: „Wenn das Kanbein (ein kleiner Knochen unterhalb des Sprunggelenks) wirklich angerissen ist, kann das soweit gehen, daß ich eine ganze Saison abschreiben muß."

Wie man die prikäre Situation am besten meistere, dazu hat Karl-Heinz Förster nur einen Rat parat: „Wir müssen uns auf den Europacup und den DFB-Pokal konzentrieren", meint er, „denn die Bayern sind jetzt erstmal sechs Punkte weg." Der glänzende Start und das Glück der Münchner tragen nicht gerade zur *besseren Stimmung* beim *VfB Stuttgart* bei. Und für Benthaus ist eine Spitzenposition im Verlauf der Vorrunde nicht mehr drin. Der Meister hat seine Ziele zurückgesteckt, die Gedanken an Titelverteidigung bis auf weiteres vertagt.

Denn *obwohl* die ungeliebte Münchner Konkurrenz von Verletzungen ebenfalls nicht verschont blieb, wirken sich im 27-Mann-Kader des Pokalsiegers Ausfälle nur halb so schlimm aus. So kann sich der FC Bayern leisten, den für vier Spieltage gesperrten Verteidiger Bernd Martin in der Europacup-Partie gegen FK Moss den letzten Teil seiner Strafe absitzen zu lassen. Martin hätte auch gegen die Norweger spielen können, hätte dann aber am nächsten Samstag gegen Köln aussetzen müssen.

Zwar jammert Trainer Udo Lattek „langsam wird's eng mit unserer Personaldecke", trauert dem maladen Sören Lerby und dem gegen Dortmund angeschlagenen Lothar Matthäus nach („Nun ist unser Herzstück zerrissen"), doch so bös hat Rüßmanns Tritt den zähen Franken Matthäus nicht erwischt. „Es muß einfach gehen", sagt Matthäus trotz des geschwollenen Knies, „und normalerweise müssen wir sie mit drei, vier Toren Unterschied heimschicken."

In Matthäus' ehemaligem Klub Mönchengladbach nimmt man *UEFA-Cup-Gegner Dukla* Bystrika offensichtlich ernster. Nachdem bei Bernd Krauss und Armin Veh alte Leistenverletzungen wieder aufbrachen, sich zudem Kai-Erik Herlovsen krankmeldete, erklärte Trainer Jupp Heynckes: „Ich habe jetzt niemanden mehr, den ich unbedenklich einsetzen könnte." Schließlich fehlen Heynckes mit Wilfried Hannes, Winfried Schäfer und Norbert Ringels drei Leistungsträger auf längere Zeit.

Ohne Personalsorgen fliegen die Hamburger nach Southampton und die Bremer nach Anderlecht. Die Blessur von Wolfgang Rolff erwies sich harmloser als befürchtet. Trainer Rehhagel kann in Belgien auf seine Torjäger Rudi Völler (Oberschenkelzerrung abgeklungen) und Uwe Reinders zurückgreifen.

FORMEL 1 / Neuer deutscher Wagen vorgestellt

Zakowskis Silberpfeil, aber Daten fehlen noch

KLAUS BLUME, Bonn

Da stand nun das Fahrzeug im „Aktuellen Sportstudio" des Zweiten Deutschen Fernsehens (ZDF), silbrig glänzend wie einst die Mercedes-Silberpfeile vor dem Krieg und versehen mit der Startnummer 1, wie sie dem Weltmeister zusteht. Präsentiert wurde das Objekt mit dem hohen Anspruch der staunenden Öffentlichkeit als neueste deutsche Formel-1-Kreation des Niederzissener Konstrukteurs Erich Zakowski (siehe WELT vom 5. September). Denn Tradition und Verpflichtung – das gehört schließlich zum Branchen-Image, auch, wenn ZDF-Moderator Bernd Heller lieber vom „Dschungel Formel 1" sprach. Sollte es irgendwann wieder Grand-Prix-Rennen auf dem Nürburgring geben, so hatte Zakowski dem Kölner „Express" einmal erzählt, würde er ein Gelübde einlösen: Dann nämlich würde er eine eigene Formel-1-Konstruktion einsetzen. Am 7. Oktober findet in der Eifel der „Große Preis von Europa" statt, die Formel-1-Premiere auf dem neuen Ring und zugleich der vorletzte Lauf zur diesjährigen Weltmeisterschaft. Das Zackspeed-Fahrzeug wird nicht am Start sein. Frühestens in der Saison 1985, so will es die Deutsche Presseagentur (dpa) erfahren haben, sei an das Renndebüt zu denken.

Feststeht aber schon jetzt, was Zakowski und seine Mannschaft auf die vier Räder stellte, ist erstaunlich. Schließlich ist die Kreation aus der Eifel ein Rennwagen, bei dem alles in eigener Arbeit entstand. Schon das müßte eigentlich den großen deutschen Automobilherstellern, die sich lediglich als Motorenlieferanten in diesem Sport engagieren, zu denken geben.

Die Präsentation ist also erfolgt, obwohl Zakowski noch vor wenigen Wochen im Gespräch mit der WELT erklärte: „Wir haben keinerlei Formel-1-Ambitionen. Wir haben nie etwas Ernsthaftes in dieser Richtung geplant." Zu jenem Zeitpunkt hatte Zakowski bereits 30 000 Dollar bei der obersten internationalen Motorsportbehörde FISA als Eintrittsgeld in die Formel 1 hinterlegt, die verfallen könnten, wenn Zakowksi nicht antreten würde.

Zakowski zur WELT: „Diese 30 000 Dollar bekommen wir wieder, wenn wir fahren. Wir haben sie eingezahlt, um gewissermaßen bereit zu sein. Es hätte ja sein können, daß schon viel eher alles zusammengepaßt hätte: Die Sponsoren, der Fahrer, das notwendige Training. Aber wir wollen nichts mit Gewalt erzwingen. Wir wollen auch trainieren, bevor wir auftreten. Sicher, es wäre eine schöne Sache gewesen, am 7. Oktober auf dem neuen Nürburgring das Debüt zu geben, doch das ist nicht möglich."

So wird der neue deutsche Formel-1-Rennwagen *auch nicht* ab Dienstag bei den Testfahrten der gesamten Formel 1 in der Eifel dabei sein. Erich Zakowski: „Wir werden nach dem 7. Oktober mit unserem Testprogramm beginnen. Zuerst wohl auf dem Ring. Wer dabei den Wagen fahren wird, *steht* zur Zeit noch nicht fest. Mir wäre es angenehm, wenn es jemand sein könnte, der bereits Erfahrung in der Formel 1 hat, doch diese Fahrer stehen ja derzeit noch alle bei anderen Firmen unter Vertrag. Gegebenfalls können wir aber auf unsere beiden Fahrer Klaus Ludwig und Klaus Niedzwiedz zurückgreifen, die aber allesamt bisher noch nicht in der Formel 1 tätig waren."

Der neue deutsche Rennwagen wurde bisher nicht auf einer Rennpiste bewegt. Die entsprechenden Daten aus den Tests fehlen also noch. Was überdies noch fehlt, sind Sponsoren und Fahrer. Zakowski: „Wir wollten zuerst mal die Technik haben, jetzt geht es schrittweise weiter. Feststeht für mich, dieses Auto wird im nächsten Jahr in der Formel-1-Weltmeisterschaft starten." Das heißt zugleich, die Firma Zackspeed aus Niederzissen in der Eifel, die einen ausgezeichneten Ruf im Automobil-Rennsport genießt, wird künftig auf völlig getrennten Sektoren arbeiten. Zakowski: „Das eine ist die Formel 1, das andere kann etwas ähnliches sein, wie wir es bisher schon gemacht haben."

Zurück zur Formel 1: Am 4. Oktober wird Zakowski sein Projekt der Fachpresse vorstellen. Dann wird es zum ersten Mal Gespräche über die noch nicht bekannten technischen Daten des Formel-1-Rennwagens aus der Eifel geben. Zakowski: „Über so etwas zu sprechen, ist zum Beispiel anhand des Turbo-Aggregats exakte PS-Zahl angeben, Es wird immer nur Zahlen geben, die sich in einem gewissen Bereich befinden." Der Bereich liegt bei ungefähr 750 PS, und das ist exakt der Ausgangswert, der heutzutage in der Formel 1 notwendig geworden ist.

EISHOCKEY

Russen-Trainer: Entschuldigung bei den Indianern

dpa, Calgary

Der sowjetische Eishockey-Nationaltrainer Viktor Tichonow hat sich in Calgary bei den Bewohnern der Indianer-Reservate von Alberta (Kanada) entschuldigt. Tichonow hatte nach dem sowjetischen 6:3-Sieg in der Vorrunde beim Canada-Cup über die kanadische Mannschaft gesagt, sie hätte sich „aufgeführt wie Indianer auf der Jagd nach Skalps". Häuptling Wilson Okeymaw vom Stamm der Cree-Indianer hat daraufhin in einer Versammlung von über 100 Indianerführern, die 43 Stämme aus Alberta repräsentierten, unter großem Beifall gesagt, die Bemerkung Tichonows würde ihn, seine Kinder und alle Indianer Kanadas persönlich in ihrer Ehre verletzen. Okeymaw verlangte von Tichonow, dem er vorwarf, „zuviel Wildwestfilme im Kino und Fernsehen zu sehen", eine förmliche Entschuldigung.

Die kanadischen Indianer hätten keine Menschen skalpiert. Das sei ein Brauch, den die Europäer bei der Eroberung des Landes eingeführt haben. In seiner Antwort betonte der sowjetische Trainer während der Pressekonferenz nach der 2:3-Halbfinalniederlage gegen Kanada, er entschuldige sich förmlich bei den Indianern. Er habe niemanden verletzen und beleidigen wollen.

„Der russische Bär ist tot". Mit derart drastischen Schlagzeilen feierte die kanadische Presse übrigens den 3:2-Sieg Kanadas über die UdSSR. Das „Edmonton Journal" jubelte: „Kanada ist wieder die größte Eishockey-Nation der Welt. Die anderen sollen ruhig ihren Fußball, ihr Rugby oder Cricket spielen, wir haben das größte Spiel für uns zurückerobert."

Die „Calgary Sun" empfand einen „stolzen Moment für ganz Kanada". Acht Jahre lang seit dem Gewinn des Canada-Cups 1976 seien die Kanadier in Vergleichen mit den Sowjets in der „Rolle von Windhunden gewesen, die als arme Hunde ihr Leben lang hinter dem mechanischen Kaninchen herhetzen". Jetzt endlich sei die Beute erwischt worden. Eine in „Ekstase geratene Menge wird es nie, niemals vergessen". Diese Beiträge werden gekrönt von einem Kompliment, wie es selbst im kanadischen Eishockey selten ist. Mit Bezug auf Wayne Gretzky, der ein „Gefühl wie beim Gewinn des Stanley Cup" gespürt haben will, heißt es: „Ganz Kanada gewann gegen die UdSSR den Stanley Cup."

BOXEN / Manfred Jassmanns Trainer warf das Handtuch im EM-Kampf

Kritik an der einsamen Entscheidung

sid, Dortmund

Box-Profi Manfred Jassmann (32) *wollte kämpfen bis zum Umfallen*. Doch sein Trainer Uli Resties hat das beim Europameisterschaftskampf des deutschen Halbschwergewichtsmeisters in Dortmund verhindert. 1:20 Minuten vor Schluß der vierten Runde beendete Resties den Kampf – *er warf das Handtuch, noch bevor der* italienische Ringrichter Roland Barravecchio mit dem Anzählen begonnen hatte. Der Holländer Alex Blanchard blieb Europameister.

„Ist denn der verrückt?" fragte sich Jassmanns Manager Wilfried Sauerland, um dann festzustellen: „*Wie oft* schon ist ein Boxer vom Boden aufgestanden und hat noch haushoch gewonnen." Blanchards Arbeitgeber Henk Ruhling war die Ruhe selbst: „Natürlich war Jassmann geschlagen, aber ich hätte das Handtuch in dieser Situation noch nicht geworfen." Ringarzt Dr. Wagner verstand Resties Reaktion zu diesem Zeitpunkt genausowenig wie einige ehemalige renommierte deutsche Profi-Boxer. „Wenn das mein Trainer gewesen wäre, hätte er Schläge bekommen," wetterte Peter Müller. „Wir sind doch hier nicht im Kindergarten," erboste sich Erich *Schöppner. „Selbst bei den Amateuren* wäre noch nicht abgebrochen worden und Jassmann hätte sich zumindest bis acht erholen können," meinte sein früherer Korbacher Trainer Hans Hillmann. Der Technische Leiter der Veranstaltung, Wolfgang Müller („Das war Betrug am Veranstalter") wollte Resties sogar die Trainer-Lizenz entziehen lassen.

Und wie reagierte Manfred Jassmann, der Betroffene? „Ich habe Wirkung gezeigt, zugegeben. Aber ich hätte mich noch einmal erholt," sagte er. Über die Entscheidung seines Trainers äußerte sich Jassmann so: „Ich bin meinem Trainer schon zu sehr ans Herz gewachsen. Der hat nicht die guten Nerven, die ich habe." Doch Jassmann, der sich nun erst einmal mit bescheidenen Börsen und kleineren Kämpfen auf nationaler Ebene zufriedengeben muß, wird weitermachen, „mit Resties als Trainer und Sekundant".

Doch wie auch immer – Uli Resties wurde in Dortmund zum Prügelknaben. Dabei hat er Jassmann nur vor Schlimmeren bewahren wollen. Resties: „Wir wollen keine Toten im *Ring. Das artet in Bestrafung aus.* Und dafür ist mir Manfred zu schade."

Der „Boxring Westfalen", der nach 17 Jahren erstmals wieder eine Profi-Veranstaltung in der traditionsreichen Westfalenhalle ausrichtete, kam *mit einem blauen Auge davon. Das* einkalkulierte Minus hielt sich in Grenzen. Ein René Weller macht eben doch noch keinen neuen Frühling. Das Profi-Boxen lebt hierzulande weiter von der Erinnerung.

Und: Die Branche bleibt skandalumwittert. *In Seoul zum Beispiel* droht dem kolumbianischen Profi-Boxer Joquim Caraballo und dessen peruanischen Trainer Amancio Castro Gefängnis wegen Betrugs. Caraballo hatte am 7. September einen Weltmeisterschaftskampf gegen den Südkoreaner Kwon Sun-Chon in Seoul verloren – unter falschem Namen. Caraballo hatte sich als Alberto Castro ausgegeben, ein wesentlich besserer und in der Weltrangliste höher plazierter Kämpfer als er selbst, dem auch eine höhere Gage zustand.

SPORT-NACHRICHTEN

Siege trotz Mittelmaß

Como (dpa) – Mit sechs Siegen trotz mittelmäßiger Leistungen beendeten deutsche Leichtathleten die Saison bei einem Internationalen Sportfest in Como. Für die beste Leistung sorgte Klaus Tafelmeier mit 89,32 m im Speerwerfen. Edith Oker (13,69 Sekunden über 100 m Hürden), Sabine Everts (6,01 m) und Marcus Kessler (7,69 m) im Weitsprung, sowie Dietmar Mögenburg (2,25 m im Hochsprung) und Rolf Dresel (47,82 Sekunden über 400 m Hürden) sorgten für die weiteren Siege.

Krickstein verteidigte Titel

Tel Aviv (sid) – Der erst 17jährige amerikanische Titelverteidiger Aaron Krickstein gewann erneut das mit 90 000 Dollar dotierte israelische Tennis-Grand-Prix-Turnier durch einen 6:1, 6:4-Finalsieg über den 21jährigen Shakar Perkis (Israel). Krickstein wurde neben John McEnroe, Jimmy Connors und Peter Fleming für die Davis-Cup-Begegnung mit Australien nominiert.

Erhöhte Teilnehmerzahl

Hamburg (dpa) – Aufgrund der verbesserten Leistungen beim jüngsten Sprint-Championat darf die Deutsche Eisschnellauf-Gesellschaft (DESG) für die Sprint-Weltmeisterschaften (23./24. Februar in Heerenveen/Holland) ihre Teilnehmerzahl auf fünf (drei Damen/zwei Herren) erhöhen.

Dritte Partie vertagt

Wolgograd (dpa) – Die dritte Partie der Damen-Schachweltmeisterschaft zwischen den beiden Sowjetrussinnen Maya Chiburdanidze und Irina Lewitina wurde nach dem 41. Zug vertagt. Nach den beiden ersten Partien steht es 1:1.

Drei Heber-Rekorde

Varna (sid) – Beim Gewichtheber-Meeting in Varna wurden drei Weltrekorde verbessert, und zwar durch Vizeweltmeister Viktor Sodolow (UdSSR) im Stoßen des Mittelschwergewichts (233 kg) und im olympischen Zweikampf (422,5 kg) sowie durch Weltmeister Pawel Kusnetsow (UdSSR) im Stoßen des ersten Schwergewichts (241 kg).

Berufung für Hidalgo

Paris (sid) – Michel Hidalgo, technischer Direktor und früherer Nationaltrainer des französischen Fußball-Verbandes, wurde von UEFA-Präsident Jacques Georges in die technische Kommission der UEFA (Europäische Fußball-Union) berufen. Die UEFA gab jetzt die Austragungsorte für die Endspiele um die Europa-Cup-Wettbewerbe der Landesmeister und Pokalsieger bekannt. Sie finden statt: Am 15. Mai in Rotterdam (Pokalsieger) und am 29. Mai in Brüssel (Landesmeister).

Ohne Wunderlich

Düsseldorf (sid) – Ohne Torjäger und Regisseur Erhard Wunderlich wird die deutsche Handball-Nationalmannschaft am Vier-Länder-Turnier in der CSSR (19.–21. Oktober) teilnehmen. Wunderlich sagte aus beruflichen Gründen ab, ebenso Torhüter Klaus Wöller.

Hearns bleibt Meister

Saginaw (dpa) – Mit dem 34. K.o.-Sieg seiner Karriere hat der Amerikaner Thomas Hearns seinen Titel als Box-Weltmeister im Superweltergewicht (WBC-Version) verteidigt. Herausforderer Fred Hutchings (USA) ging bereits in den ersten beiden Runden zweimal zu Boden und war nach 2:56 Minuten in der dritten Runde endgültig geschlagen.

Neues Surfbrett

Düsseldorf (sid) – Auf seiner Jahresversammlung am 7. November in London wird der Internationale Segler-Verband (IYRU) ein neues Brett für die olympische Surfregatta in Seoul bestimmen. Es wird voraussichtlich der sogenannten Division II angehören und besonders für Reviere mit leichten Winden geeignet sein.

Streit um Gewinne

Los Angeles (dpa) – Uneinigkeit herrscht in den USA über die Aufteilung des finanziellen Gewinns, der bei den Olympischen Sommerspielen von Los Angeles gemacht wurde. Peter Ueberroth, der Präsident des Organisationskomitees (LAAOC), will die 150 Millionen Dollar (450 Millionen Mark) wie folgt aufteilen: 75 Millionen Dollar für das Olympische Komitee der USA (USOC), 50 Millionen zur Förderung des Nachwuchses in Kalifornien und 25 Millionen für den Sport in der Dritten Welt. Demgegenüber beansprucht das USOC 60 Prozent des Gewinns für sich, 20 Prozent für die US-Fachverbände und 40 Prozent für den Amateursport in Südkalifornien.



15 Grad Wassertemperatur im Fühlinger See bei Köln: Das Wetter ließ viele harte Triathleten schon bei der ersten Etappe scheitern. FOTO: SVEN SIMON

Ultra-Ultra-Triathlon schon geplant

ULLA HOLTHOFF, Köln

Risto Hietanoro (23) aus Finnland im Ultra-Triathlon und Dirk Aschmoneit (22) aus Neumünster im Lang-Triathlon sind die beiden Triathleten, die sich seit gestern Europameister nennen dürfen. Sie waren die schnellsten beim Ausdauer-Dreikampf im Schwimmen, Radfahren und Laufen, zu dem sich fast 2000 Sportler gemeldet hatten. Nur 460 von ihnen starteten allerdings in den beiden inoffiziellen Europameisterschafts-Klassen Lang- und Ultra-Triathlon.

Rund drei Viertel der in Köln versammelten Triathleten zogen die kürzeren Distanzen am Samstag vor: Der Cologne-Cup (750 m Schwimmen, 60 km Radfahren und 16 km Laufen) und der Kurz-Triathlon (350 m, 25 km, 15 km) waren schon in 1:30 Stunden und drei Stunden zu bewältigen. Und das ist auch von durchschnittlich trainierten Sportlern zu schaffen.

An die Grenzen der körperlichen Belastbarkeit gehen dagegen die Strecken beim Lang- (2,5 km, 110 km, 20 km) und Ultra-Triathlon (3,8 km, 180 km, 42,2 km). Die Sieger benötigten 9:28,20 Stunden (Hietanoro) und 5:22,57 Stunden (Aschmoneit).

Für 25 Teilnehmer war gestern bereits wenige hundert Meter nach dem Start das Rennen beendet. Mit Krämpfen und Unterkühlungserscheinungen wurden sie von DLRG-Helfern aus dem 15 Grad kalten Wasser des Fühlinger Sees gezogen.

Obwohl die Veranstalter wegen der extrem niedrigen Wassertemperatur die Schwimmstrecken bereits auf 1,5 km und 2,5 km verkürzt hatten, waren andere Triathleten gar nicht erst angetreten. So die beiden deutschen Meister Hanni Zehnender (37) aus Augsburg und Klaus Klaeren (27) aus Gerolstein.

Hanni Zehnender, eine Mutter von vier Kindern, will in drei Wochen beim „Ironman" auf Hawaii starten und mochte ihrem Körper angesichts der Wassertemperatur keine risikoreiche Belastung mehr zumuten, zumal ihr männlicher Widerpart Klaus Klaeren ein warnendes Beispiel gab. Der Sportstudent, um die Gefahr der Überbelastung wissend, wollte unbedingt seine absoluten Leistungsgrenzen erfahren und bestritt in diesem Sommer bereits acht statt der empfohlenen drei bis fünf Triathlon-Wettkämpfe. Sein Körper reagierte zwangsläufig: Bei seinen beiden letzten Wettbewerben in Koblenz und der Weltmeisterschaft in Nizza am vergangenen Sonntag erlebte er jeweils kurz vor dem Ziel den totalen Einbruch. Kurz entschlossen beendete er seine Saison früher als geplant.

Die Vernunft, also die Einsicht in physiologische (körperliche) Zwangsläufigkeiten, haben Klaus Klaeren zu diesem Schritt bewogen, während andere sich mit den eigenen Grenzen noch nicht abfinden können: In der CSSR planen sie bereits die Steigerung des Ultra. Einen Ultra-Ultra-Triathlon mit 10 km Schwimmen, 250 km Radfahren und 100 km Laufen.

TENNIS

Connors: „Geistige Müdigkeit"

dpa, Los Angeles

Er legte den rechten Arm um ihre Schulter. Sie legte den Arm um seine Hüfte. So einträchtig verließen Jimmy und Patty Connors das Los Angeles Tennis Center. Sie bestiegen einen gemieteten Wagen und fuhren in eine unbestimmte Tennis-Zukunft. „Es ist weniger eine körperliche Müdigkeit", sagt Jimmy Connors, nachdem er im Halbfinale des Turniers von Los Angeles den Inder Ramesh Krishnan mit 6:4, 7:5 ausgeschaltet hat. „Ich habe den Ball gut geschlagen. Doch was mir gegenwärtig besonders zu schaffen macht, ist eine geistige Müdigkeit. Ich bin ausgebrannt." So will er, nach sieben Woche ununterbrochenem Tennisstreß, erst einmal eine kurze Auszeit nehmen: „Wenn das Jahr dann um ist, werde ich glücklich sein, ersteinmal Abstand nehmen zu können vom Tennis."

Kein Zweifel, der große Kämpfer Connors ist müde und verschwendet hin und wieder schon einmal einen Gedanken an Abschied. Seit Beginn seiner Karriere hat er 7,5 Millionen Dollar an Preisgeldern gewonnen, 425 000 Dollar davon in diesem Jahr. Sein Familienleben ist in Ordnung. Patty erwartet im Dezember ihr zweites Kind. „Im nächsten Jahr will ich höchstens noch 23 Wochen spielen", sagt Jimmy. Das Geheimnis, warum der Amerikaner als einziger seiner Generation der Gottfried, Stockton, Ramirez, Tanner und Vilas auch jetzt noch, als Dritter der Weltrangliste, zu den Besten des Metiers zählt, heißt wahrscheinlich Patty. Sie hat die Familie zusammengehalten, hat Jimmy in diesem Jahr zu fast allen seiner 14 Grand Prix-Turniere begleitet, zumeist mit dem fünfjährigen Sohn Brett. Baby Brett gehört seit seinem Lebensalter von drei Wochen zum Tennis-Zirkus. Patty Connors sagt: „Ich dränge ihn nicht. Wenn es an der Zeit ist, wird er selber Schluß machen. Ich bin sicher, ist er nicht mehr unter den ersten zehn, dann wird er seine Konsequenzen ziehen." „Solange ich kämpfen kann, werde ich spielen", sagt Jimmy Connors. „Vielleicht ein Jahr, vielleicht noch zwei Jahre. Wer weiß das. Wenn ich nicht mehr kämpfen kann, werde ich ganz schnell Schluß machen. Und ich habe keine Angst davor."

Richard Hartmann †

Ein Leben für Bob- und Rodelsport

sid/dpa, München

Es ist noch gar nicht lange her, da stand ein freudestrahlender Richard Hartmann im Zielbereich der Kunsteisbahn von Sarajewo und freute sich wie ein Kind über die olympische Goldmedaille von Hans Stanggassinger und Fritz Wembacher im Doppelsitzer. Zwanzig Jahre hatte der Präsident des Deutschen Bob- und Schlittensportverbandes (DBSV) auf diesen Tag warten müssen. Die beiden Berchtesgadener erfüllten Hartmanns Traum vom Olympiasieg im Rennrodeln.

In Sarajewo war es auch, wo Hartmann an einem Lungenvirus erkrankte, den er zunächst nicht richtig ernst nahm, der sich aber zur tödlichen Krankheit entwickelte. Acht Wochen nach seinem 70. Geburtstag am 15. Juli starb Richard Hartmann am Morgen des 15. September in Berchtesgaden.

Für das Berchtesgadener Land war es ein Glücksfall, als der gebürtige Münchner Richard Hartmann 1937 als Lehrer dorthin kam. Der spätere Rektor der Hauptschule im Ortsteil Bischofswiesen hob nach dem Krieg den Wintersportverein Königssee aus der Taufe. Damit begann eine beispielhafte Karriere als Sportfunktionär. Er betrieb den Bau der ersten Kunsteis-Rodelbahn der Welt am Königssee, die Ende 1968 eröffnet wurde. Vier Millionen Mark kostete die Eisröhre, die 1969 die ersten Weltmeisterschaften und – den ersten Todessturz erlebte. Den Erbauer, Richard Hartmann, hat dieser Schicksalsschlag hart getroffen.

Später wurde die Bahn auch für Bobrennen umgebaut und außerdem in Berchtesgaden das Bundesleistungszentrum für Bob und Rennrodeln errichtet. Die Königsseer Bahn war ein Signal für den Bob- und Rodelsport: Danach entstanden Kunsteisbahnen in Sapporo, Oberhof, Igls bei Innsbruck, Winterberg, Lake Placid und Sarajewo.

Der Undank mancher Athleten und Querelen im Verband hatten Hartmann tief getroffen, dennoch stellte er sich 1984 zur Wiederwahl als Präsident. Als persönliches NOK-Mitglied gehörte Hartmann auch zu den Befürwortern der Olympia-Bewerbung Berchtesgadens für 1992.





Sport in Zahlen . . . Sport in Zahlen . . . Sport in Zahlen . . .

FUSSBALL

Erste englische Division, 6. Spieltag: Chelsea – West Ham 3:0, Coventry – Manchester United 0:3, Ipswich – Arsenal 2:1, Liverpool – Sunderland 1:1, Newcastle – Everton 2:3, Southampton – Norwich 2:1, Stoke – Leicester 2:2, Tottenham – Queens Park 5:0, Watford – Aston 3:3, Bromwich – Sheffield 2:2. – Tabellenspitze: 1. Tottenham 15:7 Tore/10 Punkte, 2. Manchester United 11:3/10, 3. Arsenal und Sheffield je 11:9/10. – **„DDR"-Oberliga**, 5. Spieltag: Frankfurt – Aue 1:1, Lok Leipzig – Rostock 4:1, Karl-Marx-Stadt – Brandenburg 2:1, Dresden – Erfurt 2:0, Dynamo Berlin – Magdeburg 3:1, Jena – Chemie Leipzig 2:3, Suhl – Riesa 2:3. – Tabellenspitze: 1. Dresden 21:2/10:0, 2. Dynamo Berlin 14:1/10:0, 3. Lok Leipzig 12:3/7:3, 4. Frankfurt 6:3/7:3. – **Länderpokal**, Damen: Südbaden – Württemberg 1:3, Südwest – Saarland 1:0.

GOLF

Internationale Deutsche Amateur-Meisterschaft in Ratingen, Nationen-Wertung um den „Preis der Bundesrepublik Deutschland". Gewertet wurden in den beiden ersten Meisterschaftsrunden täglich pro Team die beiden besten Ergebnisse (Standard und Par 71): Damen: 1. Deutschland I 297 Schläge (Lampert 72+76, Beer 74+75, Koch 77+77), 2./3. Schweiz und Deutschland II je 304 (E. Peter 75+75, Bockelmann 75+79, Steinert 78+82), 4. Norwegen 324. – Herren: 1. Deutschland I 285 (Reiter 69+72, Hübner 75+70, Dekorsy 74+74), 2./3. Österreich I und Deutschland II je 291 (Schulte 74+71, Stamm 77+76, Städler 70+81), 4. Norwegen II 298, 5. Norwegen I 301, 6. Österreich II 306, 7. Schweiz 309, 8. Holland 316.

BADMINTON

Bundesliga, 3. Spieltag: Solingen – SSF Bonn 4:4.

BASKETBALL

Bundesliga, Herren, 1. Spieltag: Düsseldorf – Charlottenburg 78:79, Bamberg – Leverkusen 83:76, Heidelberg – Gießen 87:80, Köln – Hagen 75:57, Göttingen – Osnabrück 99:73.

HANDBALL

Freundschaftsspiel: Reinickendorf – Lugi Lund 28:22.

JUDO

Bundesliga, 7. Wettkampftag, Gruppe Nord: Bremen – Wolfsburg 4:14, Düsseldorf – Berlin 7:10, Witten-Annen – Remscheid 8:11. – Gruppe Süd: Regensburg – Rüsselsheim 3:14, Malstatt-Saarbrücken – Freiburg 6:11, Abensberg – München-Großhadern 1:16.

RINGEN

Bundesliga, 3. Wettkampftag, Gruppe West: Goldbach – Schwalbach-Schwarzenholz 23,5:14,5, Aldenhoven – Köllerbach 18,5:19,5, Aschaffenburg – Schifferstadt 17:21, Witten – Bonn-Duisdorf 28:6. – Gruppe Süd: Reilingen – Urloffen 20,5:15, Aalen – Freiburg-Haslach 31,5:6, Freiburg-St. Georgen – Wiesenthal 14:24, Triberg – Bad Reichenhall 15:25.

TENNIS

Bundesliga, 9. Spieltag, Gruppe 1: Leverkusen – RW Berlin 8:1, Hamburg – München 4:5, Bamberg – Neuss 3:6. – Gruppe 2: Mannheim – Essen 6:3, Karlsruhe-Rüppur – Waldau-Stuttgart 6:3, Amberg – Hannover 7:2.

TISCHTENNIS

Bundesliga, Herren, 1. Spieltag: Bayreuth – Saarbrücken 3:9, Bad Hamm – Reutlingen 8:8, Bremen – Grenzau 8:8.

VOLLEYBALL

Bundesliga, Herren, 1. Spieltag: Passau – München 0:3.

LEICHTATHLETIK

Acht-Nationen-Turnier in Tokio, Mannschaftswertung: 1. „DDR" 183 Punkte, 2. UdSSR 171, 3. England 149, 4. USA 121, 5. Ungarn 113, 6. Italien 93,5, 7. Japan 92, 8. Asien 75.

SEGELN

Europameisterschaft in der olympischen Tornado-Klasse auf dem Grevelinger Meer vor Brouwershaven/Holland, dritte Wettfahrt: 1. Poul u. Trine Elvström (Dänemark), 2. Willy u. Cees van Bladel (Holland), 3. Marström/Söderquist (Schweden), . . . 7. Kaphengst/Ahrberg, 8. J. Spengler/Jentsch, . . . 11. Lange/Starken, . . . 16. Jörg u. Ulrike Schmall, . . . 20. B. Spengler/Adler, 21. Warnke/Rohrmoser, 22. Fiala/Fiala, . . . 24. Stadler/Bruis (alle Deutschland). – Stand nach drei Wettfahrten: 1. Van Bladel/Van Bladel 3,0 Punkte, 2. Kaphengst/Ahrberg 37,0, 3. Spengler/Jentsch 37,7, 4. Trost/Böse 53,7, 5. Elvström/Elvström 58,0.

BOXEN

Berufsboxen in Dortmund, Europameisterschaft im Halbschwergewicht (12 Runden): Blanchard (Holland) Aufgabesieger 4. Rd. – Jassmann (Korbach); Schwer (vier Runden): Behrens (Duisburg) K.o.-Sieger 3. Rd. – Gimborn (Köln); Welter (sechs Runden): Theodoss (Stuttgart) Unentschieden – van Elteren (Holland); Mittel (sechs Runden): G. Rocchigiani (Berlin) PS – Nzolamezo (Zaire); Halbschwer (sechs Runden): R. Rocchigiani (Berlin) PS – Barrero (Uruguay); Superfeder (acht Runden: Rubin (Duisburg) K.o.-Sieger 5. Rd. – Oumghar (Holland); Halbschwer (acht Runden): Mwale (Sambia) K.o-Sieger 2. Rd. – Walburn (USA).

GALOPP

Rennen in Düsseldorf: 1. R.: 1. Trupper (E. Schindler), 2. Quichotte, 3. Magalp, Toto: 28/12, 13, 14, ZW: 112, DW: 308, 2. R.: 1. Glady Star (Frl. S. Hielscher), 2. Alouette, 3. Kavalkade, Toto: 36/16, 26, 26, ZW: 512, DW: 2004, 3. R.: 1. Angelita (A. Tylicki), 2. Ordensadler, 3. Alpenhort, Toto: 52/26, 42, 38, ZW: 732, DW: 6244, 4. R.: 1. Ombretta (P. Schade), 2. Chico, 3. Adelsruf, Toto: 80/26, 34, 50, ZW: 1572, DW: 18 224, 5. R.: 1. Ajoute (P. V. Gilson), 2. Solo Dancer, 3. Justus, Toto: 40/15, 13, 22, ZW: 84, DW: 680, 6. R.: 1. Prairie Rokky (Am. A. Schütz), 2. Oglio, 3. Rizi, Toto: 32/20, 38, –, ZW: 220, DW: 976, 7. R.: 1. Big Jim (E. Schindler), 2. Naulita, 3. Only Second, Toto: 24/13, 17, 21, ZW: 120, DW: 588, 8. R.: 1. Sorbonne (R. Ulrich), 2. Udschin Khan, 3. Lord Windwurf, Toto: 32/15, 15, 18, ZW: 104, DW: 440, 9. R.: 1. Traxdla (P. Remmert), 2. Astarte, 3. Ahnfrau, Toto: 24/12, 15, 17, ZW: 108, DW: 520.

MOTORRAD

7. Lauf zur deutschen Meisterschaft auf der Avus in Berlin, Klasse bis 350 ccm, sieben Runden = 56,7 km: 1. Besendörfer (Roßtal) Yamaha 16:52,59 Min. (201,83 km/std.), 2. Metzger (Rauenberg) Yamaha 16:57,66, 3. Gläser (Vienenburg) Yamaha 16:58,15, 4. Drees (Wuppertal) Yamaha 16:58,50, 5. Woditsch (Hilchenbach) Yamaha 16:58,85, 6. Pörzgen (Sinzig) Yamaha 16:59,07. – Stand in der DM-Wertung: 1. Besendörfer 87 Punkte (deutscher Meister), 2. Metzger 59, 3. Woditsch 58. – Klasse bis 250 ccm, acht Runden = 64,8 km: Mang (Inning) Yamaha 19:22,96 Min. (200,591 km/std.), 2. Schmid (Weingarten) Yamaha 19:24,98, 3. Besendörfer (Roßtal) Yamaha 19:26,10, 4. Wimmer (München) Yamaha 19:26,11, 5. Grässel (Hof) Yamaha 19:31,24, 6. Folder (Friedrichshafen) Yamaha 19:3?,84. – Stand in der DM-Wertung: 1. Wimmer 92 (deutscher Meister), 2. Becker (Kirchen) 67, 3. Mang 54.

HOCKEY

Bundesliga, Männer Gruppe Nord: DHC Hannover – HTC Uhlenhorst Mülheim 2:1, Kahlenberger HTC – Gladbacher HTC 0:6, Rot Weiß Köln – RTHC Bayer Leverkusen 0:0, Alster Hamburg – Schwarz-Weiß Köln 1:0.

DIE TABELLE

1.Gladbach	11	7	2	2	33:14	16:6
2.RW Köln	11	7	1	3	20:16	15:7
3.SW Köln	11	7	1	3	18:13	15:7
4.Mülheim	11	5	3	3	24:14	13:9
5.Leverkusen	11	3	4	4	19:22	10:12
6.Hannover	11	4	1	6	21:29	9:13
7.Hamburg	11	2	5	4	16:15	9:13
8.Kahlenberg	11	0	1	10	12:44	1:21

Männer, Gruppe Süd: Stuttgarter Kickers – Rüsselsheimer RK 0:0, TG Frankenthal – Steglitzer TK 3:0, Münchner SC – Limburger HC 1:1, HC Heidelberg – Berliner HC 1:0.

DIE TABELLE

1.Heidelberg	11	5	5	1	13:6	15:7
2.Limburg	11	5	3	3	19:19	13:9
3.Frankenthal	10	4	4	2	20:12	12:8
4.Berliner HC	11	4	4	3	13:11	12:10
5.Rüsselsheim	10	4	2	4	12:12	10:10
6.Stuttgart	12	3	4	5	10:16	10:14
7.Steglitz	11	2	4	5	7:12	8:14
8.München	12	1	6	5	7:14	8:16

Frauen, Gruppe Nord: RTHC Leverkusen – Eintracht Braunschweig 1:0, Blau Weiß Köln – Düsseldorfer HC 2:0, Großflottbeker THGC – Crefelder HTC 1:0, Club Raffelberg Mülheim – Uhlenhorst HC Hamburg, Düsseldorfer HC – Uhlenhorst HC Hamburg 1:1.

DIE TABELLE

1.Uhlenhorst	13	8	4	1	27:14	20:6
2.Braunschweig	12	7	4	1	26:6	18:6
3.Leverkusen	12	6	4	2	20:9	16:8
4.Köln	12	5	4	3	27:12	14:10
5.Düsseldorf	13	5	3	5	13:15	13:13
6.Krefeld	12	3	2	7	10:16	8:16
7.Raffelberg	12	1	3	8	6:29	5:19
8.Großflottbek	12	2	0	10	9:48	[illegible]

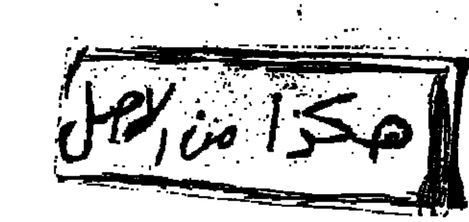
Frauen, Gruppe Süd: Münchner SC – Rot Weiß Stuttgart 3:2, Stuttgarter Kickers – Berliner HC 0:1, Eintracht Frankfurt – SC Brandenburg 1:2, THC Hanau – SC Brandenburg 1:2, Eintracht Frankfurt – SCC Berlin 1:1, THC Hanau – SCC Berlin 3:0, THC Hanau – SC Brandenburg 0:0, Münchner SC Stuttgarter Kickers 1:0.

DIE TABELLE

1.Brandenburg	13	9	3	1	46:10	21:5
2.Hanau	11	8	2	1	21:7	18:4
3.SC Berlin	13	5	6	2	19:23	16:10
4.Frankfurt	11	2	7	2	10:8	11:11
5.Berliner HC	11	3	4	4	8:10	[illegible]
6.Münchner SC	10	1	4	5	8:30	6:14
7.RW Stuttgart	12	1	4	7	15:27	6:18
8.HTC Stuttgart	11	1	2	8	[illegible]	[illegible]

GEWINNZAHLEN

Lotto: 5, 7, 21, 31, 42, 46, Zusatzzahl 8 – Spiel 77: 9814830. – Toto, Elferwette: 0, 0, 1, 0, 2, 2, 1, 1, 1, 2, 1. – Glücksspirale: Endziffern: 1, 35, 323, 4789, 17251, 172479, [illegible], [illegible], 8787014. – Prämienziehung, Endziffern: 598288, 712689, 808474. (Ohne Gewähr)



Pankaz, D. Diderot und !as Kaleidoskop

Einige Leser voPankraz haben Bedenken geäert wegen der ihrer Meinung naallzu harschen Worte über die Adärung in seinem letzten Beit. „Abspülicht vom Aufkläricht" sei das nicht ungerecht angesic einer Geistesströmung, die so v zur Herausbildung der Menschechte beigetragen habe und dio mutig gegen Aberglauben undokuspokus zu Felde gezogen ; Müsse man *nicht differenzien zwischen den* „echten Aufklärei und ihren unwürdigen Epigone

Nun, Pankraz ;erenziert gern, *nicht nur zwischeOriginalen und* Epigonen, sonderauch zwischen den Originalen ost. Ein Kant oder ein Abb Galiani, ein d'Alembert *oder* Codorcet *stehen* ihm unendlich v höher als ein Helvétius, ein Holh oder Lamettrie. Trugen die eeren wahrhaft zur Befreiung deGeistes bei, so begann mit den leeren schon das Unglück einer nen Geistessklaverei, die im Grunviel schlimmer war als die alte. Eher hatte man den Geist zum Dier oder Knecht übersinnlicher Mhte gemacht, sein Inneres abereine Entscheidungs-Souveränit vor Gott und Teufel im wesenthen unangetastet gelassen. Lattrie und Holbach hingegen, Drot und Cabanis zielten gerac auf die Geistesfreiheit. Sie wahnen nichts als Einbildung und Ilion, ohnmächtiger Reflex auf „terielle" Bewegungen, die angebh unübersteigbar sein sollten.

Mit Diderot unKonsorten fing also das verhängvolle Reduzieren an, das Zurückhren ursprünglich fein organister, hochdifferenzierter Zusammhänge auf immer primitivere Irsachen" und „Basisvorgänge". e Zentralphrase des moderneWissenschafts- und Ideologiebetrs, das „Nichts weiter als", starte ihre unerhörte Karriere. Für Lattrie war der *Mensch „nichts wer als" eine Maschine*, für Helvius der Geist „nichts weiter als'in Bündel blinder Triebe und eidenschaften. *Und so ging es darmunter weiter.*

Karl Marx erklä die Kultur zu „nichts weiter als'inem ideologischen Überbau üb einer „ökono*mischen Basis", d allein die Ge*setze des Werdei und der Geschichte vorgebenollte. Die Freudianer sahen im mschlichen Verhalten „nichts weir als" die Antwort auf frühkinche Traumata, die sich verfestigtätten und nun die Kultur regierteDie sich rapide entwickelnde Nurwissenschaft schließlich deklarte, daß der Geist „nichts weir als" Biologie sei und Biologie wderum „nichts weiter als" physilische Chemie oder chemische Plsik.

Mit dem Reduzren verbunden war der Zug zum ,ntlarven", zum „Die Maske heruerreißen". Man „entlarvte" nicht ıur die Natur selbst, der man areblich ihre Geheimnisse entriß sondern man „entlarvte" auch : jene, die sich den Reduzierern ε Meinungsgegner in den Weg stiten. Auch hier gab es gegenüber m alten, voraufklärerischen Zeit keinen Fortschritt, eher eim Rückschritt. Verketzerte man dı Meinungsgegner früher als „Utläubigen", der immerhin in sein Art durchaus *ein Ehrenmann* in *mochte*, so brachte man ihn jet von vornherein in unehrenhaften Verdacht. Er war entweder selber ein „Dunkelmann" oder wurde von einem solchen bezahlt, er nahm irgendwelche *einseitigen, egoistischen* „Interessen" wahr und „konnte" deshalb gar nicht anders, als so und so zu reden.

Reduzieren und Entlarven, das verschaffte Macht sowohl über die Natur als auch über die Menschen, und es war im Grunde gar nicht schwer, wenn man die Methode, den „Klapperatismus" (Robert Havemann), erst einmal durchschaut hatte. So ist es kein Wunder, daß sich die Adepten alsbald um diese neuartigen, wohlfeilen geistigen Futterkrippen zu drängeln begannen. Hier kommt die oben angesprochene Differenz zwischen Originalen und Epigonen ins Spiel. Während die Originale den von ihnen entdeckten „Gesetzen" und den von ihnen entwickelten „Methoden" oft ausgesprochen skeptisch gegenüberstanden („Moi, je ne suis pas Marxiste", sagte Marx), kannten die Epigonen nicht die geringsten Skrupel mehr. Für sie wurden die „Gesetze" und „Methoden" der aufklärerischen Klassiker regelrecht Denk-Ersatz. Gebetsmühlenhaft leiern sie sie herunter, und sie kommen sich dabei außerordentlich wichtig und überlegen vor. Was ihnen durch die Finger rinnt, ist wirklich „nichts weiter als" Aufkläricht und Abspülicht.

So eingeschliffen ist die Reduzierungs- und Entlarvungsmanie mittlerweile, daß sie sogar die Revision ihrer geistigen, aufklärerischen Grundlagen zu überdauern droht. Die revisionistische Diskussion ist ja seit längerem schon in vollem Gange, besonders auf dem Feld der *Naturwissenschaft. Man erprobt* neue, ganzheitliche Sehweisen, man setzt die Mythologie wieder in ihre Rechte ein, auf dem Theater *spielt man mit neu erwachter* Begeisterung die alten griechischen Schicksalstragödien. Doch am intellektuellen Klima hat sich kaum *etwas geändert. Man nehme einen* beliebigen Theaterregisseur oder einen typischen grünen, alternativen Jungpolitiker, und man wird *schnell feststellen, daß er – besonders* im Umgang mit Meinungsgegnern – nach wie vor entlarvt und reduziert, daß er auf den Unterleib *und die gemeinen Triebe abstellt*, daß er ein grober Materialist ist, vor dem sich sogar Diderot gegraust hätte (wenn auch nicht Lamettrie oder *Holbach*).

Was unserem geistigen Leben not täte, wäre eine allseitige Rückkehr zur Dezenz, zur Respektierung von Masken, Rollenspielen, Tabuzonen, Ganzheiten. Man müßte sich wieder klarmachen, daß die natürliche wie die gesellschaftliche Welt aus lauter *Leibniz'schen Monaden bestehen*, die jeweils ein Kosmos für sich sind und in denen sich unendlich viele andere Welten kaleidoskopartig spiegeln. Wer das Kaleidoskop zerbricht und auf seine Bestandteile reduziert, behält bekanntlich „nichts weiter als" ein paar bunte *Glasstücke* in der Hand.

Pankraz

Horst Krügewird 65

Unterwegs in fremdeı Vaterläıdern

Weil Horst Krüers Essay-Texte wie gesprocha klingen – der berühmte Krüger-Sund! –, hat ein treuer Leser einmalngefragt, ob er sie nicht als Kassettı beziehen könne. Es darf nicht wudernehmen: Angefangen hat der Zeikritiker und Gegenwartsschilderer rüger vor dem Mikrophon, und fünJahre lang war er Leiter des literarchen Nachtstudios beim Südwestunk *Baden-Baden*. Aber dann zog s ihn, der heute vor 65 Jahren in Madeburg geboren wurde, aus dem etas verblichenen Idyll *des mondänerBades. Das* vielschichtige Frankfuı wurde zu seinem festen Standplız. Nach Berlin, wohin er seinem gazen Typus nach *gehört, wo er das Grnewald-Gymnasium* besuchte un wo Elisabeth Langgässer in demteihenhäuschen in Eichkamp seineNachbarin war, mochte er *nicht* wider zurück. Von den Eingeschlossenn vom Spreeufer hat der so vieleroŗ Umherschweifende meist mit lichtgekräuselter Oberlippe gesprochn.



Schriftsteller auf Reisen: Horst Krüger wird heute 65 Jahre alt
FOTO: DPA

Die Titel seiner ant oder neun Bücher, „Stadtpläne" „Fremde Vaterländer", „Ost-Westassagen", „Poetische Erdkunde", Unterwegs", verkünden es zum Teilınverhohlen: Die Ortsveränderung is ein wesentlicher Anlaß für diese Posa. Doch wehrt sich Krüger mit Fcht dagegen, als Reiseschriftsteller erbraten zu werden, „Schriftstelleauf Reisen" wäre die bessere Bezeinnung. Auch der Name „Feuilleton" trifft auf seine Hervorbringungen nicht ganz zu, denn über der Annehmlichkeit der Lektüre könnte dabei der ernsthafte Kern des Mitgeteilten in Vergessenheit *geraten*.

Das gilt für die Beobachtungen aus Ost und West, aber noch mehr für seine Betrachtungen zur deutschen Innenansicht, die sich deutlich von Modeströmungen abheben, ja, ihnen oft energisch Paroli bieten – man denke an seine emphatische Absage an das deutsche PEN-Zentrum in seiner jetzigen Gestalt, die er für diese Zeitung nach der diesjährigen Tagung in Erlangen schrieb. Das war eine Polemik mit Herz, und sie konnte einem das menschliche Erinnerungsbuch „Das zerbrochene Haus" in die Erinnerung zurückrufen, eins seiner schönsten Bücher, dem er vor 18 Jahren die Zuwahl in eben jenen PEN-Club zu verdanken hatte.

HELLMUT JAESRICH

Eine Eröffnung mit Stinkbomben und großen Worten: Die Internationale Bauausstellung Berlin IBA

Anstrengendes Abenteuer der Ideen

In der Geschichte der Architekturausstellungen nimmt die IBA, die Internationale Bauausstellung Berlin, eine Sonderstellung ein. Aus der Not, daß man sich *nicht* einigen und darum nicht fertig werden konnte, hat man eine Tugend gemacht und das Milliardenprojekt der Ausstellung geteilt: *in einen mehr oder weniger* papierenen und akustischen Teil und in einen steinernen Teil. Der erste nennt sich „Berichtsjahr 1984" und wurde mit einem Festakt in der Berliner Philharmonie am Wochenende offiziell eröffnet. Der zweite, die wirklich gebaute Ausstellung, wird erst 1987, zur 750-Jahr-Feier Berlins, der Öffentlichkeit übergeben.

Das Aufsehen, das diese Architekturschau macht, war schon vor der Eröffnung beträchtlich. Die Bauprojekte internationaler Stararchitekten für das leergebombte, durch Planung und baupolitische Unvernunft kahlsanierte westliche Zentrum der alten deutschen Reichshauptstadt waren wie die Kreationen einer Modenschau in internationalen Fachblättern vorgestellt und diskutiert worden. Gebaut ist davon bis heute fast nichts. An zahlreichen großzügig gedachten Projekten wurden inzwischen beckmesserische *Korrekturen, Abstriche* und Begradigungen vorgenommen, die befürchten lassen, daß manche große Idee das Ausstellungsjahr 1987 nur als ein blasser Schatten ihrer selbst erreichen wird.



Vornehme Aufarbeitung von Architekturgeschichte und Schlachtfeld banaler Gegenständlichkeit: Blick in die IBA-Ausstellung „Idee, Prozeß, Ergebnis" im Martin Gropius-Bau
FOTO: MROTZKOWSKI

Ein Arom dieser Befürchtung war ausgerechnet in dem Festakt des Senats *zur Eröffnung zu schmecken.* Während Bundesbauminister Oscar Schneider, Berlins Regierender Bürgermeister Eberhard Diepgen und *Bausenator Klaus Franke einen* Hymnus auf die „Wiederentdeckung der Stadt als Wohnort", auf „Pflege und behutsame Erneuerung der alten *Bausubstanz und der gewachsenen* Stadtquartiere", auf die „Beteiligung der betroffenen Bürger" an der Planung anstimmten, zündeten Punker und *buntgekleidete Störer aus dem* Sympathisantenkreis der Hausbesetzerszene Knallfrösche und Stinkbomben über der Festversammlung und ließen Trillerpfeifen und Sprechchöre erschallen.

Anlaß für die Proteste waren angeblich geplante „Mittelkürzungen" für den gesamten Bereich der Stadterneuerung. Danach sollen soundsoviele IBA-Projekte in Kreuzberg gefährdet, wenn nicht gar bereits gestri*chen sein. Eine der typischen Berli*ner Schizophrenien und Ungereimtheiten: Ein Punker-Happening nicht gegen, sondern gerade für ein internationales *Großereignis, das in den* Strudel haushaltspolitischer Provinzialismen zu geraten droht. Nach dem Klamauk sah man die Aufrührer augenzwinkernd an dem vom Senat gegebenen Empfang teilnehmen und vom gereichten Wein und Sekt genießen.

Was die IBA in ihrem papierenen, akustischen Teil zum Ausdruck bringt, ist von solcher Ambivalenz, von solcher Widersprüchlichkeit, von solcher grellen, verletzenden, verletzten Vitalität wie dieser Auftakt. Die riesige, zweigeteilte Ausstellung im Gropiusbau an der Mauer „Idee, Prozeß, Ergebnis – die Reparatur und Rekonstruktion der Stadt" (bis 16. Dezember) ist dafür exemplarisch: eine vornehme, gloriose Aufarbeitung von Architekturgeschichte und Architekturideen nach Jahrzehnten der ästhetischen Verwahrlosung und Verödung – das aber nur „abgehoben" im ersten Stock, allerdings mit logischen und zwingenden Schlußfolgerungen für den Wiederaufbau Berlins.

Im Parterre dagegen das ganze architektonische, städtebauliche *Schlachtfeld in seiner banalen, farbi*gen Gegenständlichkeit, von Schlaglichtern auf die „soziale Lage der Bewohner" bis zur Veranschaulichung der Probleme *in Fotos vom* Hausschwamm und in einem Schaukasten mit dem „Beweisstück" aus einer Verfallswohnung: „Klobrille mit Deckel, von Naßfäulepilzen bis zur Unbrauchbarkeit zerstört".

Der Widerspruch gehört zum Programm, ist kein *„Betriebsunfall"*. Er ist sogar das Leitmotiv der großen postmodernen Kulturströmung, der Berlin mit seinen Ausstellungen von *1984* einen frappanten Ausdruck verleiht – viel gegenständlicher, realistischer und zugleich viel philosophischer, universaler als etwa Paris im Frühjahr mit „Images et imaginaires d'architecture". Im Gropiusbau reicht das Zelebrieren der Dissonanzen bis zur Selbstkritik, ja Selbstver*spottung. Arbeiten eines Seminars* werden dokumentiert, in dem einigen wenigen fertiggestellten Renommierbauten der Ausstellung eklatante Mängel angekreidet werden. Ein Plakat fragt: „Bürgerbeteiligung? Wo bleibt'se denn?"

Mehr als 380 Seiten umfaßt der materialreiche, anspruchsvolle, reich illustrierte Katalog (32 Mark) – er kann und will diese Widersprüche nicht ausräumen. Viele Besucher wird dieser *Band und die (wie in Paris nur* aphoristisch beschriftete) Superschau dieser Selbstbefragung und Gewissenserforschung der zeitgenös*sischen Architektur* ratlos lassen. Sie sollten nicht übersehen, daß der ganze Kosmos an Stadtphilosophie, Stadtpoesie, Stadtmythologie, der ihnen hier entgegentritt, ein ganz erstaunliches Zeugnis der Liebe zu einer [illegible] ist: Bluten, [illegible] Berlin – keine andere deutsche Stadt verfügt über ein solches Potential an Opfersinn. Deshalb ist es kein Zufall, daß diese Stadt in steigendem Maße Künstler der ganzen Welt in ihren Bann zieht.

„Das Abenteuer der Ideen", die zweite große Ausstellung, die am Wochenende eröffnet wurde (bis 18. November), reflektiert diese Phantasien vor dem Hintergrund der Geschichte *und der philosophischen Anstöße.* Die Fülle der hier zusammengetragenen Architekturzeichnungen und der kompendienhafte Katalog von 340 *Seiten (36 Mark)* machen diese Schau in der Nationalgalerie zu einem herausragenden Ereignis für die internationale Fachwelt – für den Berliner Besucher wird sie anstrengend und fast eine Überforderung sein. Wo findet er im Universum der Ideen den Leitfaden für sein heutiges, sein geschundenes, sein zerstückeltes Berlin? Vielleicht haben wir verlernt, das Abenteuer zu suchen. Die Ausstellungen der IBA in Berlin können eine Schule der Phantasie dafür sein, den Mut freilich müssen wir selber aufbringen.

DANKWART GURATZSCH

Bochum und Aachen: „Sintflut" von Achternbusch, „Liebeslied für einen ruhelosen Mann" von Vilar

Unsere Fesseln sind doch nur bayerische Knödel

Zwei Männer stehen an einer Bushaltestelle. Beide sind mit schweren Ketten an eine mächtige Steinkugel gefesselt. So sieht es zumindest aus. Dieser Eindruck freilich ist falsch. *Die Steinkugeln* entlarven sich als zwei schlichte bayerische Knödel.

Eine typische Achternbusch-Idee: *Mit dem Entsetzen Scherze treiben*; mit dem Scherz Schrecken zu verbreiten. Sein jüngstes Theaterstück „Sintflut", das an diesem Wochenende in Bochum uraufgeführt wurde, ist die wohl bislang konsequenteste und in vieler Hinsicht schlimmste Version jener anarchischen Verzweiflung, die Achternbusch beherrscht. „Sintflut" verstößt bewußt gegen jede Dramaturgie, gegen jeden Sinnvollzug, gegen jede Verlaufserwartung. Sie ist das schiere Chaos, so, als finde die Apokalypse theatralisch auf dem Theater statt.

Wie soll man überhaupt wiedergeben, was da eigentlich geschieht? Gewiß, da wollen sich Noah und die Noahin auf die Arche retten. Aber schon verbreitet der Autor (der auch selbst dort Zuflucht sucht) Unsicherheit darüber, ob tatsächlich eine Sintflut drohe oder ob es sich nicht doch wieder um irgendeine Inszenierung handele. Und so geht das weiter: Die Pärchen sind so zusammengestellt, daß *jede Sinndeutung – selbst im Sin*ne von Absurdität – ausgeschlossen ist.

Ein tropfender Wasserhahn und ein gefiedertes Wasserhuhn; ein halbes Maß Bier und eine Schwalbe; eine Friedenstaube und ein Weißbier. Nun mordet und selbstmordet man sich ein bißchen, sucht Liebe oder auch nicht etc. etc. Einer hält einen halbstündigen Monolog über Beischlaf und Atomtod, Umweltverschmutzung und Kommunismus, Lynchjustiz und Lagerfeuer, bis keiner mehr weiß, worum es eigentlich geht. Die Sintflut endet in Deggendorf in Bay*ern an einer Bushaltestelle. Der Autor* begibt sich von dort ins Wirtshaus und labert alsbald volltrunken über den dämlichen Noah, den er vielleicht hätte besser verrecken lassen sollen. Und über die Schwalbe, seine Sehnsucht, die ihm davonflog.

In dieser hoffnungslos überschwemmten Welt, so lehrt uns Achternbusch, *hat die Sintflut innerlich* stattgefunden. Alles ist richtig, alles ist falsch. Alles ist denkbar oder auch nicht.

Trotz einer hübsch illustrierenden Regie (Axel Manthey), trotz brillanter Darsteller (vor allem Gottfried Lackmann, Branko Samarovski und Bernd Birkhahn) bleibt das Stück ein nervenzehrendes Unikum, das sein eigenes Scheitern bereits zur Voraussetzung hat.

Die zweite, ungleich schwächere Uraufführung des Wochenendes fand in Aachen statt. Anti-Emanze Esther Vilar versuchte sich mal wieder als Dramatikerin. „Liebeslied für einen ruhelosen Mann" heißt die „Komödie". Odysseus (herausragend: Tom Witkowski) ist ewig unterwegs, um seine Männerkriege zu führen. Penelope (ein glatter Ausfall: Gabriele Ropertz) vergnügt sich derweil mit wechselnden Partnern in ihrem Bette. Als aber ihr Gatte einen dieser Liebhaber tötet, um einen Vorwand für einen neuen Krieg zu bekommen, zerbricht die Idylle. Odysseus kommt nicht wieder. Penelope wird geblendet.

Homer (Thomas Hölzl), als Krüppel aus dem Kriege zurückgekehrt, wird ihr Trost. Gemeinsam dichten sie die *historische Wahrheit um, die berühm*ten Epen entstehen als ein Versuch, nicht nur Odysseus ein schönes Denkmal zu setzen, sondern zugleich auch das Bewußtsein der Männer zu beeinflussen, auf daß sie in Zukunft die Lust am Kriege verlieren.

Das hat ein paar hübsche Einfälle, das hat auch eine schöne Nebenrolle, den König Laertes (großartig: Heino Cohrs), der gern sterben möchte, aber feststellt, daß man im Gegensatz zur Volksmeinung weder an Neugier noch an Langeweile sterben kann. Aber die ganze Friedensrederei, auch wenn sie von Kassandra (Verena Bruckner) ein wenig gekontert wird, ist aufgesetzt und als Stückeinfall viel zu dünn. In Aachen scheiterte die Uraufführung trotz einer sauberen behutsamen Regie (Uli Moeller) an zu vielen darstellerischen Mängeln. Buhs und Bravos dennoch zuhauf. Na ja, was soll's?

LOTHAR SCHMIDT-MÜHLISCH

Ein Mirakel der Genauigkeit: Rudolf Noelte inszenierte Bedřich Smetanas „Verkaufte Braut" in Köln

Man muß mit der Marie bangen, hoffen, leiden

Eine „komische Oper" ist Bedřich Smetanas „Verkaufte Braut" nur auf dem Titelblatt der Partitur. Hier trifft ja nicht einmal zu, daß alle Komödie in Wahrheit nur eine Überwindung des Tragischen darstellt. In diesem Stück wird die Tragik gar nicht überwunden. Die Menschen leiden und trauern tatsächlich. Ein kluger, rabulistischer Schluß bewahrt sie vor dem schlimmsten. Er wirkt befreiend und erlösend, aber heiter kann auch er nicht stimmen.

Das zumindest ist die Lesart des Regisseurs Rudolf Noelte, der sich nach ein paar Jahren der Opernabstinenz *nun wieder dem Musiktheater* stellte und seine vor Jahren im walisischen Cardiff produzierte Smetana-Inszenierung an der Kölner Oper neu aufrollte. *Die Aufführung ist fürwahr* jenes typische Noeltische Mirakel der Genauigkeit, der Stimmungsintensität, der Herzensbewegung. Man kann gar nicht umhin, mit Marie, der verkauften Braut, zu bangen, zu hoffen, zu leiden. Noelte, doch manchmal von kalter, intellektueller Brillanz, rührt hier, mit Menschen in bäuerlich-böhmischem Milieu, ganz tief die Empfindung des Mitleids an.

Dieses Milieu hat der Bühnenbildner Jan Schlubach (Kostüme: Elisabeth Urbancic) in großer, realistischer Manier auf die Bühne gezeichnet. Noelte kommt mit einem einzigen Schauplatz aus, einer Scheune am Vaterhaus der Marie. Das Scheunentor klappt nach hinten auf in die weite, hügelige Landschaft. Noeltes hintereinandergestaffelte Räume gibt es also auch auf dem Dorfe. Scheinbar „natürliches" Tageslicht fällt von hinten und von der Seite ein. Noeltes Bühne kennt keine Rampe. Die Di*stanz zwischen Bühne und Parkett ist* wie aufgehoben.

Sänger sind für Noelte in erster Linie Schauspieler. Oder er macht sie dazu. Während des Eingangschors etwa sieht man Marie mit ihren Eltern im stummen Gespräch. Kezal, der Heiratsvermittler, ist beständig mit seinen albernen Papieren und Pandekten beschäftigt und singt seine dummen Verkäuferfloskeln ganz nebenbei und wie in tausendmal eingeübter Mechanik. Man nimmt bei so dichtem und erfülltem Spiel gar nicht recht wahr, daß Menschen sich hier singend äußern. Das Paradoxe nur ist, daß Noelte damit ganz und gar nicht ablenkt von der Musik. Im Gegenteil, man horcht doppelt aufmerksam auf das, was sie zu sagen hat.

Unter Peter Gülkes Leitung spricht *Smetanas Musik auf eindringliche* und bewegende Weise. Es setzt Akzente mit Bestimmtheit. Smetanas im Theater so oft verwaschene Musik *blüht auf.* Aber sie zeigt auch ihre Kunstfertigkeit, und die ist etwas ganz anderes als das sprichwörtliche böhmische Musikantentemperament. Smetanas Virtuosität steht Noeltes virtuosem Hyperrealismus in nichts nach.

Es ist kein Abend der stimmlichen Glanzleistungen, aber darauf käme es zu allerletzt an. Noelte hat sich Charaktere ausgesucht (oder Sänger zu Charakteren geformt), die das Stück tragen. Voran Helen Field als ganz herbe, wie ins Unglück gezwungene Marie. Josef Protschka ist der Hans von starkem, jungbäuerlichem Schlag. Wenzel, sonst doch nur Dorftrottel vom Dienst, wird in Harry Nicolls Gestalt zum hübschen, gar nicht üblen Jungen, dessen retardiertes Verhalten und Stottern man sehr bald als Fehl-Erziehung der Eltern ausmachen kann.

Ein großer, bedenkenswerter Abend des Musiktheaters ganz ohne Zweifel. Das Publikum hätte wohl lieber die heitere Zerstreuung einer Volksoper erlebt: Der Beifall hielt sich in matten Grenzen. Sehr seltsam.

REINHARD BEUTH

JOURNAL

Mangelnde Qualität neuer „DDR"-Stücke

dpa, Berlin

Als „durchaus nicht zufriedenstellend" hat der Präsident des Verbandes der Theaterschaffenden der „DDR", Wolfgang Heinz, die Zahl und Qualität neuer Bühnenstücke in der „DDR" bewertet. Das gelte insbesondere im Bezug auf die „welthistorischen Prozesse" der gegenwärtigen Epoche und „was die Gestaltung von Arbeiterpersönlichkeiten in ihren gesellschaftlichen Aktionen und ihrer geschichtlichen Bedeutsamkeit angeht". Der Verbandspräsident forderte, an die erste Stelle müsse wieder die Frage der Funktion des Theaters „in den Klassenkämpfen unserer Zeit" gerückt werden. Die „vom realen Sozialismus erreichten Leistungen" dürften nicht „durch einseitig kritische Sicht auf unsere Wirklichkeit und eine rigoros subjektivistische Behandlung moralischer Fragen" in Zweifel gezogen werden.

Zwei erste Preise beim ARD-Musikwettbewerb

dpa, München

Im Fach Violine hat der Japaner Takumi Kuboto den ersten Preis beim ARD-Musikwettbewerb in München gewonnen. Der zweite Preis ging an Christian Tetzlaff aus Hamburg. Im Fach Cembalo wurde der Pole Wladyslaw Marek Klosiewicz ausgezeichnet, während die zweiten und dritten Preise nicht vergeben wurden.

„Kulturpreis Schlesien" an Gerhard Schwarz

dl. Hannover

Der in Göttingen lebende Komponist Prof. Gerhard Schwarz erhält den von der niedersächsischen Landesregierung gestifteten und mit 10 000 Mark dotierten „Kulturpreis Schlesien 1984". Der Sonderpreis in Höhe von 5000 Mark wurde der Schriftstellerin Ruth Storm, geboren 1905 in Kattowitz, zugesprochen. Die jeweils mit 5000 Mark dotierten Förderpreise 1984 gehen an den Maler Konrd Maetzig und den Schriftsteller Ralf Thenoir.

Mehr „Bilderbücher" für blinde Kinder

wm. Marburg

Das Erscheinen des zweiten Relief-Bilderbuchs für blinde Kinder im Verlag der Deutschen Blindenstudienanstalt nahm deren Direktor Jürgen Hertlein in Marburg zum Anlaß, um auf die viel zu geringe Zahl von solchen Büchern hinzuweisen. Blinden Kindern fehle es an „Lese-Futter" und ihre Eltern hätten oft nur wenig, was sie ihnen vorlesen könnten. Das liege an den hohen Herstellungskosten, den nur kleinen Auflagen und der geringen Unterstützung des Blindenschriftverlages durch Spenden aus der Bevölkerung.

„Frau mit Hut" von K. Buicker ausgezeichnet

DW. Düsseldorf

Dem Düsseldorfer Photographen Karl Buicker wurde der erste Preis in dem Photowettbewerb „Frau mit Hut" zugesprochen, den die Hutmanufaktur Becker zu ihrem 75jährigen Bestehen ausgeschrieben hatte. Den zweiten Preis gewann die



„Frau mit Hut" von Karl Buicker

Fachschulstudentin Aglaia Risch. Die preisgekrönten Photos und eine Auswahl anderer Arbeiten aus den rund 600 Einsendungen sind bis zum 22. September in der Düsseldorfer Photographie Galerie ausgestellt.

Janet Gaynor †

AFP, Palm Springs

Janet Gaynor, die erste Schauspielerin, die mit einem „Oscar" ausgezeichnet wurde, starb 77jährig in Palm Springs. 1929 wurde sie damit für die Hauptrolle in Murnaus „Sunrise" (der jetzt wieder in unseren Programmkinos zu sehen ist) und für „Seventh Heaven" ausgezeichnet. Später erhielt sie für „Street Angel" einen weiteren „Oscar". Sie spielte 1937in dem Film „A star ist born" zuerst die Rolle, die in den Remakes dann Judy Garland und Barbra Streisand übernahmen. Zuletzt filmte sie 1959, dann stand sie nur noch in einigen eignen Fernsehstücken vor der Kamera.

Das siebte Gerät erreicht Hamburg

Nierenstein-Zertrümmerer sofort erfolgreich im Einsatz

GISELA SCHÜTTE, **Hamburg**

Ein herzliches „Glückauf" wünschte der Gast aus München seinem Kollegen in Hamburg für die Arbeit. Doch die Wortwahl täuschte. Hier fuhren nicht Kumpels in den Stollen – Anlaß des bergmännischen Grußes war vielmehr die Behandlung von Nierensteinen mit neuer Technik.

In der Hamburger Universitätsklinik Eppendorf wurde jetzt ein Nierenstein-Zertrümmerer (Nierenlithotripter) aufgestellt, das siebte Gerät in einem Netz, das langfristig (mit knapp zwei Dutzend Apparaten) flächendeckend Deutschland versorgen soll. Medizintechnik, immer häufiger als unpersönlich verteufelt, erweist sich diesmal als Hoffnung für zahlreiche schmerzgeplagte Patienten. Statistisch erkranken vier Prozent der Bevölkerung irgendwann einmal in ihrem Leben an Nierensteinen, davon die Hälfte häufiger.

Das neue, 3,1 Millionen Mark teure Gerät soll jährlich bis zu 20 000 Operationen einsparen. Damit geht die Kosten-Nutzen-Analyse voll auf. Die Behandlung ist billiger als eine Operation, und der Patient schneller und schmerzfreier gesund, schneller wieder arbeitsfähig.

Die bergmännischen Heilswünsche für die Hamburger Universitätsklinik spendete der „Vater" der medizinischen Taktik, die gegen die schmerzhaften Steine mit Stoßwellen statt mit Skalpellen vorgeht. Die Forschungen begannen 1972 im Münchner Klinikum Großhadern bei Professor Egbert Schmiedt und seinem Team. Das Gerät entstand in der Flugzeugfirma Dornier in Friedrichshafen. 1980 erprobten die Münchner ihren Nierenlithotripter zum ersten Mal. Der Weg von München nach Hamburg – unter anderem via Stuttgart, Berlin und Lübeck – dauerte vier Jahre lang. Die Flugzeugbauer waren der raschen Nachfrage nicht gewachsen.

Es hört sich alles ganz einfach an. Herz der Anlage ist eine Badewanne – „die teuerste der Welt". Dazu gehören ein Spezialsitz, mit dem der Arzt den Patienten genau in eine vorbestimmte Lage bringen kann, außerdem eine Elektrode, die Stoßwellen erzeugt, und zwei Röntgengeräte, mit denen über Kreuz die Nieren- (oder Harnleiter-)steine exakt anzupeilen sind. Mit gebündelten Stoßwellen, durchs Wasser hindurch in den Körper, werden die Steine mit ganzen Salven zerkleinert, so daß sie später „natürlich" aus dem Körper geschwemmt werden können. Von der Zusammensetzung der Harnsteine, ihrer Lage und der Statur des Patienten hängt es freilich ab, ob die Behandlung klappt: Die Steine müssen auf dem Röntgenschirm gut sichtbar sein, der Patient muß in den Spezialsitz passen. Sind die Voraussetzungen erfüllt, liegt die Erfolgsrate bei mehr als 90 Prozent. In München wurden auf diese Weise inzwischen 1500 Nierenkranke behandelt. In Hamburg sollen es jährlich 500 werden. Die Warteliste trägt schon 150 Namen.

Gleich die ersten beiden Einsätze in Hamburg verliefen erfolgreich. Eine Frau konnte nach zwei Tagen die Urologie verlassen, ein Mann hatte allerdings Beschwerden beim Ausscheiden der zerkleinerten Steine. Aber er war sie los.

Wunder kann der Nierenlithotripter nicht vollbringen. Deshalb sind manche Patienten beim Aufklärungsgespräch enttäuscht, sagt der Direktor der Eppendorfer Urologie, Professor Herbert Klosterhalfen. „Die Kranken glauben, sie können kommen, baden und wieder nach Hause gehen." Die Behandlung müsse aber in Narkose durchgeführt werden, fallweise sei es mit einer „Sitzung" nicht getan. Und wenn die Steintrümmer nach draußen gespült werden, kann es zu Koliken kommen. Doch bleibt dem Kranken „das Messer" erspart; hinzu kommt, daß wiederholte Steinbildung und Operationen die Nieren schädigen, ja zerstören können. Die neue Behandlung kann dem Patienten also die Abhängigkeit von der künstlichen Niere ersparen.

Damit die Geräte nicht wie andere zum Statussymbol für den Apparatepark in Kliniken werden, wird der Einsatz zentral vom Kuratorium für Heimdialyse (Neu-Isenburg) gelenkt. Den finanzschwachen Hamburgern hat das Kuratorium den Apparat geliehen; die Krankenkassen zahlen unbürokratisch für Betrieb und Anschaffung.

Damit das teure Gerät entsprechend genutzt werden kann, braucht die Klinik (in der auch jährlich 60 Nieren transplantiert werden) zusätzliche Betten. Klosterhalfen hofft auf 15 bis 20 inklusive Personal.

Fünf Patienten können täglich behandelt werden. Es geht nach der Liste. Doch eine „Kolik" wird direkt ins Wasser gehievt.

„Henry" wurde nicht als heißer Tip gehandelt

SAD, **London**

Der Prinz heißt Henry Charles Albert David – und enttäuschte die wettbegeisterten Briten damit zum zweiten Mal. Erstens hatte die Mehrheit fest mit einem Mädchen gerechnet; zweitens aber waren diejenigen, die zwar auf einen Jungen gesetzt hatten, wenigstens davon überzeugt, daß „Henry" „George" heißen würde.

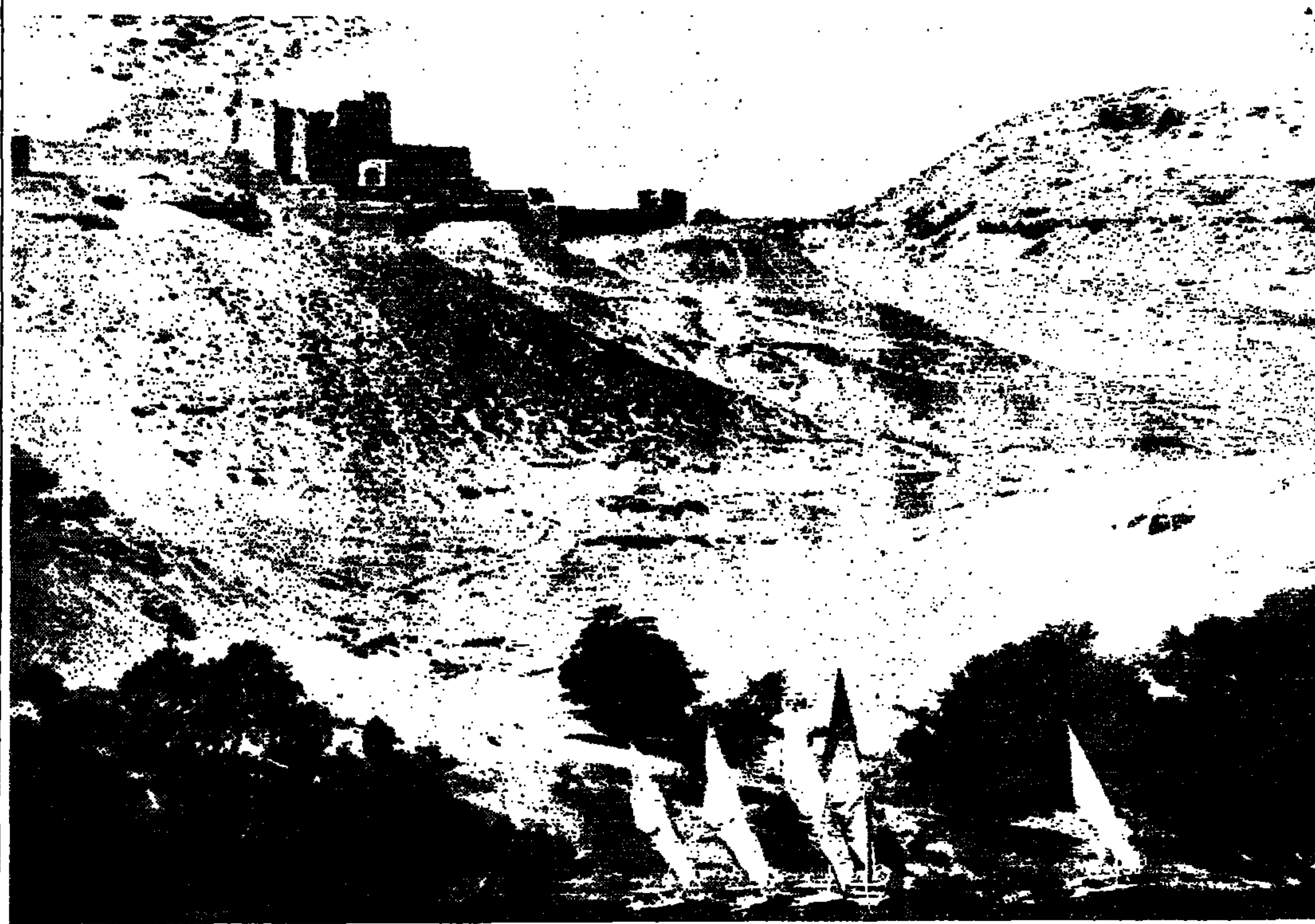
Macht aber auch nichts. Die Spekulationen gehen bereits weit darüber hinaus: Wird der kleine Prinz, der übrigens an einem 15. September wie Agatha Christie geboren wurde, nun Polo- oder Kricketspieler? Das ist die Frage. Henry hatte kaum den ersten Schrei ausgestoßen, als auch schon ein kleiner „Familienstreit" ausbrach. Vater Prinz Charles (35) vor dem St.-Mary's-Hospital im Londoner Stadtteil Paddington: „Mit meinen Söhnen habe ich jetzt bald mein eigenes Poloteam." Großvater Graf Spencer (60), kaum ein Freund vom Hobby seines Schwiegersohnes, Minuten später auf Schloß Althorp: „Ich hoffe, er wird Kricketspieler."

Die Geburt des zweiten Sohnes von Thronfolger Prinz Charles versetzte die Engländer am Wochenende in Jubelstimmung. In dem ausverkauften Londoner Konzertsaal „Royal Albert Hall", aus dem vom Fernsehen live ein Konzert übertragen wurde, brachen 5000 Menschen in ein dreifaches „Hipp, hipp, hurra" aus. Vor dem Buckingham-Palast floß Champagner.

Eine Stunde nach dem Geburt trat ein Hofbeamter aus dem Palast heraus und verlas das offizielle Bulletin: „Ihre Königliche Hoheit, die Prinzessin von Wales, hat um 16.20 Uhr ohne Komplikationen einen Sohn geboren. Ihrer Königlichen Hoheit und dem Kind geht es gut."

Ist der Prinz enttäuscht, daß es kein Mädchen war? Seine Antwort: „Überhaupt nicht." Dann gab er aber zu, daß er jetzt einen „steifen Drink" brauchen könnte. Es war inzwischen 18.30 Uhr. Charles hatte während der neunstündigen Wehen seiner Frau die Hand gehalten. Anschließend war er so erschöpft, daß er in einem Sessel einschlief. Das Baby hat blaue Augen und nach dem Bericht seines Vaters eine „undefinierbare" Haarfarbe. Es wog 3114 Gramm.

Mehr als 300 Reporter hatten sich vor dem Krankenhaus versammelt, während Lady Di in den Wehen lag.



Der Staudamm sollte alles verbessern, die Wüste zurückdrängen. Aber die Wüste dehnt sich aus. FOTO DIE WELT

Wird Assuan zur 8. Plage Ägyptens?

Von MARK MORSTEIN

Wie kaum ein anderer Fluß ist der Nil – mit 6671 Kilometern der längste Strom der Welt – Lebensader eines Volkes. Die Pharaonen pflegten die Höhe der Steuern vom jeweiligen Wasserstand des Nils abhängig zu machen. Mittels eines Nilometers wurde festgestellt, ob es sich um ein „mageres" oder ein „fettes" Jahr für die ackerbauenden Fellachen handelte.

6000 Jahre lang schwemmten die gewaltigen Hochwasserfluten im Herbst fruchtbaren Schlamm an. Und 6000 Jahre lang verwandelte sich das beidseitig von Wüsten umringte Niltal hernach in eine üppige Oase, die dem ägyptischen Volk Reichtum bescherte.

Eine elementare Veränderung kam mit der Bevölkerungsexplosion Ägyptens. In den vergangenen 180 Jahren hat sich die Bevölkerung verzwanzigfacht. Derzeit drängen sich rund 44 Millionen Ägypter entlang des Niltals. Jährlich kommen 1,3 Millionen dazu. Die Landwirtschaft als Ernährungsgrundlage kann mit dieser Entwicklung nicht mithalten. Der 1971 mit einem Kapitalaufwand von 4,3 Milliarden Mark fertiggestellte Assuan-Staudamm sollte die Probleme mit einem Schlag lösen. Nach der Planung deutscher und ägyptischer Experten wäre das „Jahrhundertprojekt" zu einem Segen für das ägyptische Volk geworden. Die Planziele lesen sich überzeugend:

So sollten zusätzliche 550 000 Hektar kultivierbares Land geschaffen, jährlich 7,5 Milliarden Kubikmeter Bewässerungswasser abgeleitet und insgesamt 30 000 Hektar Land auf Dauerbewässerung umgestellt werden. Die Erzeugung von zehn Milliarden Kilowattstunden Elektrizität, ein ewiger Schutz vor Hochwasser und die Ausdehnung des Reisanbaus bis hin zum Export waren Argumente, die alle Zweifel unterdrückten.

Die Realität 13 Jahre später sieht anders aus. Der Stausee, etwa zehnmal so groß wie der Bodensee, ruft zunehmend Kritiker auf den Plan. Noch wird nur hinter vorgehaltener Hand von einem „Jahrhundertirrtum" mit schweren ökologischen Folgen gesprochen.

Um die Zusammenhänge deutlich zu machen: Ganze drei Prozent der rund eine Million Quadratkilometer Ägyptens sind überhaupt landwirtschaftlich nutzbar. Der größte Teil des Landes besteht aus Wüste. Aber mehr als die Hälfte der Bevölkerung lebt von der Landwirtschaft. Sicherung der Versorgung kann deshalb im Land der Pharaonen nur Steigerung im Agrarbereich bedeuten.

Tatsächlich ist nach dem Bau des Assuan-Dammes die Reisproduktion um 75 Prozent gestiegen. Im gleichen Zeitraum verringerte sich allerdings der Weizenanbau drastisch. Ägypten muß heute die Hälfte dieses Bedarfs importieren. Von den erwarteten zehn Milliarden Kilowattstunden werden derzeit nur zwei Milliarden geliefert. Und das durch Dauerbewässerung gewonnene Land gibt den Fellachen nur wenig Grund zur Freude. Die Qualität des Bodens ist so schlecht, daß Erträge nur durch Verwendung von chemischen Düngemitteln erbracht werden können. Dafür aber haben die Ackerbauern trotz staatlicher Subventionen das Geld nicht.

Bereits vor 3000 Jahren hatten die Fellachen erkannt, daß die jährlichen Hochwasserfluten des Nil Segen über das Land brachten. Jedes Jahr lagerten sich rund 100 Millionen Tonnen Schlamm beidseitig des Ufers ab. In künstlich angelegten Bassins wurde Wasser aufgefangen und nach sieben Wochen wieder ablaufen gelassen. In dem abgelagerten Schlamm wurde angepflanzt. Die Ernten waren stets sehr gut, wenngleich so nur eine Ernte pro Jahr möglich war.

Mit der Umstellung auf ganzjährige Bewässerung, die erst mit dem Bau des Staudammes möglich wurde, stieg zunächst wider Erwarten der Grundwasserspiegel. Eine zunehmende Versalzung, Alkalisierung und Verschlammung ist die Folge. Und während sich die Qualität des Bodens zunehmend verschlechtert, rücken die Wüstendünen stetig vor. Hatten die Hochwasserfluten früher die vom Wind herangetragenen Sandmassen einfach weggespült, sind heute 700 000 Hektar bestelltes Land von einer ungewöhnlichen Form der Desertifikation bedroht. Wasser ist nun zu Genüge vorhanden – nur mit der Wüste hatte niemand kalkuliert.

Und während sich der Stausee weitaus schneller als erwartet mit Schlamm füllt und zu einem mit Wasserhyazinthen bewachsenen Sumpf umzukippen droht, versuchen Tausende von Arbeitern die Verschlammung der Bewässerungskanäle aufzuhalten. An die gefährliche Bilharziose, deren Erreger sich in solchen Sumpf- und Schlammlöchern erschreckend schnell fortpflanzen, mag in Ägypten niemand denken. Seit der Nil nicht mehr einmal im Jahr „durchgespült" wird, ist die Wurmkrankheit wieder zu einer Geißel geworden.

Wie recht doch der ägyptische Wirtschaftsminister hatte, als er 1965 von „wahrscheinlichen Spätfolgen" des Projektes sprach. Seine Einschätzung, daß „diese Spätfolgen wohl noch lange auf sich warten lassen würden", war, so weiß man heute, zu euphorisch. Die Verringerung der Hochwassergefahr und die Senkung der Energiekosten des Landes um 300 Millionen Mark sind positive Effekte des Assuan-Dammes, aber die Veränderungen der morphologischen, hydrologischen und ökologischen Prozesse entlang des Nils nehmen Dimensionen an, die nicht erwartet worden waren.

Noch immer ist die Masse der Ägypter von der beispiellosen Propaganda des damaligen Präsidenten Gamal Abdel Nasser geprägt. Nasser hatte allzu gerne in Verbindung mit dem „Jahrhundertprojekt" von der „4. Pyramide" gesprochen. Volkslieder waren über den Damm entstanden... Von den 120 000 Nubieren, die damals „umgesiedelt" wurden, und deren Dörfer nun unter den Fluten des Sees liegen, spricht ohnehin kein Ägypter gerne. Völkerwissenschaftler sind längst der Meinung, daß die Umsiedlung zum Untergang dieses stolzen Volkes geführt hat.

Immer neue Drainagesysteme müssen geschaffen werden; die Kapazität des Dammes ist erschöpft, 250 Kilometer südlich von Assuan wird ein Überlauf-Kanal gebaut, der 120 Milliarden Kubikmeter Überlauf-Wasser des Dammes aufnehmen soll, der aber, wie Wissenschaftler argwöhnen, gewaltige Konsequenzen auf den Grundwasserspiegel haben wird. Die Böden versalzen. Brückenfundamente sind wegen des steigenden Grundwasserspiegels gefährdet, und selbst die Sphinx zeigt Spuren von Feuchtigkeit. El Sadd el Ali, der Assuan-Damm, wird er zum Fluch?

Assuan-Staudamm: Nach einem Jahrzehnt Kritik am Jahrhundertbauwerk. Entwickelt der Gigant ein Eigenleben? FOTO: KARSTEN DE RIESE

WETTER: Es bleibt kühl

Wetterlage: Ein umfangreiches Tiefdruckgebiet mit Kern über Österreich zieht langsam nordostwärts und bestimmt das Wetter im größten Teil Deutschlands.



Vorhersage für Montag:
Meist stark bewölkt bis bedeckt und außer im Westen zeitweise Regen oder Sprühregen. Im Osten zum Teil länger andauernd. Im Norden wolkig mit kurzen Aufheiterungen, weitgehend niederschlagsfrei. Höchsttemperaturen 14 bis 17 Grad, nachts Abkühlung auf 12 bis 9 Grad. Schwacher bis mäßiger Wind aus Nordost bis Ost.

Weitere Aussichten:
Unbeständig und kühl.

Temperaturen am Sonntag, 13 Uhr:

Berlin	16°	Kairo	29°
Bonn	16°	Kopenh.	14°
Dresden	12°	Las Palmas	24°
Essen	14°	London	16°
Frankfurt	15°	Madrid	18°
Hamburg	16°	Mailand	16°
List/Sylt	14°	Mallorca	22°
München	10°	Moskau	10°
Stuttgart	13°	Nizza	22°
Algier	27°	Oslo	12°
Amsterdam	15°	Paris	16°
Athen	27°	Prag	15°
Barcelona	21°	Rom	21°
Brüssel	14°	Stockholm	13°
Budapest	19°	Tel Aviv	29°
Bukarest	25°	Tunis	29°
Helsinki	14°	Wien	18°
Istanbul	24°	Zürich	11°

Sonnenaufgang* am **Dienstag**: 7.01 Uhr, Untergang: 19.30 Uhr; **Mondaufgang:** 23.09 Uhr, Untergang: 15.50 Uhr
*in MEZ, zentraler Ort Kassel

Als die Seismologen abgezogen waren, kam das Beben

FRED de LA TROBE, **Tokio**

Anhaltende Erdstöße, heftiger Regen, Nebel und noch aufbrechendes Geröll behinderten auch am dritten Tag seit Beginn der Erdbebenserie in Zentraljapan die Rettungsaktionen für die Vermißten. In der am schwersten heimgesuchten Ortschaft Otaki wurden bis gestern fünf Todesopfer geborgen. 25 Dorfbewohner sind noch nicht gefunden worden. Die Sorge wächst, daß sie unter den riesigen Erdrutschen begraben wurden.

Nach Angaben des meteorologischen Instituts in Tokio erreichte das Beben in der Präfektur Nagano am Freitag 6,9 auf der nach oben offenen Richter-Skala. Das muß als schweres Beben eingestuft werden. Seither erschütterten Hunderte von Nachbeben die Region. Einige waren noch einmal so stark, daß viele der Dorfbewohner das Gleichgewicht nicht halten konnten und zu Boden stürzten.

Ein Forstbeamter, der zu Beginn der Erdstöße in seinem Auto nach Otaki unterwegs war, berichtete: „Plötzlich war ein dumpfes Grollen zu hören, und dann begannen über mir die Hügel und Berge zu schwanken. Ich konnte das Steuererad kaum noch halten. Als von oben Felsstücke und Erdklumpen herabgerollt kamen, bekam ich es mit der Angst zu tun. Ich verließ mein Auto und lief planlos auf der Straße hin und her. Unter mir rollte der Boden." Ein Angestellter im Bürgermeisteramt: „Von meinem Platz am Fenster kann ich zehn Stellen erkennen, an denen es Erdrutsche gegeben hat, die Häuser beschädigt oder zerstört haben."

Einige Bauten rutschten in sich plötzlich öffnende Spalten. Ganze Schluchten taten sich auf und schlossen sich wieder. In ihnen verschwanden Häuser auf gespenstische Weise. Ein Haus brach entzwei und stürzte zur Hälfte in die Tiefe. Allein bis Samstag wurden in Otaki 452 Häuser und 12 Gebäude zerstört oder schwer beschädigt. Das Bürgermeisteramt veranschlagt den gesamten Sachschaden auf fast 100 Millionen Mark.

Etwa siebenhundert schreckerfüllte und verängstigte Einwohner aus der Ortschaft und Umgebung flüchteten in die örtliche Volksschule und andere Notquartiere. Kurze Erdstöße in Abständen von 15 bis 30 Minuten, von unterirdischem Grollen begleitet, ließen aber die Schutzsuchenden nicht zur Ruhe kommen.

Die Ortschaft Otaki war auch gestern noch nur aus der Luft zu versorgen. Die letzte bisher noch offene Straße war bei einem der Nachbeben unter Tonnen von Geröll, Erd- und Schlammassen begraben worden. Fünfhundert mit Hubschraubern eingeflogene Soldaten, Feuerwehrmänner und Polizisten waren an der Such- und Rettungsaktion der drei letzten Tage beteiligt. Eine Touristengruppe und einige Forstarbeiter, die durch Erdrutsche abgeschnitten worden waren, konnten ausgeflogen werden. Der Einsatz der Helikopter wurde durch die schlechte Witterung behindert.

Die Wasserversorgung blieb unterbrochen, die Telefonverbindung ließ sich durch eine Notlinie wiederherstellen. Der Zugverkehr war im westlichen Teil der Präfektur Nagano noch weitgehend behindert. Das japanische meteorologische Amt meldete, daß noch mindestens für eine Woche in diesem Gebiet mit Nachbeben der Stärke vier gerechnet werden muß.

Die starken Erdstöße kamen für die Bevölkerung dieser Region völlig überraschend. Die Zeitung „Yomiuri Shinbun" folgert daraus, daß Japans Erdbebenvorhersage völlig unzureichend ist. Das meteorologische Amt habe vor zwei Jahren die seismologische Überwachung in diesem Gebiet eingestellt. Dem Amt sei nicht einmal bekannt gewesen, daß sich nahe der Ortschaft Otaki eine Zone tektonischer Instabilität befinde, die geradezu prädestiniert sei für Erdbeben.

Weitere Naturkatastrophen meldeten Bangladesch, die USA und Mexiko. Bangladesch, das ostasiatische Armenhaus, steht vor einer erneuten Versorgungskatastrophe, nachdem durch eine Überschwemmung 900 000 Tonnen Gerteide vernichtet worden sein sollen. Mindestens 1100 Menschen haben in den Fluten, die am Wochenende ihren Höchststand hatten, ihr Leben verloren.

In den USA hat der erste Wirbelsturm der neuen Saison, „Diana", einen Sachschaden von mindestens 200 Millionen Mark verursacht. Und in Mexiko wurde über das mondäne Seebad Acapulco der Ausnahmezustand verhängt. Tagelange Wolkenbrüche haben vier Menschen das Leben gekostet. 10 000 Menschen wurden evakuiert. (SAD)

In de Alpen zog dr Wintr ein

AP, **München**

Schneefä in den Alpen haben am Wochenende den Verkehr auf hochgelegenen Üstraßen behindert. Für fünf Schwe Pässe wird bereits Winterausrüung benötigt. Es handelt sich unen Nufenen, den Furka, den Grims den Susten und den Sankt Gotth-Paß. Auch in den bayerisch-ö rreichischen Alpen setzten Schefälle ein, nachdem es in der Nachum Samstag zu einem Wettersturzekommen war. Eine Kaltfront a dem Gebiet um Großbritannien rß über die Alpen in den nördlichen itelmeerraum vor. Im süddeutsch Flachland gab es verbreitet Regfälle. Das Quecksilber, das am Frtag noch bei sonnigem Wetter bis Grad gestiegen war, fiel auf 14 Grad. Die Zugspitze meldete Schneetr en bei einem Grad Kälte und eine hneehöhe von 85 Zentimetern. An en Autobahnen in Bayern, wo in d kommenden Woche als letztem Bu esland die Schulferien zu Ende gen, setzte starker Rückreiseverkeh in. Zu kilometerlangen Stauungen m es auf der Autobahn Salzburg–Mchen–Nürnberg. Am Grenzuberg g bei Salzburg gab es bei der Ei ise Wartezeiten bis zu einer halbestunde.

Einhand hrt im Ballon

dpa, **Caribou**

In einer he von rund 3000 Metern segelte r zehn Stockwerke hohe Helium-llon mit seinem Kapitän, dem ehmaligen US-Testpiloten Joe Kitting (56), in der Gondel am Wochenend über Neufundland Richtung G nland. Kittinger will auf dieser Rout len Nordatlantik als erster „Einha.-Ballonfahrer" bezwingen. Diese ur soll sechs Tage dauern. Der Fahr hatte vier Wochen auf günstiges W er gewartet.

Zugunglk in der Türkei

dpa, **Ankara**

Bei einenZugunglück in der Türkei sind gern sieben Menschen ums Leben ekommen und 37 verletzt worden. Im Schnellzug stieß auf der Fahrt zwchen Istanbul und Ankara an eine Bahnübergang mit einem Bus zu mmen.

Erster „lüchtling" gefaßt

dpa, **Hamburg**

Der seit ienstag verschwundene Haftling d Hamburger Strafvollzugsanstalt Fuhlsbüttel, Werner Schlüter, ist am Freitag kurz vor 21 Uhr von dePolizei auf St. Pauli gefaßt worde. Schlüter, der wegen schweren ubes zu einer siebenjährigen reiheitsstrafe verurteilt worden wa hatte zum ersten Mal einen Tag Asgang bekommen. V n den übrige aus „Santa Fu" verschwundene Häftlingen, den beiden Mördern Jüen-S. Kempski (42) und Werner Fiscr (34) sowie dem mutmaßlichen empski-Befreier Rolf Cornol (28) filt jede Spur.

Köpfe ge enn

AP, **Salt Lake City**

Zwei am opf zusammengewachsene sechs onate alte siamesische Zwillingsscrestern sind am Wochenende inalt Lake City (US-Bundesstaat Uta) getrennt worden. Die Operation dauerte 25 Stunden. Sie wurde von e Ärzten vorgenommen. Da die beide Mädchen – Ashley und Patricia – „gwisse Gehirngewebe gemeinsam" hten, können die Folgen des Eingriffnoch nicht abgeschätzt werden.

Porsche-Bande

dpa, **Frankfurt**

Nach einegut organisierten Bande, die seit 1982 im Main-Taunus-Kreis 20 Porhe-Sportwagen unmittelbar nach rer Erstzulassung gestohlen hat, ahndet die Polizei. Das Frankfurter olizeipräsidium sprach gestern von Shäden in Millionenhöhe. Die Beamten gehen davon aus, daß die Täte auf „Bestellung" gearbeitet haben. s gebe Hinweise dafür, daß die Bane sogar die Farbe der gewünschtenWagen prompt besorgt hat.

Lebenswek vernichtet

AP, **Mönchengladbach**

Ein Dachsthlbrand im Mönchengladbacher chwerkhaus des Düsseldorfer Kunstprofessors Heinz Mack hat in er Nacht zum Samstag einen Sachsnaden von mehreren Millionen Mak angerichtet. Durch das Feuer wrde fast das gesamte künstlerische Werk des Malers vernichtet. Das Feuer entstand wahrscheinlich durch einen Kurzschluß in der Steckdos. Das Haus brannte bis auf die Grndmauern ab. Der 53jährige Künstler zählt zu den führenden Vertreern der monochromen Malerei Deutshlands. Für die Olympischen Spiel 1972 in München entwarf Mack te berühmte Wasserwolke.

ZU GUTER LETZT

„Es können lle Prüfungsmaßnahmen getroffen werden, die zur Erfüllung der Prüfungsaufgaben notwendig werden." Aus den Richtlinien für die Prüfung de wirtschaftlichen Betriebsführung der Krankenhäuser (Amtsblatt Baden-Württemberg Nr. 27 vom 31.8.[illegible], S. 707).

